

Erhard Crome (Hrsg.)

Endstatus- verhandlungen im Nahen Osten?

Nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat
kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 82

Rosa-Luxemburg-Stiftung

ERHARD CROME (HRSG.)

Endstatusverhandlungen im Nahen Osten?

**Nur ein lebensfähiger palästinensischer
Staat kann zu einer dauerhaften
Friedensregelung führen**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 82

ISBN 978-3-320-02186-3

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Marion Schütrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenndruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkungen	7
 HARRI GRÜNBERG, WERNER RUF Stichworte zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts – Bedingungen für die Existenz eines lebensfähigen palästinensischen Staates	 13
 MICHAEL INGBER Eine Bestandsaufnahme der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern	 16
 HELGA BAUMGARTEN Palästina: Die unendliche Katastrophe (oder) Katastrophe ohne Ende. Die aktuelle politische Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten	 33
 PETER SCHÄFER Vom Geländewagen überfahren. 15 Jahre internationale Demokratieförderung und wirtschaftliche Aufbauhilfe führten zur Rückentwicklung der palästinensischen Gesellschaft. Fortschrittliche Kräfte wurden mit Geld überschüttet und so ins Koma finanziert: Herausforderungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die seit kurzem ihre Präsenz in Ramallah aufbaut	 56
 KARIN KULOW Zum offensichtlich schwierigen Umgang mit Hamas. Einige Anmerkungen	 65
 WERNER RUF: Internationale Perspektiven für eine Friedensregelung?	 76

ARNE C. SEIFERT

Das System „Antiterrorstrategie“, Deutschland und der islamische Nachbarraum

87

WOLFGANG GEHRCKE

Isolierung führt zu Radikalisierung

105

Autoren

109

Vorbemerkung

Der israelisch-palästinensische Konflikt steht im Zentrum des Nahostkonflikts, und dies nicht zuvörderst geographisch. Er verstärkt andere Konflikte in der Region bzw. andere Konfliktparteien beziehen sich auf ihn. Die israelische Besatzung weiter Teile Palästinas hält an. Die Gründung eines eigenen, lebensfähigen palästinensischen Staates wird bisher verhindert. Das hat zu einer Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft geführt. Neben der säkularistischen palästinensischen Befreiungsbewegung entstanden religiös, islamistisch ausgerichtete Widerstandsgruppen und Organisationen, wie die Hamas. Der anhaltende Konflikt hat eine sich verstärkende wechselseitige Feindbildproduktion zur Folge, in Gestalt eines jüdischen Fundamentalismus‘ ebenso wie eines islamischen und arabischen Fundamentalismus‘. Dieser trägt zu einer Verstärkung von Gewaltbereitschaft und Terrorismus und zur Verhinderung von Demokratisierung in den arabisch-islamischen Staaten bei. Feindschaft gegen den Westen und Israel und Demokratiefeindlichkeit fließen so zusammen und werden durch die Politik des Westens verstärkt.

Die politisch Verantwortlichen in den USA hatten sich unter der Bush-II-Administration seit dem Jahre 2000 entschieden, den Schwerpunkt ihrer Außenpolitik von Europa – nach dem „Sieg“ im Kalten Krieg und dem Ende der Sowjetunion – in die Region des Nahen und Mittleren Ostens zu verlagern. Dies geschah zunächst in dem Bestreben, über die dortigen gewaltigen Erdöl- und Erdgasreserven direkt zu verfügen. Hinzu kamen Erwägungen der Geopolitik, den gewaltigen eurasischen Großkontinent durch die Verfügung über die fossilen Brennstoffe und durch eine starke militärische Präsenz kontrollieren zu können – und damit auch die wirtschaftlichen Mächte China, Indien, Japan und die Europäische Union. Die Vorstellung der Bush-II-Administration von einem „Greater Middle East“, der sich von Marokko, Israel und Palästina sowie dem Horn von Afrika bis nach Pakistan erstreckt, war der eines Schauplatzes, auf dem ein globaler Konflikt ausgetragen wird.

Bei der Umsetzung ihrer Strategie in dieser Region hatten sich die USA praktisch von der Idee des Nationalstaates verabschiedet. Im Gefolge der Aufteilung des Osmanischen Reiches auf der Versailler Friedenskonferenz (1919/20) hatten auch im Nahen Osten die Idee des Nationalstaates und der Nationalismus das politische Denken und die Institutionen der Staatlichkeit geprägt. Doch bereits in der Zeit des Kalten Krieges ordneten die USA die Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die ihren Ländern eigene Wege eröffnen wollten und vielfach westliche Ölfirmen und andere Großkonzerne enteigneten, in die „kommunistische Gefahr“ ein und bekämpften sie. Die Zerstörung des durch die Baath-Partei

geführten irakischen Zentralstaates war eine Konsequenz dessen. In der Gegenwart wurden nun ethnische und religiöse Identitätskonzepte vorherrschend; die Zuordnung zu Gemeinschaften trat an die Stelle des Konzepts vom Nationalstaat und die Region zerfällt in eine Vielzahl von „Minoritäten“.

Aus der Sicht dieser USA-Politik handelte es sich bei der Auseinandersetzung in dem „Greater Middle East“ um einen globalen Kampf zwischen „Gut und Böse“, analog dem Kampf gegen den Faschismus im zweiten Weltkrieg und gegen den „Kommunismus“ im Kalten Krieg, der bis zum Sieg durchgefochten werden müsse. Das hatte zu Blindheit gegenüber den unterschiedlichen konkreten Auseinandersetzungen geführt: Es gibt kein Palästina-Problem, keine religiösen Auseinandersetzungen im Libanon, keinen Staatszerfall in Somalia und kein Demokratieproblem in Pakistan, sondern nur „Gut und Böse“, „Wir und Sie“ – und alle Konflikte wurden in eine solche binäre Sicht eingefügt. Hinzu kam die Vorstellung, dass dieser Kampf militärisch geführt und gewonnen werden müsse. Das hat zu einer drastischen Militarisierung aller Konflikte in der Region geführt. Zugleich ist diese Weltsicht spiegelverkehrt zu der von al-Qaida: Es handele sich um den ewigen Kampf gegen „Juden und Kreuzritter“. Das heißt, auch die Gegenkräfte setzen auf militärische Mittel, und wegen der Unterlegenheit an Mitteln und Kräften gegenüber dem Westen auf „asymmetrische Kriegsführung“, was in der Konsequenz das Setzen auf verbrecherische Selbstmordattentate und Terror gegen die Zivilbevölkerung in den Ländern, von Algerien über Israel und Palästina, den Irak, bis Afghanistan und Pakistan reicht. Die Mittel, die der Westen einsetzt, schaffen und verstärken die Feinde, die zu bekämpfen er vorgibt.

Aus einer solchen Lage ergeben sich m. E. folgende Schlußfolgerungen:

1. Die Antwort muss Politik sein, das heißt alle Beteiligten – die Länder und Völker in der Region und die äußeren Mächte, die USA und der Westen, die militärisch in der Großregion bereits agieren, wie andere Mächte, die am Frieden im Nahen und Mittleren Osten interessiert sind, wie Indien, China und Russland – setzen auf politische Regelungen und Lösungen der Probleme in der Region. Die Kriege in der Region sind militärisch nicht gewinnbar. Sie können nur auf politischem Wege beigelegt, beendet und friedlich gelöst werden.

2. In diesem Sinne muss es eine Entmilitarisierung der derzeitigen Konflikte in der Region des Nahen und Mittleren Ostens geben. Dazu gehören:

- der Abzug der USA und ihrer Verbündeten aus dem Irak,
- der Abzug der Truppen des Westens, darunter der deutschen Truppen, aus Afghanistan,
- der Abzug der israelischen Truppen aus allen palästinensischen Gebieten,
- die Einstellung der Vorbereitungen des Westens für einen Krieg gegen den Iran,

- Enthaltung von militärischen Aktivitäten der anderen äußeren Mächte (Indien, China, Rußland) in der Region,
- die Einstellung aller Waffenlieferungen an die verschiedenen Kriegs- und Konfliktparteien in der Region und Durchsetzung einer effektiven Abrüstung.

3. Die Bearbeitung der einzelnen Konflikte muss „individuell“ erfolgen. Das heißt zunächst, dass sich die Beteiligten und die äußeren Mächte von allen „Gut-Böse“-Vorstellungen lösen und die unterschiedlichen Konflikte in Algerien, Israel und Palästina, Somalia, Irak, Afghanistan, Pakistan auch unterschiedlich, das heißt „individuell“ behandeln und die Akteure im jeweiligen Lande einbeziehen. Dafür müssen sich die Beteiligten darauf einstellen, dass es nur dann friedliche Lösungen gibt, wenn es tragfähige Kompromisse sind, die von allen Seiten akzeptiert und mitgetragen werden können. Das muss den Dialog mit jenen Kräften im politischen Islam, die ihrerseits terroristische Mittel- und Methoden ablehnen, einschließen. Ohne Einbeziehung der islamistischen Kräfte, Organisationen und Gruppierungen, die heute dem politischen Islam zuzurechnen sind, wird es nicht zu dauerhaften Lösungen für die Konflikte in der Region kommen.

4. Zugleich sollte es eine übergreifende, völkerrechtliche Friedenskonstruktion in der Region geben. Diskutiert wird bereits die Idee einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“ (KSZMO). Die ist angelehnt an die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), die die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges in Europa verfriedlichte und ihnen einen gemeinsam geteilten, völkerrechtlichen Rahmen gab. Gewiss ist die damalige Konstellation in Europa nicht einfach auf die heutigen Bedingungen des Nahen und Mittleren Ostens übertragbar. Von Interesse sind demzufolge nicht die konkreten Kräfteverhältnisse und die politischen Akteure im damaligen Europa, sondern die Art und Weise des internationalen Regimes, das die KSZE darstellte. Im Zentrum der Überlegung zu einer KSZMO stehen zunächst die Prinzipien, die der KSZE-Schlussakte zugrunde gelegt wurden:

- Die souveräne Gleichheit der Staaten und die Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte,
 - die Enthaltung von der Androhung und Anwendung von Gewalt,
 - die Unverletzlichkeit der Grenzen,
 - die territoriale Integrität der Staaten,
 - die friedliche Regelung von Streitfällen,
 - die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten,
 - die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,
 - die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
 - die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und
 - die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.
- Die KSZE fußte zugleich auf der Vorstellung, dass Sicherheit nicht gegenein-

ander möglich ist, sondern nur als gemeinsame Sicherheit. Wahrscheinlich ist dies der Kerngedanke, der einer KSZMO zugrunde gelegt werden müsste, zugleich fußend auf der Akzeptanz der anderen Seite, der anderen Konfliktparteien als Gleiche mit gleichen Sicherheits-, Existenz- und Lebensinteressen. Insofern müsste eine solche KSZMO zugleich verknüpft werden mit einer völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtung zur Abrüstung und mit der Schaffung einer atomwaffenfreien bzw. von allen Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen und Mittleren Osten.

5. Die Staatlichkeit der Staaten in der Region muss neu gestärkt werden. Ohne funktionierende Staatlichkeit gibt es keinen Rechtsstaat, keine Demokratie, keine Menschenrechte und keine Wohlfahrt für die Menschen. Föderale Strukturen, die die Selbstbestimmung von ethnischen oder religiösen Gemeinschaften gewährleisten, sollten fortbestehen und durchaus gestärkt werden. Sie dürfen jedoch nicht zu einer weiteren Schwächung oder gar Zerstörung der Staaten führen, wie sich das im Falle des Irak abzeichnete. „Failed States“ schaden immer zuerst der Zivilbevölkerung, den schwächsten in den jeweils betroffenen Bevölkerungen. Diese neue Staatlichkeit muss zugleich gebunden sein an die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, so auch die Achtung der Rechte der Frauen. Es geht also nicht um eine Wiederbelebung des Nationalstaates des 19. oder 20. Jahrhunderts, sondern um neue, demokratische Staatswesen im Nahen und Mittleren Osten, die nicht von außen oktroyiert, sondern von den Menschen in den Ländern der Region selbst geschaffen werden.

6. Ein wesentliches Moment der Lösung dieses Problems ist die Stärkung der Zivilgesellschaft auch in den Ländern dieser Region. Sie kann und sollte von außen unterstützt werden, muss aber in den Ländern selbst wachsen. Sie steht einer demokratischen, freiheitlichen Staatlichkeit nicht entgegen, sondern stützt sie.

7. Die Lösung des Palästina-Problems ist eine Grundfrage der Schaffung einer friedlichen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten. Obwohl die UNO 1948 einen israelischen und einen palästinensischen Staat in Palästina beschlossen hatte, gibt es bisher nur den israelischen Staat. Die Bedingungen für den palästinensischen haben sich territorial nach den Kriegen von 1948 und 1967 sowie durch die israelische Siedlungspolitik deutlich verschlechtert. Dennoch bleibt ein palästinensischer Staat auf der Tagesordnung. Bedingung dafür allerdings ist, dass es einen lebensfähigen palästinensischen Staat in sicheren Grenzen gibt, der wirtschaftlich existenzfähig ist.

Der Gesprächskreis „Frieden und Sicherheitspolitik“ bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte sich im Herbst 2007 – in der Zeit, da alle Welt von den kommenden „Endstatusverhandlungen im Nahen Osten“ redete und die USA-Regierung dann auch zu der entsprechenden Konferenz nach Annapolis einlud – entschlossen, ei-

nen Workshop zu diesem Thema zu veranstalten. Der fand dann im Januar 2008 statt. Harri Grünberg und Werner Ruf hatten ein Problempapier erarbeitet, das betonte: Nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen. Auch wenn kritische Beobachter, wie der israelische Historiker Ilan Pappé, inzwischen einschätzen, dass eine Zweistaatenlösung nicht mehr möglich und nur noch eine Einstaatenlösung realistisch ist, ein Staat, in dem Juden und Araber, Israelis und Palästinenser gemeinsam und mit gleichen Bürgerrechten ausgestattet leben, haben wir der Diskussion im Gesprächskreis Frieden das Konzept der zwei Staaten zugrunde gelegt und diskutiert, was gegenwärtig die Bedingungen für eine solche Friedensregelung sein können.

Die vorliegende Publikation enthält das Papier von Harri Grünberg und Werner Ruf und die Beiträge zum Workshop, die allerdings nochmals überarbeitet wurden, einige bis in den Spätsommer 2008 hinein. Aus technischen Gründen hatte sich die Fertigstellung des Manuskripts nochmals um einige Wochen verzögert.

Inzwischen wissen wir, dass Barack Obama der 44. Präsident der USA sein wird. Viele Menschen erwarten, dass er vieles anders machen wird. Der „Annapolis-Prozess“, von der Bush-Administration mit großer Geste eingeleitet, ist offenbar im Sande verlaufen. Was wird unter der neuen Administration geschehen? Die unilaterale „Lösung“ ist gescheitert, die militärische ebenfalls. Die israelische Regierung hat seit Beginn der zweiten Intifada alles getan, um eine palästinensische Administration so weit wie möglich zu schwächen. Es nützt ihr aber nichts, „die Palästinenser“ als „Terroristen“ auszumachen; die Kernfragen eines Friedens im Nahen Osten liegen weiter auf dem Tisch: die Grenzfrage – es muß Grenzen geben, die gerecht und völkerrechtlich begründet sind; Jerusalem – es wird eine Teilung geben müssen, mit der beide Seiten leben können; die Flüchtlinge – es wird auch hier eine Lösung geben müssen. Die Auseinandersetzungen zwischen PLO und Hamas haben das Ihre zur weiteren Komplizierung der Lage beigetragen. Die Asymmetrie beider Seiten ist nicht durch weitere „asymmetrische Kriegsführung“ auszugleichen, sondern bedarf internationaler Aktivitäten, nicht nur der USA, sondern auch der Europäischen Union bzw. des „Quartetts“ unter Einschluss der UNO und Russlands. Auch Israel hat nur dann eine Chance auf dauerhafte Sicherheit, wenn sie das Ergebnis eines gerechten Friedens ist, eines Friedens, der als strategisches Ziel steht, nicht als taktischer Lückenbüßer zwischen Militäraktionen und Siedlungsbau. Eine Veränderung des Herangehens der USA und ein erneuertes politisches Engagement EU können einen Beitrag zu einem solchen Frieden leisten. Die Bedingungen im Nahen Osten selbst ändern sich dadurch noch nicht. Insofern sind die in dieser Publikation zusammengefassten Aussagen zur derzeitigen Lage und zu den Voraussetzungen für die Existenz eines lebensfähigen palästinensischen Staates höchst aktuell.

Berlin, im November 2008

Erhard Crome

Erhard Crome (Hrsg.)

Internationale Politik im 21. Jahrhundert

Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen

Manuskripte

rls

80

176 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-320-02166-5
Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Bestellungen über:

Buchhandel; Karl Dietz Verlag Berlin

oder E-Mail: info@dietzberlin.de Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tel.: 030 44310-123; Fax: 030 44310-122

E-Mail: info@rosalux.de

Stichworte zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts – Bedingungen für die Existenz eines lebensfähigen palästinensischen Staates¹

Heute scheint die Möglichkeit eines palästinensischen Staates greifbar nahe zu sein. Sollte sich diese Aussage bewahrheiten, wird es im Kern darum gehen müssen, dass ein palästinensischer Staat über all jene Attribute verfügen muss, die mit dem klassischen Begriff der Souveränität verbunden sind. Jedoch hat die Entwicklung seit der Entstehung des Staates Israel dazu geführt, dass wesentliche Elemente realer Souveränität für die Palästinenser nur schwer erreichbar scheinen. Allein vom territorialen Umfang her gesehen haben sich die Bedingungen für eine Souveränität der Palästinenser so dramatisch verschlechtert, dass die den Palästinensern verbleibenden Gebiete eine volle Souveränität im klassischen Sinne schwer vorstellbar machen. Palästina wird in starken Maße abhängig bleiben und muss verlässliche vertragliche Bindungen mit den Nachbarstaaten eingehen, insbesondere um wirtschaftlich zu überleben. Auch hier stellt sich die Frage unter welchen Bedingungen sich solche Bindungen, die ggf. konföderaler Art sein könnten, verwirklichen lassen. Sicher ist: Jede Form eines israelischen oder jordanischen Protektorats kann nicht zu einem nachhaltigen Frieden führen. Dieser kann nur erreicht werden durch ein Höchstmaß palästinensischer Souveränität. Die Ausgangsbedingungen, diese zu erreichen, sind außerordentlich schwierig:

- Der arabisch-israelische Krieg des Jahres 1948 unterlief den UN-Teilungsplan in doppelter Weise: Israel dehnte die territoriale Kontrolle weit über die für den Staat Israel vorgesehenen Grenzen aus; die restlichen Gebiete von Protektorats-Palästina wurden von Jordanien (und Ägypten) annektiert. Sie machen in der Fläche etwa 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina aus.
- Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats forderte zwar Israel zum Rückzug aus den im Juni-Krieg 1967 besetzten Gebieten auf, anerkannte damit jedoch Israel in den Grenzen vor Kriegsbeginn und machte so den Teilungsplan von 1947 endgültig zu Makulatur.
- Die Rückkehr der 1948 vertriebenen und geflohenen Palästinenser ist zwar unveräußerliches Recht, und die Anerkennung dieser Verpflichtung war Bedingung für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen, mit der Lebensfähigkeit eines palästinensischen Staates ist sie jedoch nicht unmittelbar verbunden. Deshalb wird

1 Diskussionspapier in Vorbereitung des Workshops, Oktober 2007.

hier auf diesen wichtigen und dringend einer Lösung harrenden Aspekt nicht weiter eingegangen.

- Indem sich auch das Nahost-Quartett auf die israelische Sprachregelung von „legalen“ (d.h. vom Staat Israel legalisierten) und „illegalen“ (von der israelischen Regierung nicht anerkannten) Siedlungen eingelassen hat, haben die strategisch vorangetriebenen Siedlungen in den besetzten Gebieten *de facto*, wenn nicht *de jure* einen Status erlangt, der ihren völligen Abbau unwahrscheinlich erscheinen lässt, auch wenn sie einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen.

So bleibt die Frage, wie unter diesen Bedingungen ein lebensfähiger Staat entstehen und dauerhaft existieren kann, der diesen Namen noch verdient und dem Anspruch der Palästinenser auf Staatlichkeit nicht nur gerecht wird, sondern als territoriale, ökonomische, politische, soziale und kulturelle Einheit Legitimität und Identifikation für die Palästinenser erreichen kann.

Minimale Bedingungen hierfür sind:

- Sichere territoriale Grenzen, die von den Nachbarn und der Staatengemeinschaft respektiert und garantiert werden.
- Ein zusammenhängendes Staatsgebiet im Westjordanland und gesicherte und frei zugängliche Verkehrswege zwischen diesem und dem Gaza-Streifen.
- Wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Staates und eine nationalen Ökonomie.

Hierzu gehören:

- Nationale Verfügung über Ressourcen, insbesondere Land und Wasser,
- Ökonomische Selbstbestimmung sowohl der Produzenten wie im Bereich der Gesetzgebung,
- Garantien für freien Warenverkehr (Import/Export) auch durch Israel und souveräne Kontrolle des Außenhandels.
- Gemeinsame Grenzen mit anderen arabischen Staaten,
- Eine eigene Währung und eigenständige Nationalbank,
- Freier Zugang für palästinensische Arbeitskräfte auch zum israelischen Arbeitsmarkt.²
- Freizügigkeit und Reisefreiheit unter ausschließlicher palästinensischer Kontrolle.
- Eigene Ordnungskräfte und Grenzsicherungskräfte unter ausschließlich nationaler Kontrolle.³
- Volle außenpolitische Souveränität.

2 Diese Notwendigkeit ist Resultat der Geschichte und der bestehenden Asymmetrie zwischen beiden Staaten. Gerade die freie Arbeitsmigration könnte eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme in den ersten Jahren nach Staatsgründung sein.

3 Wichtiges Attribut eines souveränen Staates sind immer auch die Streitkräfte. Nicht nur wird eine palästinensische Armee in diesem asymmetrischen Konflikt nicht durchsetzbar sein, sie könnte auch nie Ebenbürtigkeit mit den israelischen Streitkräften (IDF) erreichen. Eine wirksame und glaubwürdige Fähigkeit zur Grenzsicherung erscheint jedoch durchaus sinnvoll und hätte hohen politischen Wert.

- Ein zwischen Israel und dem palästinensischen Staat auszuhandelndes und international garantiertes Wasserregime, das auf der Gleichberechtigung beider Staaten und gleichen Anteilen an verfügbaren Ressourcen basieren muss.⁴
- Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten des palästinensischen Staates von wem auch immer.
- Mittelfristig erscheint die Schaffung eines regionalen Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit als Garant einer dauerhaften Friedenslösung unabdingbar.⁵

Die EU hat/hätte eine besondere Verantwortung, den sozial-ökonomischen Aufbau eines palästinensischen Staates zu fördern und seine Existenz zu sichern. Hierbei muss Kern einer Hilfe die Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Basis des palästinensischen Staates sein. Durch Sonderabkommen mit der EU kann geholfen werden, die Abhängigkeit gegenüber Israel zu verringern. Der Staat Palästina muss gleichberechtigt in den Barcelona-Prozess einbezogen werden, an dem Israel ja bereits beteiligt ist.

Der geplante *Workshop* sollte unter dem Thema stehen:

Endstatusverhandlungen im Nahen Osten?

Nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen.

Das Prinzip gegenseitiger Abschreckung kann diesen Konflikt nicht entschärfen. Statt des Prinzips „Sicherheit vor ...“ kann nur ein Prozess der Vertrauensbildung und der gegenseitigen Aussöhnung zu einer dauerhaften Lösung führen. Genau dies setzt aber die Souveränität beider Staaten voraus.

Darüber hinaus kann die Errichtung eines souveränen Staates nur der erste Schritt zu einer Gesamtlösung des Nahost-Konflikts sein.

4 Hierfür dürften die Wasserreserven in der Westbank und in Gaza nicht ausreichen. Es muss also ein Regime erreicht werden, das Palästina Zugang zu Wasser auch aus dem Golan und vom Litani ermöglicht. Deshalb ist ein Friedensvertrag zwischen Israel und Syrien zwingend notwendig: eine Lösung des Nahost-Konflikts reicht über das palästinensisch-israelische Verhältnis hinaus.

5 Ein solches System kann nicht die arabische Liga sein, der Israel nie beitreten kann und wird. Hier ist eher an eine kleine regionale Organisation gedacht, die die Länder des fruchtbaren Halbmonds, also Libanon, Syrien, Israel, Palästina und eventuell Ägypten umfasst.

Eine Bestandsaufnahme der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern

Einleitung

Mit der Zahl von etwa fünf Millionen Palästinensern zwischen Jordan und Mittelmeer (Gaza: 1,5 Mill.; West Bank: 2,2 Mill.; Ost Jerusalem: 0,25 Mill.; und in Israel: 1,3 Mill.) gegenüber den 5,7 Millionen jüdischen Israelis, stellt das palästinensische Volk in seinem Heimatland – ohne von den sich in der Diaspora befindenden Flüchtlingen und ihren Nachkommen zu reden – die größte Herausforderung für den Staat Israel und seine jüdische Gesellschaft dar. Egal in welcher Gestalt scheint die weitere Existenz des Staates von einem friedlichen Zusammen- oder mindestens Nebeneinanderleben der zwei Völker abhängig zu sein. In diesem Beitrag wollen wir den gegenwärtigen Tendenzen der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern im Gaza-Streifen, in der West Bank und in Jerusalem sowie in der Auseinandersetzung mit den palästinensischen Staatsbürgern Israels nachgehen um herauszufinden, in welche Richtung diese Politik führt – in Richtung eines Friedens oder eines weiteren Konflikts.

Wir stellen bei der gegenwärtigen Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern die folgenden, oft eng miteinander verbundenen Hauptmerkmale fest:

- Widersprüchlichkeit und Doppelmoral – z.T. unüberlegt, z.T. aufgrund eines Kalküls nach Innen bzw. nach Außen, das sich in Doppelzüngigkeit ausdrückt;
- Kurzsichtigkeit bis hin zur Blindheit, auch die eigenen Interessen betreffend;
- Verzerrte Wahrnehmung bzw. fehlende Bereitschaft, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, was sich auch in der Gewohnheit ausdrückt, die Symptome und nicht die Wurzeln der Probleme zu behandeln;
- Machtverherrlichung und -missbrauch;
- Ethnozentrismus und Arroganz.

(Anmerkung: Hier werden die Phänomene vorgestellt mit einer eingeschränkten Erklärung deren Ursachen. Für eine ausführlichere Analyse der Hintergründe dieser Merkmale s. den Artikel des Verfassers: „Mauern in der israelisch-jüdischen Politik und Gesellschaft: Schwierigkeiten beim Aufbruch zu einem neuen Bewusstsein“, im Sammelband *Friedensbericht der State of Peace Konferenz*, Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Stadtschlaining, 2006.)

Zur aktuellen Situation

Ende Februar / Anfang März 2008 befindet sich der Staat Israel in einer tagtäglichen bewaffneten Auseinandersetzung mit der *Hamas* und anderen Widerstandskräften in Gaza: innerhalb von fünf Tagen kamen in Gaza durch israelische Boden- und Luftangriffe mehr als 100 Menschen ums Leben, die Hälfte davon unbewaffnete Zivilisten, mehr als ein Drittel davon Kinder; allein am 1. März gab es mehr als 60 Opfer. In Israel wurden in dieser Zeit durch Raketen eine Person getötet und etwa 20 verletzt, weiters starben zwei israelische Soldaten im Gefecht gegen die palästinensischen Kämpfer. Demonstrationen gegen die israelischen Angriffe auf die Bevölkerung von Gaza fanden auch in der West Bank statt – auch dort gab es Todesopfer unter Palästinensern.

Als Reaktion auf die israelische Politik kündigte der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas die Unterbrechung der Verhandlungen mit Israel an, mit der Begründung, dass in einer derartigen Situation die Kontakte bedeutungslos wären (wegen des Drucks von Seiten der USA wurden die Gespräche bald wieder aufgenommen). Proteste von der EU und UNO gegen die „unverhältnismäßige Gewalt“ der israelischen Maßnahmen als Erwiderung auf die Raketen-Angriffe wurden von der israelischen Regierung mit der Behauptung zurückgewiesen, Israel habe die Pflicht alles zu tun, um seine Bürger zu schützen. Bezüglich der palästinensischen Entscheidung, die Verhandlungen zu unterbrechen, sagte der israelische Ministerpräsident Olmert, dass Verhandlungen nicht auf Kosten der Verteidigung der Bürger Israels und des Kampfes gegen den Terror durchgeführt werden könnten. Er ergänzte, „jedermann verstehe, dass der *Hamas* zu schaden, bedeutet, die Chancen für Frieden zu stärken, und je mehr Verluste wir *Hamas* zufügen, desto mehr vermehren sich die Chancen für Frieden.“¹

Seit mehreren Wochen erklärt der israelische Verteidigungsminister Barak, dass eine massive Militäroperation in Gaza unvermeidbar sein würde, wenn das Abschießen von Raketen auf israelische Orte nicht aufhörte. Mehrere Minister in der Regierung forderten schon monatelang eine härtere Hand gegenüber Gaza einschließlich der Zivilbevölkerung um sie zu zwingen, die militanten Kräfte aus ihrer Mitte zu vertreiben und so der *Hamas*-Herrschaft ein Ende zu bereiten. Eine Aufforderung darunter war, ganze Wohnbezirke in Gaza dem Erdboden gleich zu machen.² Danach wendete sich Barak an den israelischen Justizminister, mit der Frage, ob nach dem internationalen Recht die israelische Armee Zivilgebiete, aus denen Raketen abgeschossen würden, angreifen und eine Vertreibung („Evakuierung“) deren Einwohner durchführen dürfe.³

Die Aktivität der israelischen Armee in Gaza wurde in den letzten Tagen intensiviert, um die Kritik an Olmerts „zurückhaltender“ Politik von Seiten mehrerer

1 Ravid/Reuters, 2.03.08

2 Associated Press, 21.1.08

3 Ravid/Reuters, 2.03.08

rer Minister abzuschwächen – diese Vermutung wurde in einem Kommentar geäußert.⁴ An Rechtfertigungen aus offiziellen Kreisen für die Aktionen der israelischen Streitkräfte (IDF) hat es jedenfalls nicht gefehlt: die Aussagen der Außenministerin Livni etwa: „Israel versucht während des Kampfes gegen den Terrorismus ein angemessenes Niveau der Humanität zu bewahren, aber das palästinensische Volk muss verstehen, dass solange israelische Staatsbürger ihr normales Leben nicht weiterführen können, wird es für Palästinenser ähnlich sein, also (auch) ohne eine Normalisierung der wirtschaftlichen Situation.“ Und die des Verteidigungsministers Barak: „Friedensabkommen werden dann erreicht, wenn die andere Seite versteht, dass Israel einen richtigen Frieden will, aber auch bereit ist zu töten, um seine wichtigsten Interessen zu wahren.“⁵ Dazu ergänzte Ministerpräsident Olmert: „Wir haben keine besondere Lust, einen einzigen Einwohner von Gaza zu töten, aber wir können das Schießen auf israelische Bürger nicht tolerieren... deshalb werden wir weiter so agieren, um mit der größtmöglichen Genauigkeit die zu treffen, die uns angreifen wollen... Wir werden *Dschihad Islami*, *Hamas* und all ihre Verbündeten weiter bekämpfen – ohne Kompromisse und ohne Barmherzigkeit.“⁶ (In diesem Zusammenhang sei an die Aussage von D. Ben-Gurion 1924 erinnert: „Der Zionismus hat kein moralisches Recht, ein einziges arabisches Kind zu verletzen, auch wenn dies der Preis wäre, den wir Zionisten für die Verwirklichung unseres nationalen Unternehmens bezahlen müssten“.)

Mitte Januar 2008 hat Israel die Blockade um Gaza noch weiter verschärft und am Ende des Monats genehmigte der israelische Oberste Gerichtshof der Regierung, die Lieferung von Treibstoffen und Strom (weiter) zu beschränken, unter der Bedingung, dass eine „humanitäre Krise“ vermieden würde. Von der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs in Israel wurde die Genehmigung für die Reduzierung des Stroms damit begründet, „dass der Gazastreifen von einer mörderischen Terrorgruppe beherrscht wird, die unaufhörlich den Staat Israel zu vernichten und seine Bürger zu töten versucht, und mit ihren gewalttätigen Aktionen jede Regel des internationalen Rechts verletzt.“⁷ Dies, trotz der Feststellungen eines gleichzeitig veröffentlichten UNO Berichts, dass 79 Prozent der palästinensischen Familien in Gaza in Armut leben und nur die Hälfte der nach internationalen Standards vorgeschriebenen Wassermenge zur Verfügung haben.⁸

Hier muss daran erinnert werden, dass es ab dem Ende der zweiten *Intifada*, u. zw. ab Januar 2005, ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Palästinensern und Israel gegeben hatte, an das sich *Hamas* bis Frühjahr 2006 strikt gehalten hat (während Israel seine Verhaftungsrazzien und gezielte Tötungen weiter durch-

4 Ebd.

5 Ravid/Harel/Grinberg, 21.01.08

6 Ha`aretz Service, 17.01.08

7 Yoaz, 30.01.08

8 Eldar, 22.01.08

führte). Einzelfälle von Raketen gab es in dieser Zeit von anderen Organisationen, wie z.B. dem *Dschihad Islami*. Es soll auch betont werden, dass nach der Räumung des Gazastreifens (Sharons „Disengagement“-Aktion) im August 2005 Israel die Besatzung weiter fortsetzte, nur ab dieser Zeit „von draußen“. Israel hatte auch seine Pflichten im Rahmen des Pariser Abkommens, die Übergänge zwischen Israel und Gaza regelmäßig offen zu halten, nicht eingehalten, was schon im Jahr 2006 zu sehr schwierigen Bedingungen für die Wirtschaft und das Leben der Bevölkerung geführt hat; diese Situation wurde durch die israelische Blockade nach den Wahlen, die die *Hamas* an die Macht brachten, noch verschärft.⁹ Die israelischen Militäroperationen, die als Vergeltung für die Entführung eines israelischen Soldaten durch die *Hamas* und andere Widerstandsgruppen im Juni 2006 durchgeführt wurden, zerstörten den größten Teil der Stromproduktion in Gaza und töteten bis zum Jahresende etwa 600 Menschen, die Hälfte davon unbewaffnete Zivilisten.¹⁰ Die Verschärfung der Lage nach der *Hamas*-Machtübernahme und der Vertreibung der *Fatah*-Kräfte im Sommer 2007 verschlechterte die Lage innerhalb Gazas weiter, was eine Intensivierung der Angriffe auf Israel zur Folge hatte. Vor diesem Hintergrund muss man die israelische Politik gegenüber den Palästinensern in Gaza – und die palästinensischen Reaktionen darauf – analysieren.

Die jüngsten Entwicklungen im Gazastreifen zeigen: 90 Prozent der privaten Gewerbe mussten schließen, 80 Prozent der Bevölkerung ist von den Lebensmittellieferungen durch Hilfsorganisationen abhängig, alle Bauaktivitäten sind zum Stillstand gekommen und die Arbeitslosigkeit ist noch weiter gestiegen. Bauern stehen vor einer ruinierten Landwirtschaft, Händler vor dem Bankrott, und Kranke liegen in Spitälern ohne Behandlungsmöglichkeiten.¹¹

Man könnte diese Situation als Ergebnis der Verschärfung der israelischen Abriegelung um Gaza verstehen. Aber ein Überblick über die israelische Politik gegenüber Gaza während der letzten vierzig Jahren, d. h. seit dem Beginn der Besatzung, zeigt, dass dieses sogenannte „Disengagement“ als Prozess der „*controlled abandonment*“ („kontrollierten Vernachlässigung“) – selbstverständlich durch z. T. „unprogrammierte“ Ereignisse bedingt – beschrieben werden könnte. In diesem Prozess löste sich Israel nicht nur von dem Territorium und seinen Bewohnern, sondern auch von der Verantwortung für deren Lebensbedingungen und Zukunftschancen, ohne aber die tatsächliche Kontrolle aufzugeben. Es blieb der internationalen Geldgeber-Gemeinschaft überlassen, das Vakuum, das durch dieses Aussetzen der Verantwortung entstand, aufzufüllen. Das Resultat: der Gazastreifen, der bis zum Ausbruch der ersten *Intifada* 1987 als Massenreservoir an billigen Arbeitskräften diente, und danach, während der „Oslo Jahre“, ein vom israelischen Militär und den Siedlungen beherrschtes Internierungsgebiet darstellte – unter der Scheinautorität der Palästinensischen Behörde – wird nun von Israel als „eine Art

9 Palestine Center, 18.04.2006; Bremer, 31.08.2006; Myre, 18.02.2007

10 O' Connor, 04.11.2006

11 Li, 16.02.08

Tiergehege betrachtet und behandelt, deren Bewohner nicht gezähmt werden können, und deshalb unter Quarantäne gestellt werden müssen“.¹² In der derzeitigen Phase stellt das „Disengagement“ ein Kontrollsystem von außerhalb dar, das weder auf eine für beide Seiten akzeptable Lösung abzielt noch auf die Aufrechterhaltung einer isolierten aber selbstbestimmenden politisch-geographischen Einheit, sondern nur auf das Überleben der Menschen. Diese Absicht wird durch das von der israelischen Führung immer wieder wiederholte Mantra, „es wird [trotz der Sperre] zu keiner humanitären Krise kommen“ bekräftigt. Die israelische Regierung ignoriert die erklärte Bereitschaft der Hamas für ein Ende der Gewalttätigkeiten¹³ und führt weiterhin militärische Operationen in Gaza durch.

Angesichts dieser Politik der israelischen Regierung stellen sich u.a. die folgenden Fragen: erstens: Welche Weltanschauung und welches politisch-moralische Verständnis steht dahinter? Und zweitens: Wie kann der Inhalt dieser Politik die wirklichen Interessen des Staates Israels und seiner jüdischen Gesellschaft wahren?

Aber bevor wir auf diese Fragen eingehen, sollten wir noch erwähnen, dass die israelische Politik der repressiven Besatzungsmaßnahmen auch in der West Bank und in Ost-Jerusalem weitergeführt wird. Nach dem oben erwähnten UNO-Bericht ist die Zahl der Straßenbarrieren in der West Bank, statt – wie versprochen – reduziert zu werden, von 528 auf 563 gestiegen. Etwa 10.000 Palästinenser der West Bank, die in Orten westlich oder umgeben von dem Zaun- und Mauersystem leben, werden demnach von lebenswichtigen Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen sowie von Familien- und gesellschaftlichen Verbindungen abgeschnitten. In der West Bank leben außerdem mehr als eine Million Menschen (49 Prozent der Bevölkerung) unter der Armutsgrenze. Wie weiter unten noch ausführlich dargestellt wird, hat Israel während seiner vierzigjährigen Herrschaft über Ost-Jerusalem eine Auflösung der dort bestehenden politischen Institutionen sowie eine Zerstörung der palästinensischen Strukturen der Gesellschaft bewirkt.¹⁴

Doch zurück zu den Fragen: Es wäre zu erwarten, dass Frieden mit den Feinden das wichtigste Ziel der Politik des Staates Israels sein sollte, selbstverständlich ein Frieden, der die wichtigsten Interessen der israelischen Gesellschaft wahrt und gleichzeitig auf die vitalsten Interessen der anderen Seite Rücksicht nimmt.

Anzustreben wären:

- ein Ende der Gewalttätigkeiten und Bedrohungen gegen die Integrität des Staatsgebiets und die eigene Gesellschaft, einschließlich der Sicherheitskräfte. Als Folge würde eine solche Situation die Möglichkeit bieten, massive Ressourcen des Sicherheitsbudgets für zivile Zwecke nutzen zu können, u.a. für die Infrastrukturentwicklung, für das Gesundheits- und Erziehungswesen;
- eine nachhaltige Kultur des Friedens und der Versöhnung, die Pflege von De-

12 Ebd.

13 Li; Harel/Issacharoff/Stern, 01.01.08; Reuters, 15.02.08

14 Eldar, 22.01.08; Cohen, S. iii

mokratie und psychischer Gesundheit – innerhalb des eigenen Staates und in Zusammenarbeit mit den Nachbarn.

Während die politische Führung und die Mehrheit der jüdischen Gesellschaft Israels das erste Ziel als Herzstück eines Friedens betrachtet, hat das zweite kaum Anziehungskraft für sie. Was die jüdische Seite unter Frieden versteht und sich dringend wünscht, ist eigentlich eine Situation der Ruhe, ohne sich mit den Bedingungen der Kontrahenten beschäftigen zu müssen – mit anderen Worten, eine so klare Trennung wie möglich von der arabisch-palästinensischen Seite (in den Worten von Ehud Barak: „Wir hier, sie dort!“). Weshalb ist das so? Erstens, weil Elemente einer Kultur eines umfassenden und dauerhaften Friedens eine Bedrohung für die eigene jüdisch-israelische Identität wären, die oft monolithische Züge trägt: wie vom israelisch-jüdischen Psychologen Dan Bar-On analysiert wurde, haben viele Menschen in Israel (und gewiss auch auf der arabischen Seite) bewusst oder unbewusst ihr Selbstverständnis auf dem Hintergrund des Konflikts konstituiert. Zweitens, weil um das zweite Ziel zu erreichen, ein sehr hoher, schmerzhafter Preis bezahlt werden müsste, einschließlich einer Dekonstruktion dieser eben erwähnten Identität¹⁵. Drittens, weil es in dem jüdisch-israelischen Weltbild kaum Platz für das Leiden Anderer gibt – es sei denn, diese Leidenden haben nichts mit uns zu tun (wie es im Titel eines Essays des israelisch-jüdischen Journalisten Gideon Levy treffend ausgedrückt wird mit den Worten: „Wir sind Spezialisten für weit entfernte Katastrophen“, was heißt, Israel ist oft einer der ersten Staaten, der Ländern nach Naturkatastrophen Rettungsteams und andere humanitäre Hilfe anbietet, während er gegen die palästinensischen Nachbarn Unterdrückungsmaßnahmen durchführt).

Im Sinne nachhaltiger Friedenschancen wäre es im Interesse Israels, einen Verhandlungspartner zu haben, der ein möglichst großes Spektrum der palästinensischen Bevölkerung, einschließlich der Flüchtlinge, vertritt und von ihnen eine Legitimation besitzt, d.h. eine mehrheitsfähige palästinensische Regierung des gesamten Volkes. Die Politik der Ausschaltung der *Hamas* hat sich jedoch bereits als kurzsichtig und kontraproduktiv (*self-defeating*) bewiesen. Als Abbas Mitte Januar 2008 seinen totalen Boykott der Hamas-Regierung in Gaza aufgab und im Gespräch mit einem ranghohen Hamas-Mitglied die Wichtigkeit des Zusammenhaltens des palästinensischen Volkes betonte, behaupteten israelische Beamte, eine Wiederannäherung Abbas an die Hamas könnte die Friedensverhandlungen zum Platzen bringen, anstatt die Entwicklung als ein „Fenster der Friedenschance“ zu betrachten und zu begrüßen.¹⁶ Ähnliches gilt bezüglich der oben zitierten Äußerung Olmerts, dass das Vermehren des Schadens an Hamas eine Erhöhung der Friedenschancen bedeute.

In Annapolis im November 2007 sprach der israelische Premier Olmert feierlich von einer „historischen Versöhnung“. Der erklärten Absicht, die Realität seit

15 Bar-On, S. 282

16 Reuters, 16.01.08

1967 zu ändern, fehlte eine Beschreibung dieser versprochenen neuen Wirklichkeit.

Die Parameter des sogenannten „*final-status agreement*“ sind eigentlich schon bekannt – in Camp David (II), in Taba 2000-1, und auch im Saudischen Friedensvorschlag sind die wichtigsten Punkte bereits erörtert – es bleibt „nur“, die Umsetzung zu planen und durchzuführen.¹⁷

In der Tat wurden aber seit dem Treffen weder die Zahl der Checkpoints vermindert (s. oben) noch eine bedeutende Zahl von den mehr als 11.000 palästinensischen Gefangenen befreit, obwohl es sogar einige Minister der Regierung Israels gibt, die eine Befreiung des „Erzterroristen“ Marwan Barghouti (verurteilt zu fünf Mal lebenslänglicher Freiheitsstrafe) als Austauschkandidaten für den im Juni 2006 von der *Hamas* entführten israelischen Soldaten befürworten. Die Begründung der ablehnenden israelischen Politiker sowie eines Teils der Bevölkerung, insbesondere der Familien der Opfer von Anschlägen, für ihre Ablehnung einer Freilassung von palästinensischen Gefangenen ist das „(jüdische) Blut an ihren Händen“. Mit Recht fragt der Politik-Kommentator Akiva Eldar von der Tageszeitung *Ha'aretz*: „Wenn Olmert befürchtet, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, wie sollte er sich bei noch viel ‚heißen Eisen‘, z. B. der Evakuierung von Zehntausenden Siedlern, der Teilung Jerusalems und einer halbwegs annehmbaren Lösung der Flüchtlingsfrage durchsetzen?“¹⁸

Die Vorstellungen von „Friedensbemühungen“ auf israelischer Seite und ihr Verständnis eines zukünftigen palästinensischen Staates können an einigen Einzelheiten abgelesen werden: Olmert traf die Entscheidung, einen General der IDF als Koordinator der interministeriellen Angelegenheiten des Verhandlungsteams zu beauftragen (die Leiterin des Verhandlungsteams blieb die Außenministerin Livni).¹⁹ Es wurde bekannt, dass schon vor dem Annapolis-Gipfeltreffen Gespräche mit den Amerikanern geführt wurden, die Israel während der Verhandlungen freie Hand „in Sachen Sicherheit“ ermöglichen sollten; im endgültigen Abkommen sollte die Souveränität des zukünftigen palästinensischen Staates in Hinblick auf israelische Sicherheitsbedürfnisse eingeschränkt werden – u. a. durch eine zeitlich unbeschränkte Stationierung von israelischen Truppen in der West Bank für „Notfälle“. Nach israelischen Regierungs- und Sicherheitsquellen sei der „einzige Bereich, in dem wir konkrete Forderungen von den Palästinensern haben, die Sicherheitsvorkehrungen. Deshalb ist es wichtig, dass Gespräche im passenden Rahmen stattfinden, damit Israel auf seinen Sicherheitsforderungen bestehen kann, ohne dass die Palästinenser die Möglichkeit haben, diese zu verwässern.“²⁰

Ein Kommentar scheint hier überflüssig, trotzdem stellt sich die Frage, welche Wahrnehmung der Situation hier herrscht? Israel ist auch in seinen großzügi-

17 Benziman, 13.01.08

18 Eldar, 16.01.08

19 Ravid, 03.02.08

20 Benn, 03.01.08

gigsten Angeboten von Friedensbedingungen das Wesentliche nicht bewusst: Die schmerzhaften Verzichtes der Palästinenser auf Boden, auf Heimat, Wasser, Wirtschaftsmöglichkeiten, auf wichtige Elemente ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität, auf elementare Menschen- und Völkerrechte, nicht nur aber besonders in Fragen der Rückkehr ihrer vertriebenen und geflohenen Familien- und Volksangehörigen, ja, eigentlich auf viele ihrer Träume und Hoffnungen. Die Blockade der Wahrnehmung dieser Wirklichkeit durch den herrschenden Ethnozentrismus und durch tief liegende Ängste ist einfach zu groß.

Es ist leider in Israel nur wenigen jüdischen Menschen klar, dass die höchste Sicherheit, die Israel für seine Bevölkerung erreichen könnte, nur durch eine Garantie, dass es für die Palästinenser auch Freiheit und Sicherheit sowie ein Leben in Ehre und Wohlstand in der Gegenwart und der Zukunft geben würde, herzustellen ist. Wenn die Palästinenser die selben Lebensbedingungen genießen könnten, die sich die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels wünscht, dann wäre die Motivation zur Gewalt wesentlich vermindert, was eine israelische Militärpräsenz in den palästinensischen Gebieten bzw. im Staatsgebiet unnötig machen würde. Ein „besatzungsfreies Leben“ wäre auch für die psychische und moralische Gesundheit der jüdischen Bevölkerung selbst von großem Gewinn.

Doch immer wieder zeigen Umfragen – sowie die Entscheidungen der Regierung –, dass das Denkmuster, militärische Aktionen seien die beste Antwort auf Konfrontationen und die richtige Lösung der Sicherheitsprobleme Israels, unvermindert weiter herrscht: Nach einer Umfrage um die Jahreswende (2007/08) waren mehr als 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung der Meinung, dass auch wenn *Hamas* in Gaza eine Bereitschaft für einen Waffenstillstand äußerte, und dies bedeuten würde, Israel müsste mit seinen Angriffen und mit den gezielten Tötungen von *Hamas*-Kämpfern aufhören, dem nicht zugestimmt werden sollte; mehr als 80 Prozent unterstützten sogar eine Intensivierung solcher Aktionen der israelischen Armee. Diese mehrheitliche Meinung fand sich auch bei der Arbeitspartei und *Meretz*, auch wenn die Prozentsätze kleiner waren. Andererseits gab es auch eine Mehrheit für eine Erleichterung der Bedingungen, die von der Regierung bis jetzt in der Frage des oben erwähnten Austausches von Gefangenen gestellt wurden.²¹

Jerusalem

Während der letzten vierzig Jahre hat Israel erreicht, eine fast absolute Kontrolle über Ost-Jerusalem aufzubauen und zu bewahren; auch Israels Bemühungen, die dortigen politischen Institutionen der Palästinenser zu unterminieren, waren erfolgreich. Auf dem Boden, der für die zukünftige Entwicklung der palästinensischen

²¹ Yaar/Hermann, 07.01.08; Ha'aretz Service, 07.01.08

Wohnbezirke nötig ist, wurden riesige urbane jüdische Siedlungen und Verbindungsstraßen errichtet. Die Trennmauer schneidet die Palästinenser im Osten der Stadt von ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Zentren ab, und viele ihrer Institutionen sind aus Jerusalem verschwunden – entweder auf Druck der israelischen Seite oder aus eigener Entscheidung, angesichts fehlender Funktionsmöglichkeiten. Dem palästinensischen politischen System und seiner Führung gelang es nicht, den israelischen Maßnahmen effektiven Widerstand entgegenzusetzen.²²

Natürlich spielten auch innere palästinensische Schwächen bei der Desintegration eine beträchtliche Rolle: Die innerpolitischen Spaltungen und Rivalitäten, die Machtkämpfe um die Führung zwischen den Generationen und zwischen den aus Tunis zurückkehrenden PLO-Funktionären und den lokalen Führern, und schließlich zwischen *Fatah* und *Hamas*. Ohne effektiv funktionierende Institutionen und angesichts der überwältigenden Macht Israels entwickelte sich bei den Palästinensern in Ost-Jerusalem eine politische Passivität; wegen all der bekannten Schwächen und Mängel (Korruption, Verletzung von Menschenrechten u. ä.) ihrer „nationalen Führung“, waren die meisten Einwohner Ost-Jerusalems nicht daran interessiert, der Palästinensischen Behörde einen Platz in ihren Bestrebungen zu geben.²³

Seit der Annektierung Ost-Jerusalems im Jahr 1967 bedient sich die israelische Regierung, besonders durch die Jerusalemer Stadtverwaltung, einer breiten Palette von Maßnahmen, die Zahl der Palästinenser in der Stadt zu vermindern und die weitere Entwicklung des arabischen Charakters des Ostteils zu bremsen. Es wurde ein „kritisches Maß“ von etwa dreißig Prozent der gesamten Bevölkerung der Stadt bestimmt, wie die Verhältnisse im Juni 1967 waren, das von den Palästinensern nicht überschritten werden dürfte. Da Anfang 2008 die Verhältnisse bei 520.000 Juden zu 220.000 Arabern lagen und die Geburtenrate der Palästinenser höher ist als die der Juden, musste man gegen den „demographischen Dämon“ ankämpfen.²⁴

Die von Israel zu diesem Zweck eingesetzten Maßnahmen übertreten internationale Gesetze und verletzen die Menschenrechte der Palästinenser. U. a. bedeuten sie das Aufheben des Wohnrechtes, Einschränkungen von Baugenehmigungen, Enteignung von Land und Vernachlässigen der Infrastruktur in den palästinensischen Wohnbezirken, obwohl die Palästinenser genauso wie ihre jüdischen Nachbarn Steuern bezahlen. Nach einem offiziellen Bericht lebten im Jahr 2007 76 Prozent der palästinensischen Kinder in Jerusalem in Armut.²⁵

Real zielen die Stadtplanung, einschließlich der Erweiterung der jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem – in Israel „neue Wohnbezirke“ genannt – sowie die

22 Cohen, S. iii

23 Ebd.

24 Vgl. Klein

25 Shragai, 17.01.08

oben erwähnten Maßnahmen gegen die palästinensische Bauaktivität, zusammen mit der Trennmauer darauf, die arabischen Wohnbezirke und Vororte einerseits einzuschnüren und andererseits die Kontinuität der arabischen Wohngebiete zu durchbrechen (und dadurch die Kontinuität der jüdischen Orte zu sichern). Das jüngste Beispiel liefert die gegenwärtige (Februar-März 2008) Erweiterung der Siedlung Har Homah in Süd-Ost-Jerusalem, die z.T. auf privatem palästinensischem Boden gebaut wird, und durch die Erweiterung Bethlehem und seinen benachbarten Ort Beit Sahour von Ost-Jerusalem gänzlich abschneiden wird. Dies geschieht trotz der stattfindenden Gespräche mit den Palästinensern und scharfer Proteste der US-amerikanischen Regierung, mit der israelischen Begründung bzw. Behauptung seiner Souveränität in Jerusalem, die es erlaube, israelische Interessen nach eigenem Verständnis durchzusetzen.²⁶

Dieses Isolieren der palästinensischen Stadtteile und Vororte voneinander hat kurz gesagt das Ziel, die Errichtung einer lebensfähigen palästinensischen Stadt in Ost-Jerusalem zu verhindern, Verzweiflung zu verursachen und schließlich die Auswanderung der palästinensischen Bevölkerung zu beschleunigen.

Doch eine interessante, vielleicht sogar zukunftssträchtige Entwicklung in Folge des Mauerbaus ist das Strömen von Tausenden Ost-Jerusalemern Palästinenser nach West-Jerusalem auf der Suche nach Wohnmöglichkeiten, nachdem sie erfahren, dass ihr Wohnort auf der Ostseite der Mauer, d. h. getrennt vom Zentrum Jerusalems bleiben sollte. Als „permanent residents“ des Staates Israel – sie besitzen nur eine Stadtbürgerschaft – haben sie das Recht, sich überall innerhalb der Stadt und auch im ganzen Staatsgebiet Israels frei zu bewegen und einen Wohnort nach Belieben auszuwählen. Zehntausende machen mittlerweile von dieser Möglichkeit Gebrauch, was möglicherweise ein Umdenken bei der jüdischen Regierung bezüglich des Zwecks der Mauer verursachen könnte. Selbstverständlich könnte aber die Regierung auch ihre Rechte, die beim Status eines „permanent residents“ von der Genehmigung des Innenministeriums abhängig sind, in einer negativen Weise verändern.²⁷

Perspektiven

Trotz der Behauptung beider Verhandlungspartner, dass im Rahmen der nach Annapolis stattfindenden Gespräche auch das Thema Jerusalem auf dem Tisch liegen würde, scheinen die unterschiedlichen Positionen der israelischen Koalitionsparteien, in erster Linie zwischen der rechtsorientierten *Schas*-Partei auf der einen Seite und den eher gemäßigten Parteien (nach israelisch-jüdischen Verhältnissen) *Kadima* und Arbeitspartei auf der anderen Seite, dies zu verhindern und zu einer Fortsetzung des *Status quo* zu führen.

²⁶ Rapoport, 06.01.08

²⁷ Rubenstein, 19.12.07

Die Tatsache, dass der innerjüdische politische Diskurs wichtiger ist als der mit dem eigentlichen Gegner, stellt kein neues Phänomen dar. Es geht nicht primär um das Erreichen einer Lösung unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Palästinenser, sondern um die Frage, wie weit kann man dem eigentlichen Gegner entgegenkommen, bevor die innenpolitische Bruchstelle erreicht wird. Diese ist dort, wo sich die regierende Koalition gegen die anderen Parteien und außerparlamentarischen Kräfte (wie z. B. die Siedlerbewegung und ihre Unterstützer) nicht mehr durchsetzen kann bzw. wo die Ängste vor einer solchen Situation eine politische Paralyse bzw. einen Rückzug verursachen.²⁸

Wesentliche Änderungen müssen wahrscheinlich auf die Entwicklung eines neuen Bewusstseins und Wahrnehmungsvermögens auf der jüdischen Seite warten, bzw. auf eine Situation, in der die Palästinenser nicht aus einer Position der absoluten Schwäche gegenüber Israel verhandeln müssen. Eine andere wichtige Komponente wäre das Auftreten von politischen Persönlichkeiten, die eine weit-sichtige Vision besitzen sowie die Fähigkeit, sie mit und durch die Unterstützung des größten Teils der jüdischen Gesellschaft zu verwirklichen.²⁹

Die oben beschriebene Jerusalem-Politik aller israelischen Regierungen spiegelt ein Hauptziel der jüdischen Akteure in der Palästinafrage wider: Wie kann die palästinensische nationale Identität langfristig geschwächt werden? (Ein Ziel, das der israelisch-jüdische Soziologe Baruch Kimmerling „Politizid“ nannte.³⁰) Wenn Israel auf einer Kantonisierung der West Bank durch bestehende Siedlungsblöcke und Verbindungsstraßen und einer Isolierung des Gazastreifens als Bedingungen für ein Abkommen bestehen würde und mit der Unterstützung der Regierung der USA die Palästinenser dazu zwingen könnte, dies zu akzeptieren, dann könnte diese territoriale Zersplitterung eine gesellschaftlich-politische Parallele erzeugen – die Erschaffung und Stärkung lokaler Identitäten auf Kosten der nationalen. Diese Auswirkung muss nicht unbedingt durch geographische Bedingungen erzielt werden; auch die Nicht-Anerkennung der demokratisch gewählten palästinensischen politischen Führung (auch in Jerusalem war es die Hamas) und die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit ihr – bis zur Inhaftierung ihrer wichtigsten Vertreter – und die Fortsetzung der Politik der unilateralen Handlungen tragen dazu bei.³¹

Politik innerhalb Israels

Im dritten Bereich der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern, den wir im Rahmen dieser Analyse betrachten möchten, handelt es sich um den gegenüber den palästinensischen Staatsbürgern Israels. Der Kern des Problems drückt sich in

28 Ben Simon, 17.08.06; Hass, 27.12.07

29 Cohen, S. xii

30 vgl. Kimmerling

31 Cohen, S. xii-xiii

der bereits stattfindenden Konfrontation um die anstehende Feier des sechzigsten Jahrestages der Unabhängigkeit des Staates aus.

Wie der Beobachter Meron Benvenisti kommentiert, ist die Konfrontation unvermeidbar: Eine Seite feiert und versucht, durch eine patriotische Stimmung Brücken zwischen den gespaltenen Sektoren ihrer Gemeinschaft zu errichten; die andere Seite trauert und erinnert sich an ihre nationale Tragödie, die *Nakba*. Statt aber den Palästinensern zu ermöglichen, ihre nationale Identität auszudrücken, will der Staat Israel sie dazu bringen, sich mit der jüdisch-zionistisch-israelischen „Erfolgsgeschichte“ zu identifizieren. Die geplanten palästinensischen Proteste gegen diese Feier werden von jüdischer Seite als eine „hinter dem Mantel der Trauer um die Errichtung des Staates verkleidete Aspiration, den Staat Israel zu vernichten“ betrachtet. Dadurch wird aber die israelisch-palästinensische Herausforderung an die jüdische Mehrheitsgemeinschaft, sie als eine **einheimische nationale Minderheit** anzuerkennen und ihr die kollektive Gleichberechtigung und die dazu gehörenden Rechte zu gewähren, ignoriert bzw. zurückgewiesen.³²

Zwei Ereignisse aus der jüngsten Zeit (Ende Februar-Anfang März 2008) zeigen in klarer Weise die fehlende Rücksicht auf die nationalen Gefühle der israelischen Palästinenser, auch wenn sie keine große Bedeutung haben: Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Israel, eine öffentliche Gedenkfeier im (arabischen) Nazareth anlässlich des Todes von George Habash, des langjährigen Führers einer palästinensischen Widerstandsbewegung (PLFP) zu verbieten, sowie die Auflösung einer Demonstration israelischer Palästinenser gegen die israelischen Militäraktionen in Gaza durch die Polizei.³³

Dass es eine gesetzliche sowie gesellschaftliche Diskriminierung gegen die palästinensischen Staatsbürger Israels gibt, ist keine Neuigkeit. Eine aktuelle Bestandsaufnahme wurde aber nun (Anfang Februar 2008) im Bericht der Organisation „*The Adalah* (deutsch: Gerechtigkeit) *Legal Center for Arab Minority Rights in Israel*“ der UNO anlässlich einer Sitzung des Ausschusses für „*The Elimination of Racial Discrimination*“ in Genf gegeben mit dem Ziel, Druck auf Israel auszuüben und dadurch seine diskriminierende Politik zu ändern. Israel ist ein Signatarland der diesbezüglichen Internationalen Konvention (ICERD).³⁴

Folgende Diskriminierungen wurden erwähnt:

- es werden Gesetze verabschiedet und Abkommen mit Institutionen vereinbart, die Grund und Boden nur Juden zuteilen;
- durch Gesetze und Vorschriften, die das Erhalten bestimmter sozialer und finanzieller Vergünstigungen von der Leistung des Militärdienstes abhängig machen, wird die Mehrheit der israelisch-arabischen Bevölkerung diskriminiert;
- palästinensische Ehepartner aus der West Bank oder Gaza dürfen nicht mit ihren israelisch-palästinensischen Ehepartnern in Israel wohnen;

32 Benvenisti, 23.12.07

33 Stern/Khoury, 29.02.08; Khoury, 02.03.08

34 Stern, 16.02.07

- die Art der Zuteilung staatlicher Gelder diskriminiert in extremer Weise die arabischen Orte in Israel;
- in Süd-Israel werden arabische Einwohner zwangsweise aus ihren Häusern evakuiert und die Häuser zerstört mit der Behauptung, die Häuser wären ohne Genehmigung errichtet worden;
- die Bedingungen für die Aufnahme israelischer Palästinenser an Universitäten in Israel sind diskriminierend;
- Verdächtige wegen „Sicherheitsverbrechen“, die überwiegend Araber sind, werden in brutaler Weise verhört.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass wegen der Ermordung von 13 palästinensischen Israelis durch die Polizei während Demonstrationen im Oktober 2000 kein Polizist vor Gericht gestellt wurde³⁵ (eine Berufung dagegen wurde gerade vom israelischen Obersten Gerichtshof abgelehnt³⁶).

Auch hier, wie oben bereits erklärt, geht es nicht nur um Diskriminierung und die Verweigerung der Erteilung von Rechten, sondern um Identität und um den Raum, in dem diese Identität sich ausdrücken darf. Der Grundsatz der Problematik ist bereits in der Gründungserklärung des Staates Israel enthalten: Der Staat Israel wurde in erster Linie für das jüdische Volk gegründet. Daraus folgt, dass der jüdische Nationalismus in seiner im Lande Israel bzw. Palästina verwirklichten Form einen „grenzenüberschreitenden Nationalismus“ darstellt: Der Staat ist für ein Volk gegründet worden, das sich nicht nur innerhalb der Grenzen seines Staatsgebiets befindet, sondern auch darüber hinaus; die im Ausland lebenden Volksmitglieder haben demnach (prinzipiell) einen größeren Anspruch am Staat als die dort wohnenden Menschen, die dem jüdischen Volk nicht zugehören. Diese Situation spiegelt die im Gesetz festgelegte Definition Israels als **jüdischen** und demokratischen Staat getreu wider.

Seit einem Jahr tobt eine hitzige Debatte diesbezüglich, ausgelöst durch Dokumente von der israelisch-arabischen politischen Seite (*Adalah*), die „*The Future Vision of the Palestinian Arabs in Israel*“ genannt werden und fordern, diese oben beschriebene Vorstellung durch das Grundprinzip „*one person – one voice/one vote*“, d. h. dass Israel eine Demokratie für alle Bürger des Staates, unabhängig von ihrer ethnisch-nationalen Zugehörigkeit wäre, zu ersetzen. Diese Forderung stellt den Versuch dar, die Hegemonie der jüdischen Mehrheit mit der ethnokratischen Definition des Staates und der Marginalisierung der arabischen Minderheit in Frage zu stellen, und fordert eine „*consensual democracy*“ und eine ihrem demographischen Status entsprechende Vertretung in der Regierung. Dies wird von der jüdischen Seite als Extremismus und als massiver Angriff auf die Fundamente des jüdischen Staates betrachtet. Der Chef des israelischen Sicherheitsdienstes

35 Ebd.

36 Yoaz/Stern, 27.01.08

37 Benevenisti, 15.03.07

38 Stern, 16.07.07; Ilan, 30.10.07

(für innere Angelegenheiten) ging soweit zu sagen, dass solche Bestrebungen vom Staat auch notfalls unter Anwendung undemokratischer Mittel bekämpft werden würden.³⁷ Schon seit Monaten wird als Teil dieser Kampagne der israelisch-arabische Denker und frühere Knessetabgeordnete Azmi Bishara, einer der wichtigsten Verbreiter dieser Botschaft, vom israelischen Sicherheitsdienst verfolgt.³⁸

Benvenisti sieht in diesen Forderungen der israelischen Araber/Palästinenser nach Anerkennung als „nationale Minderheit“ aber auch den Erfolg Israels, das (ganze) palästinensische Volk in Untergemeinschaften zu fragmentieren und eine fast unbegrenzte Herrschaft über seine verschiedenen Segmente auszuüben. Obwohl es in der „Vision“ ein Lippenbekenntnis zur „Einheit des Volkes“ und „zur Solidarität mit den unter Besatzung lebenden Brüdern und Schwestern“ gibt, konzentrieren sich die Palästinenser in Israel auf die Aufhebung ihrer eigenen Diskriminierung und der Wiedergutmachung (!) des historischen Unrechts ihnen – den in Israel lebenden Palästinensern – gegenüber. Es gibt keinen Versuch, eine einheitliche Front aller Teile des Volkes zu konsolidieren, wohl wissend, dass Israel ohne Schwierigkeiten gegen jeden palästinensischen Volksteil seine Macht einsetzen kann, um so etwas zu verhindern.³⁹

Als ob die Organisation *Adalah* auf die Kritik von Benvenisti antworten würde, formuliert sie seit Dezember 2007 die Forderung nach einer „demokratischen Verfassung für einen über-nationalen Regierungsrahmen im ganzen historischen Palästina“, einschließlich des Staatsgebiets Israels und des Territoriums der Palästinensischen Behörde. Dies bedeutet eine Veränderung der Strategie gegenüber der in der früheren „*Democratic Constitution for Israel*“ (s. unten) umrissenen Vorgehensweise. Nach Auskunft des Sprechers von *Adalah* versucht die Organisation eine Gruppe von internationalen Experten zusammenzustellen, unter denen sich auch Palästinenser und israelische Juden befinden, die bei der Fertigstellung eines diesbezüglichen Textes helfen sollten, für den die Europäische Konvention für Menschenrechte als Modell dienen sollte.⁴⁰

In der vor einem Jahr veröffentlichten „*Democratic Constitution for Israel*“ war die Umwandlung Israels in einen zweisprachigen, multikulturellen Staat, dessen Symbole von Juden und Arabern zusammen bestimmt werden sollten, gefordert worden. Dabei sollte das (israelisch-jüdische) Rückkehrgesetz abgeschafft werden und durch ein Gesetz ersetzt werden, das die Aufnahme jedes Menschen in (humanitärer) Not ermöglichen würde.⁴¹

Heute jedoch vertritt *Adalah* die Meinung, dass die Errichtung eines palästinensischen Staates neben Israel in den Grenzen von 1967 weder die Bedürfnisse der arabischen Gemeinschaft innerhalb Israels noch die der gesamt-palästinensischen Bevölkerung erfüllen könne. Die neue Verfassung sollte die Verwirklichung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge ermöglichen und auch die

39 Benvenisti, 15.03.07

40 Stern, 20.12.07

41 Ebd.

Frage der jüdischen Immigration behandeln. Die Behauptung der jüdischen Seite, dass der neue Vorschlag darauf abziele, die Grenzen Israels nicht anzuerkennen und den Staat zu delegitimieren bzw. sogar abzuschaffen, wurde zurückgewiesen. „Es gibt keine Stellungnahme bezüglich der Zahl der Staaten in der Region“, sagt der Direktor von Adalah, Hassan Jabreen. „Es könnte ein Staat sein oder zwei oder ein föderales System sein, das einen Verfassungsrahmen anerkennt. Unsere Rolle ist lediglich, die Menschenrechte aller zu schützen.“ Weitere Diskussionen über die supranationale Verfassung wurden im Rahmen von Adalahs Aktivitäten während der 60. Gedenkfeier der Nakba vorgesehen.⁴²

Schlussbemerkung

Unser Ziel in diesem Beitrag war es, in erster Linie die gegenwärtige israelische Politik gegenüber den Palästinensern zu schildern. Wir beschränkten unseren (Über)blick und die Analyse auf drei Bereiche, aber auch diese konnten wir nur skizzenhaft darstellen. Mehrere wichtige Aspekte, z.B. die Rolle der Medien, der religiösen Kräfte sowie die der Extremisten am rechten Rand (die nach Meinung des israelischen Sicherheitsdienstes eine wirkliche Gefahr darstellen⁴³) haben wir nicht behandelt. Wegen ihrer marginalen Rolle hätten wir die Linke und die Friedenskräfte erwähnen sollen, gerade wegen ihrer Schwäche mit dem Versuch einer Ursachenforschung.⁴⁴ Selbstverständlich agieren die politischen Akteure nicht in einem Vakuum, deshalb wäre auch eine ausführlichere Beschreibung der Tendenzen in der israelischen Gesellschaft für unser Thema relevant. Auf all diese Punkte einzugehen, hätte aber den Rahmen dieses Beitrags bei weitem gesprengt.

Ob aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen eine Prognose zulässig ist, scheint mehr als fraglich. Der Konflikt ist total asymmetrisch – Israel hat die militärische und politische Macht und kann deshalb seine Pläne durchsetzen. Fortschritte in Richtung eines Friedens hängen in erster Linie vom Willen und dem Mut der israelischen politischen Führung ab; anstatt sich der Schas-Partei anzuliefern bzw. sie durch Zugeständnisse im politisch-religiösen Bereich – z. T. mit antidemokratischen Auswirkungen – zu bestechen, könnte Ministerpräsident Olmert, wenn seine oft erklärte Absicht, die Errichtung eines palästinensischen Staates und den Frieden fördern zu wollen, seiner echten Überzeugung entspricht, eine Koalition mit der Arbeitspartei, Meretz und den arabischen Parteien bilden. Er könnte auch mit ihrer Unterstützung „von draußen“, wie es Rabin machte, regieren und so seine erklärten Absichten umsetzen.

Wie oben ausführlich dargestellt, gibt es auch keine Zeichen einer Bewusstseinsveränderung.⁴⁵ Es ist nicht zu erwarten, dass der Antriebsfaktor „von unten“

⁴² Ebd.

⁴³ Harel, 20.12.07; Harel/Issacharoff, 30.12.07

⁴⁴ Eldar, 24.12.07

kommen wird; nach den jüngsten Umfragen ist das rechtsorientierte Lager deutlich größer als das in der Mitte-Links (in parlamentarische Begriffe übersetzt: 70 gegenüber 50 Sitzen), d. h. die jüdische Gesellschaft in Israel zögert, einen neuen Weg zu gehen, und zieht den politischen *Status quo* vor.⁴⁶

Trotz der aussichtslos scheinenden Lage wäre zu hoffen, dass folgende Entwicklungen stattfinden und zu Gunsten einer Veränderung der Situation wirken könnten:

- eine zunehmende Bereitschaft – bei der israelischen politischen Führung, beim Militär und auch in der Gesellschaft – zu direkten oder vermittelten Gesprächen mit der Hamas;

- die Feststellung der Weltgemeinschaft, dass es eine Grenze ihrer Bereitschaft gibt, vor Aktionen Israels, die das Vertrauen zerstören, wegzuschauen bzw. angesichts der Lage der Palästinenser passiv zu bleiben.⁴⁷ Solche Aktionen sind: die Herbeiführung der Versorgungsnot der Bevölkerung in Gaza, fortgesetzter Siedlungsbau, weitere Einschränkung der Bewegungsfreiheit, weitere Enteignung der Palästinenser in Ost Jerusalem u. v. m.

Vielleicht ist aber die Hauptfrage, wann Israel, d. h. die jüdisch-israelische Gesellschaft sich davon überzeugen lassen wird, den Frieden als die höchste Garantie ihrer Sicherheit zu betrachten, bzw. dies von einer von solchen Visionen getragenen politischen Führung als Hauptinteresse des Landes erfahren wird.

(März 2008)

Literaturverzeichnis

- Assad, Samar "Forecast for Palestinian Economic Survival" Palestine Center Information Brief No. 135 (18 April 2006) <http://www.thejerusalemfund.org/images/informationbrief.php?ID=159>
- Associated Press, 21.01.08 "Barak: Gaza to get one-time fuel, medicine delivery", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Associated Press 21.01.08 "Barak calls for more pressure on Gaza Strip to stop rocket attacks", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Associated Press, 09.01.08 "Hamas demands Barghouti's release in exchange for Shalit", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Associated Press, 05.01.08 "Vilnai: Israel should free Marwan Barghouti in swap for Shalit", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Bar-On, Dan, 2001. Die „Anderen“ in Uns. Hamburg, edition Köber-Stiftung
- Ben Simon, Daniel, 17.08.06 "Talking only to ourselves", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Benn, Aluf, 03.01.08 "Jerusalem seeks Bush okay for IDF free hand in West Bank", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Benvenisti, Meron, 23.12.07 "Time to stop mourning", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Benvenisti, Meron, 15.03.07 "Future Vision vs. dividing and ruling", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Benziman, Uzi, 13.01.08 "Making do with foreplay", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Bremer Jörg, 31.08.2006, „Die palästinensische Fieberkurve“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Seite 3
- Cohen, Hillel, 2007. The Rise and Fall of Arab Jerusalem, 1967-2007, Jerusalem Institute for Israel Studies (Hebräisch)
- Eldar, Akiva, 22.01.08 "UN: Despite Israel's Promises, West Bank barriers have increased", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Eldar, Akiva, 16.01.08 "Reconciliation begins in prison", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Eldar, Akiva, 04.01.08 "Prisoners' dilemma", in Ha'aretz, Tel Aviv
- Eldar, Akiva, 24.12.07 "Where are Labor and Meretz?", in Ha'aretz, Tel Aviv

45 Levy, 13.01.08

46 Benziman, 13.01.08

47 Shamir, 02.03.08 Buch Richter 16:20

Galili, Lili, 23.12.07 "First we'll take Ajami", in Ha'aretz, Tel Aviv

Harel, Amos, 20.12.07 "Experts: Extreme rightists will use violence if settlements are evacuated", in Ha'aretz, Tel Aviv

Harel, Amos/Issacharoff, Avi, 30.12.07 "ANALYSIS / Nipping new W. Bank Jewish terror group in the bud", in Ha'aretz, Tel Aviv

Harel, Amos/Issacharoff, Avi/Stern, Yoav, 01.01.08 "Two Gazans killed as clashes between Fatah, Hamas continue", in Ha'aretz, Tel Aviv

Ha'aretz Service, 17.01.08 "PM: Israel will continue to wage war on militants firing rockets", in Ha'aretz, Tel Aviv

Ha'aretz Service, 01.01.08 "Poll: 81 percent of Israelis back increasing IDF targeted killings", in Ha'aretz, Tel Aviv

Hass, Amira, 27.12.08 "The right to explode in anger", in Ha'aretz, Tel Aviv

Ilan, Shahar, 30.10.07 "Defining breach of trust", in Ha'aretz, Tel Aviv

Khoury, Jack, 02.03.08 "Police halt Israeli Arab rally against Gaza op, arrest 2 at T.A. protest", in Ha'aretz, Tel Aviv

Klein, Menachem, 2001, Jerusalem, The Contested City, Jerusalem Institute for Israel Studies/New York University Press

Levy, Gideon, 13.01.08 "Believing Olmert", in Ha'aretz, Tel Aviv

Li, Darryl, 16.02.08 "Disengagement and the Frontiers of Zionism", in Middle East Report Online: <http://www.me-rip.org/mero/mero021608.html>

Myre, Greg 18.02. 2007, "Israelis Are Gone, but Gaza Rebuilding Is Slow", New York Times

O'Connor, Patrick, 04.11.2006, "Israel's Large-Scale Killing of Palestinians Passes Unreported", The Electronic Intifada

Ravid, Barak/Reuters 02.03.08. "Barak to Justice Min.: 'Can IDF legally hit civilian areas used to fire rockets?' " in Ha'aretz, Tel Aviv

Ravid, Barak, 03.02.08 „Brig.-Gen. Udi Dekel appointed to head PMO negotiations staff", in Ha'aretz, Tel Aviv

Ravid, Barak/Issacharoff, Avi/Grinberg, Mijal, 21.01.08 "Barak: 'Gaza to get one-time fuel, medicine delivery'", in Ha'aretz, Tel Aviv

Reuters, 15.02.08 "Hamas tells Egypt it is ready to discuss truce with Israel, Shalit deal", in Ha'aretz, Tel Aviv

Reuters, 16.01.08 "Hamas: Abbas calls Zahar over son's death, breaking boycott of group", in Ha'aretz, Tel Aviv

Rubenstein, Danny, 19.12.07 "Looking for a home in Pisgat Ze'ev" , in Ha'aretz, Tel Aviv

Shamir, Shlomo, 02.03.08 "EU joins UN in slamming use of 'disproportionate' force in Gaza", in Ha'aretz, Tel Aviv

Shragai, Nadav, 17.01.08 "Over half of Jerusalem children are living in poverty", in Ha'aretz, Tel Aviv

Stern, Yoav, 20.12.07, "Adalah Center says it may seek supranational regime in 'all historic Palestine' ", in Ha'aretz, Tel Aviv

Stern, Yoav/Khoury, Jack, 29.02.08 "Court rejects petition against ban on Habash memorial rally", in Ha'aretz, Tel Aviv

Stern, Yoav, 16.02.08 "Adalah report to UN slams Israel's treatment of Arabs", in Ha'aretz, Tel Aviv

Stern, Yoav, 16.07.07 "Bishara: Hezbollah did not declare war on Israel last summer", in Ha'aretz, Tel Aviv

Verter, Yossi, 27.02.08 "Poll: Most Israelis back direct talks with Hamas on Shalit", in Ha'aretz, Tel Aviv

Yoaz, Yuval, 30.01.08 "High Court okays reducing fuel and power supply to Gaza Strip", in Ha'aretz, Tel Aviv

Yoaz, Yuval/Stern, Yoav, 27.01.08 "AG: No cops will be indicted for involvement in October 2000 riot deaths", in Ha'aretz, Tel Aviv

Palästina: Die unendliche Katastrophe (oder) Katastrophe ohne Ende

Die aktuelle politische Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten

Der Staat Israel feiert in diesem Jahr sein sechzigjähriges Bestehen. Bis heute haben dagegen die Palästinenser keinen eigenen Staat. In ihrer historischen Heimat leben sie entweder als Bürger zweiter Klasse (in Israel innerhalb der Grenzen vor dem Juni-Krieg 1967) oder unter einem immer oppressiveren Besatzungsregime (in den seit Juni 1967 besetzten Gebieten Ost-Jerusalem, Westjordanland und Gazastreifen). Die Fragmentation der palästinensischen Gesellschaft, die 1948 mit der Vertreibung von einer dreiviertel Million Menschen aus dem heutigen Israel begann, hat inzwischen nie zuvor für möglich gehaltene Dimensionen erreicht.

Wie stellen sich die palästinensischen politischen Akteure diesen immer dramatischer werdenden Herausforderungen? Und wie kann und soll sich linke Politik in Deutschland dazu verhalten? In diesem Beitrag möchte ich in einem ersten Teil die aktuelle Lage in den von Israel 1967 besetzten Gebieten analysieren. In einem zweiten Teil wird die Politik der zwei grössten palästinensischen Parteien, also der Fatah und der Hamas, und ihre Unterstützung aus bzw. ihre Verankerung in der Gesellschaft untersucht. Parallel dazu sollen alternative Positionen auf der palästinensischen politischen Bühne vorgestellt werden. Im Schlussteil werde ich die Frage stellen nach den Herausforderungen, die sich aus diesem nicht enden wollenden Konflikt für linke Politik ergeben.

1. Die aktuelle Lage 2008

Das Leben der Palästinenser heute unter israelischer Besatzung ist bestimmt von Gewalt. Gewalt wird auf allen Ebenen ausgeübt und inzwischen von fast allen am Konflikt beteiligten Akteuren. Während die der Besatzung strukturell inhärente Gewalt und die von ihr immer wieder auch direkt ausgeübte Gewalt nach wie vor alles dominiert, auch dem Ausmass nach, spielt seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 innerpalästinensische Gewalt eine immer grössere Rolle.

Tagtäglich gibt es israelische Angriffe, im Westjordanland fast schon öfter und regelmässiger als im oder gegen den Gazastreifen. Die Zahl der Toten und Verletzten straft all die Lügen, die immer noch meinen, zwischen Israel und den Palästinensern sei irgendein Friedensprozess im Gange. (Laut Btselem starben 2008 allein 389 Palästinenser im Gazastreifen, 38 im Westjordanland, 4 von diesen 38

im Westjordanland wurden von israelischen Siedlern umgebracht. Auf der israelischen Seite starben 2 Sicherheitsleute im Westjordanland und 5 im Gazastreifen, im Vergleich zu 18 Personen, alles Zivilisten, in Israel selbst, alle praktisch ausnahmslos Opfer von Attentaten. Zwei israelische Zivilisten, beides Sicherheitsoffiziere, wurden im Westjordanland umgebracht, als sie palästinensische Arbeitskräfte kontrollierten.

Auf die Periode 2000 bis 2008 bezogen wurden über 4.800 Palästinenser im Westjordanland (1784) und im Gazastreifen (2970) getötet, zusätzlich zu 45 Opfern von Siedlern. Im gleichen Zeitraum starben in den besetzten Gebieten knapp 240 israelische Zivilisten, also Siedler, sowie 490 im Israel in den Grenzen von 1967. Bei den israelischen Sicherheitsangehörigen, also Armee und Geheimdienste, kamen in den besetzten Gebieten 245 ums Leben, verglichen zu 90 in Israel selbst.

Palästinensische Opfer der innerpalästinensischen Auseinandersetzungen machten 2008 18 aus, 2007 sogar 348, alle im Gazastreifen. Im Westjordanland gab es 2008 keine Todesfälle, 2006 und 2007 insgesamt 17. Die höchste Zahl an Opfern im Westjordanland gab es mitten in der Intifada, im Jahr 2002. Von 2000 bis 2008 belief sich die Zahl aller Opfer dieser innerpalästinensischer Auseinandersetzungen auf fast 600, davon etwas über 450 in Gaza und 135 im Westjordanland.)¹

Tag für Tag, oder präziser Nacht für Nacht, sind israelische Kommandos unterwegs, um Palästinenser zu verhaften. Derzeit werden etwa 8.500 Palästinenser von der israelischen Armee festgehalten, über 5000 sind durch Militärgerichte verurteilt, über 2000 warten auf das Ende ihres Verfahrens und knapp 700 sind sogenannte administrative Gefangene, festgehalten ohne Anklage und Verurteilung.² Die von der Regierung Salam Fayyad „befriedeten“ Städte Jenin und vor allem Nablus gehören nachts der israelischen Armee, bei Tage patrouilliert dort die palästinensische Polizei. Diese darf frühestens um 6 Uhr morgens ihren Dienst antreten. Manchmal ziehen die israelischen Armee- oder Geheimdienstkommandos auch erst um 8 Uhr früh ab.³

Überall und immer sind israelische Bulldozer am „Werk“ und zerstören palästinensische Häuser: weil keine Baugenehmigungen erteilt wurden (Palästinenser erhalten nur mit grossen Schwierigkeiten eine Baugenehmigung, tendenziell eher nicht) oder aus „Sicherheitsgründen“. Derweilen wird die Mauer, die Israel gegen die Palästinenser im Westjordanland und mitten im palästinensischen Ost-Jerusalem errichtet, immer länger. Ungeachtet des klaren Beschlusses seitens des Inter-

1 Siehe die ausgezeichnete website von Btselem: www.btselem.org/English/ und die statistischen Angaben unter www.btselem.org/english/Statistics/Index.asp

2 www.btselem.org/English/Statistics/Detainees_and_Prisoners.asp Palästinensische Angaben gehen von mindestens 10 000 palästinensischen Gefangenen derzeit aus.

3 Dazu die laufende Berichterstattung in Haaretz (www.haaretz.com) sowie der Artikel von Christian Sterzing: „Geld allein ist nicht genug. In Berlin verteilt man Pflaster, statt sich um Wunden zu kümmern“, in der taz vom 25.06.2008.

nationalen Gerichtshofes in Den Haag vom Juli 2004⁴, geht also der Mauerbau weiter. Dabei werden palästinensische Dörfer nahe der Grünen Linie (der Grenze zwischen dem Staat Israel und dem Westjordanland bis zum Junikrieg 1967) zum Teil vollständig von der Aussenwelt abgeschnitten und zu ghettoartigen Enklaven. Es hängt regelrecht von der Laune wacheschiebender israelischer Soldaten ab, ob man aus dem Dorf heraus oder zurück ins Dorf darf und das gilt für Schulkinder genauso wie für Bewohner, die zur Arbeit oder zu medizinischer Behandlung müssen.⁵

Ost-Jerusalem wird sowohl im Norden als auch im Südosten von der Mauer zerschnitten. Man könnte meinen, es sei das Ziel israelischer Politik, die in Berlin endlich gefallene Mauer in Jerusalem wieder neu zu errichten, nur um einige Meter höher – um dem Fortschritt Tribut zu zahlen. Der Zugang zum südlich von Jerusalem gelegenen Bethlehem und zur Stadt Ramallah im Norden ist durch die Mauer blockiert.

Überhaupt fallen ganze Landstriche, die zum palästinensischen Westjordanland gehören, gleichsam automatisch an Israel, da sie westlich der Mauer liegen, die nicht auf der Grenzlinie von 1967 verläuft, sondern oft weit nach Osten vorgeschoben ist, u.a. um israelische Siedlungen „einzugemeinden“ und damit zu „legalisieren“.⁶

Das Bauen in israelischen „Siedlungen“ im Westjordanland, die alle samt und sonders unter klarem Verstoß gegen geltendes internationales Recht⁷ errichtet wurden, geht munter weiter, ohne Rücksicht auf das hin und wieder eher nachsichtig-verhalten geäußerte Mahnen aus den USA oder der EU.⁸ Die Existenz is-

4 Advisory Opinion of the International Court of Justice on “Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory”. www.icj-cij.org/doCKET/files/131/1677.pdf

5 Siehe dazu die ausführliche Berichterstattung, die legalen Aspekte, die Statistiken, Photos und Augenzeugenberichte auf der Website von Btselem unter www.btselem.org/English/Separation_Barrier/

6 Btselem geht davon aus, dass etwa 12 % des gesamten Landes im Westjordanland davon betroffen sind, eine Fläche von über 670 000 Dunum. (Ein Dunum entspricht 1000 Quadratmeter.) Quelle für Btselem ist hier die Website von OCHA, UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: <http://ochaonline2.un.org/Default.aspx?tabid=5227> Der letzte ausführliche Bericht von OCHA zur Mauer ist im Juli 2008 erschienen unter dem Titel „The Humanitarian Impact of the Barrier. Four years after the advisory opinion of the International Court of Justice on the Barrier (Update no. 8)“ und einsehbar auf der Website von OCHA unter “Latest Documents”.

7 Haaretz Internet-Edition: www.haaretz.com/hasen/spages/1020629.html unter der Überschrift: Fayyad: “World support for peace is meaningless unless Israel halts settlement expansion” und das Zitat von Fayyad: „Fayyad said Israel’s continued building on the settlements is a blatant violation of international law”, besucht am 12.9.2008.

Zur Rechtsgrundlage siehe sowohl die Vierte Genfer Konvention als auch die Haager Bestimmungen. Siehe die ausführlichen Analysen bei Btselem: www.btselem.org/english/Settlements/International_Law.asp und generell www.btselem.org/English/Settlements/

8 Die beste Berichterstattung zu den (kolonialistischen) Siedlungen liefert regelmäßig das „Settlement Watch Team“ von Peace Now unter: www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=61 mit ausgezeichneten Statistiken, Landkarten, letzten Informationen zu neuen sogenannten Outposts, also schlicht neuen Siedlungen, meist von jungen Siedlern aus den bestehenden Siedlungen errichtet. Im letzten Bericht vom August 2008, unter dem Titel „Eliminating the Green Line“ lesen wir, dass derzeit über 1000 neue Gebäude in Siedlungen errichtet werden, mehr als die Hälfte davon liegen östlich der Mauer. Im März 2008 wurde der Bericht „The Death of the Settlement Freeze – Four Months since Annapolis“ publiziert, der alle Vorstellungen eines Annahaprozesses“ ad absurdum führt.

raelischer Siedlungen wiederum setzt die Armee unter Zugzwang, für die Sicherheit der Siedler (u.a. auch, damit diese ihre gewaltsamen Übergriffe gegen die palästinensischen „Nachbarn“ ungestraft durchführen können) zu sorgen (dazu zuletzt Haaretz vom 15.8. 2008: Behind closed doors police admit turning blind eye to settler violence. Der Beitrag argumentiert und zeigt, dass israelische Sicherheitskräfte Gewalt seitens der Siedler nur in den seltensten Fällen verfolgen oder ahnden).⁹ Dazu sind Hunderte von Straßensperren errichtet worden, die Palästinensern den Zugang zu den Hauptverbindungsstraßen quer durch das Westjordanland erschweren oder überhaupt versperren.¹⁰

Palästinenser im Westjordanland sind damit in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt und behindert. Dies führte zuerst und vor allem zu einer ökonomischen Katastrophe, da jegliche wirtschaftliche Entwicklung unter diesen Bedingungen ausgeschlossen ist.¹¹ Eng damit verknüpft ist das Verpuffen jeglicher Entwicklungshilfe, die unter diesen Bedingungen unweigerlich zu humanitärer Hilfe werden muss und der Mehrzahl der Palästinenser einzig und allein ein erbärmliches Überleben von einem Tag zum anderen ermöglicht.¹²

Ohne Bewegungsfreiheit können Kranke nicht rechtzeitig zur Behandlung ins Krankenhaus kommen und immer wieder sterben Menschen, weil sie an Straßensperren der israelischen Armee nicht oder nicht schnell genug durchgelassen werden. Studenten können nicht zur Universität ihrer Wahl, sondern müssen sich notgedrungen an der Universität immatrikulieren, die in der nächstgelegenen Stadt liegt. Oft ist es auch selbst dann nicht möglich, rechtzeitig oder überhaupt an die Universität zu gelangen, wenn die Armee wieder sogenannte fliegende Straßensperren errichtet hat oder an einem Tag schlicht niemanden durchlässt auf der einen oder anderen Straße. Schließlich führen die allgegenwärtigen Straßensperren dazu, dass das soziale Leben innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, der soziale Zusammenhalt überhaupt, massiv behindert und tendenziell zerstört wird.¹³

9 Haaretz Internet-Edition: www.haaretz.com/hasen/spages/1011977.html besucht am 15.8.2008.

10 Vgl. dazu die Berichterstattung und Analysen auf der OCHA – Website, z.B. die periodisch publizierte Übersicht: Protection of Civilians Database, die u.a. detaillierte Informationen über die Zahl von sogenannten „flying checkpoints“ enthalten, die tagtäglich an den verschiedensten Stellen im Westjordanland errichtet werden, meist stundenweise. Insgesamt gab es 2008 fast 2500 solcher „flying checkpoints“. Ausserdem berichtet OCHA ausführlich über das Problem in seinen ebenfalls periodisch erscheinenden OCHA Closure Updates, zuletzt im Mai 2008. Für 2008 ist dort zu lesen, dass nicht, wie die Presse manchmal fälschlicherweise suggeriert, Straßensperren abgebaut werden, sondern dass vielmehr die Anzahl der Straßensperren ständig zunimmt, zuletzt von 566 zu 607 Straßensperren. Dabei handelt es sich um permanente Straßensperren, keine „flying checkpoints“. Vgl. auch die Berichterstattung bei Btselem unter „Restrictions on Movement“ unter www.btselem.org/English/Freedom_of_Movement/ Btselem weist darauf hin (ein oft leichtsinnig übersehener Punkt), dass diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit gegen Artikel 13 der Universellen Erklärung der Menschenrechte und gegen Artikel 12 des International Covenant on Civil and Political Rights verstößt. Ebenfalls werden dabei die Rechte, die im Covenant on Economic, Social and Cultural Rights festgelegt sind, massiv beeinträchtigt und untergraben.

11 Vgl. dazu die periodischen Berichte der Weltbank seit Mitte der 90er Jahre.

12 Dazu zuletzt und mit unwiderlegbarem Zahlen- und Dokumentenmaterial die Arbeit von Anne Le More. 2008. International Assistance to the Palestinians after Oslo. London and New York: Routledge.

Während das Westjordanland zusehends mehr zerstückelt und in zahllose Teile zerrissen wird, die untereinander keine Verbindung mehr haben,¹⁴ ist der Gazastreifen ein einziges, von der Außenwelt hermetisch abgeschlossenes Gefängnis, dessen Bewohner durch den Boykott seitens der Besatzungsmacht Israel und der Quartett-Mitglieder (USA, EU, Russland und UNO) unter den erbärmlichsten und zusehends bedrohlicher werdenden Bedingungen gehalten werden und überleben müssen: nicht genug Elektrizität, nicht genug Benzin, keinerlei Produktionsgüter, keine Baumaterialien, gerade genug Nahrungsmittel, um überleben zu können, nur noch ein Minimum an Behandlung von Abwässern, rapide zunehmende Verschmutzung der Wasserversorgung, überhaupt nie genug Wasser: die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.¹⁵

Nicht weniger schlimm in ihren Konsequenzen ist die Abriegelung des Gazastreifens für all die Menschen, die gegen ihren Willen im Gazastreifen festgehalten oder von Gaza ferngehalten werden: StudentInnen dürfen nicht zum Studium an ihre Universitäten im Ausland, erfolgreiche Absolventen von Universitäten im Ausland dürfen nicht zurück nach Gaza, Kranke können nicht mehr zur oft lebensnotwendigen Behandlung ins Ausland oder nach erfolgreicher Behandlung zurück nach Gaza, Wissenschaftler dürfen nicht zu internationalen Kongressen reisen (ein weites Feld für Anti-Boykott-AktivistInnen, die doch akademische Freiheit immer und überall hochhalten wollen? Die akademische Freiheit der Wissenschaftler aus Gaza scheint sie – bis dato – nicht zu interessieren), Händler können keine Waren im Ausland einkaufen und importieren oder Produkte aus dem Gazastreifen ins Ausland verkaufen: auch diese Liste ist endlos.¹⁶

Vor dem Hintergrund dieser desolaten Situation, vielleicht auch eben deswegen, bekämpfen sich die beiden wichtigsten palästinensischen politischen Akteure inzwischen immer erbarmungsloser. Die Fatah (Nationalbewegung zur Befreiung Palästinas), die führende politische Gruppierung in der palästinensischen Nationalbewegung seit spätestens 1968/69, kann ihre Wahlniederlage gegen die Hamas vom Januar 2006 nicht verkraften und versucht auf allen Wegen, wieder die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Hamas (Islamische Widerstandsbewegung) wiederum zeigt keine Bereitschaft,

13 All dies ist im Detail nachzuverfolgen u.a. bei OCHA und bei Btselem, Angaben unter Fussnote 10.

14 Btselem geht derzeit aus von sechs verschiedenen „Teilen“, in die das Westjordanland zerstückelt ist, wobei dieser Zerstückelungsprozess derzeit in voller Bewegung begriffen und keineswegs beendet ist.

15 Die in jeder Einzelheit erschütterten Details und statistischen Angaben sind nachzulesen in den periodischen Berichten von OCHA: z.B. das „Gaza Strip Inter-Agency Humanitarian Fact Sheet vom Juni, publiziert am 9.Juli, oder der Humanitarian Monitor vom August 2008, publiziert am 12.9. 2008, und Btselem: www.btselem.org/English/Gaza_Strip/

16 Siehe neben OCHA und Btselem-Berichten hier auch die ausführlichen Berichte und Analysen der International Crisis Group, ICG, insbesondere die Berichte zu Gaza wie „After Gaza“ vom August 2007, „Inside Gaza: The Challenge of Clans and Families“ vom Dezember 2007, Ruling Palestine I: Gaza under Hamas“ vom März 2008 und zuletzt „Round Two in Gaza“ vom September 2008 unter www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1271&I=1

ihre 2006 über demokratische Wahlen erlangte politische Führungsstellung aufzugeben oder mit der Fatah zu teilen.

Die palästinensische Gesellschaft ist der große Verlierer, während die Besatzungsmacht in ihrer Fragmentierungsstrategie weitere, bis dato unmöglich erachtete Erfolge erzielt. Selbst die 1967 besetzten Gebiete zerfallen inzwischen in zwei grosse Teile. Im Gazastreifen versucht die Hamas, als eine Art Gefängniswärter zu regieren, ohne Budget, ohne ausreichende Versorgung selbst bei den Grundnahrungsmitteln, nicht zu sprechen von Produktionsmitteln der grundlegendsten Art, und ohne wirkliche politische Macht, die ihr erlauben würde, den Menschen in Gaza etwas zu bieten, wenn nicht für die Zukunft, so zumindest ein akzeptables Überleben im Hier und Heute.

Im Westjordanland ist, auch wenn der Schein trügt, die Situation nur unwesentlich anders. Zwar können Palästinenser relativ ungehindert in Richtung Jordanien ausreisen (vorausgesetzt, die Ausreise wird nicht von der israelischen Armee oder dem Geheimdienst und die Einreise nach Jordanien nicht von den jordanischen Behörden untersagt). Auch wirtschaftliche Aktivität ist in den von Israel gesetzten Grenzen möglich: der palästinensische Markt wird überschwemmt mit israelischen Produkten, aber auch mit Produkten, die aus der ganzen Welt, von der Türkei bis China, den USA und Europa, eingeführt werden.

Wer in Ramallah lebt, kann sich, sofern er über das notwendige Einkommen verfügt, sogar vormachen, sein Alltag unterscheide sich nicht von dem in irgendeiner amerikanischen Kleinstadt – zumindest bis zu dem Moment, in dem er in das nur 15 Kilometer entfernte Jerusalem fahren möchte: das darf er nämlich nicht.

Die palästinensische „Autorität“ oder PA (Dies ist der lokal und international gebräuchliche Name, nicht der im Deutschen meist verwandte Begriff „palästinensische Autonomiebehörde“, gegen den sich gerade deutsch-sprechende palästinensische Intellektuelle und politische Aktivisten wehren.) ist in Ramallah repräsentiert durch den im Januar gewählten Präsidenten Mahmud Abbas, den farblosen Nachfolger von Yasir Arafat, und durch den von Abbas im Sommer 2007 ernannten Ministerpräsidenten Salam Fayyad. Fayyad hat sein Amt nur Kraft der Ernennung durch den palästinensischen Präsidenten inne. Die laut palästinensischer Verfassung vorgeschriebene Bestätigung durch das – von der Hamas dominierte – Parlament, den Legislativrat, fehlt ihm.¹⁷ Was ihn in seinem Amt hält und ihm die notwendige Legitimität gibt (sofern dieser Begriff hier verwendet werden kann), sind die massive Unterstützung aus den USA, der EU und nicht zuletzt auch seitens der Regierung Olmert in Israel. Er erhält diese Unterstützung trotz einer immer autoritärer ausgeübten „Herrschaft“, trotz der Anwendung von Gewalt gegen den politischen Gegner, die Hamas. Gleichzeitig bleibt seine Regierung dem Diktat der Besatzung sowie – in anderer Form – der USA (und durchaus auch

17 Die grundlegende Analyse dazu schrieb Nathan Brown von der Carnegie Foundation for Peace in Washington: „What Can Abu Mazin Do?“ Web Commentary vom 15. Juni 2007. Einsehbar auf der Website der Carnegie-Foundation.

der EU) völlig ausgeliefert, ohne eine wie auch immer geartete Macht, sei sie politisch, ökonomisch oder sozial; offensichtlich der ideale Polizist, wie ihn sich Israel und die USA schon immer gewünscht haben.

Der paradoxe Zustand der palästinensischen „Autorität“, wie sie in den Osloer Verträgen seit dem September 1993 etabliert wurde, sind daher zwei „Autoritäten“: in Gaza eine gewählte Autorität unter dem Ministerpräsidenten Ismail Haniyeh von der Hamas, die ihren politischen Widersacher Fatah mit Waffengewalt aus dem Gazastreifen vertrieben und sich damit selbst zumindest um einen beträchtlichen Teil ihrer Legitimität gebracht hat, und in Ramallah eine von einem gewählten Präsidenten ernannte, aber parlamentarisch nicht bestätigte Regierung unter Salam Fayyad von der winzigen, auf seine Person zugeschnittene Partei „Der Dritte Weg“, die gerade zwei Abgeordnete im Parlament hat¹⁸. In Gaza hält sich die Hamas trotz des internationalen Boykotts. In Ramallah werden Abbas und Fayyad auf dem Hintergrund eben dieses Boykotts nachdrücklich unterstützt, politisch und finanziell.¹⁹

Trotz dieser desolaten Situation konzentrieren sich die führenden palästinensischen politischen Akteure nicht darauf, eben dies zu ändern oder zumindest dagegen anzugehen. Vielmehr bekämpfen sie sich gegenseitig immer unnachgiebiger und rücksichtsloser.

Im Sommer und Frühherbst 2006 begann die Fatah mit ersten bewaffneten und unbewaffneten Provokationen der Hamas-Regierung in Gaza durch Fatah-Milizen und Sicherheits- bzw. Geheimdienste. Seitdem spitzt sich die Situation immer weiter zu, bis es im Juni 2007 zur gewaltsamen Explosion kam. Diese „Explosion“ beendete das von vielen Palästinensern und auch internationalen Beobachtern mit so viel Hoffnungen begleitete Experiment der Regierung der Nationalen Einheit unter Ismail Haniyeh, auf den Weg gebracht durch eine saudische Intervention, das Mekka-Abkommen.²⁰

Offensichtlich hatten Fatah-kontrollierte Sicherheitsdienste schon seit Monaten in enger Kooperation mit den USA einen Coup gegen die Hamas in Gaza vorbereitet.²¹ Die Hamas ergriff auf diesem Hintergrund die Initiative und kam der Fatah zuvor mit dem Einsatz massiver Gewalt.²² Seitdem flammt der Krieg zwischen

18 Neben Fayyad die international bekannte politische Aktivistin Hanan Ashrawi, deren Beziehungen zu Fayyad sich nach den Wahlen offensichtlich rapide verschlechtert haben

19 Dazu am ausführlichsten die beiden ICG Berichte „Ruling Palestine I: Gaza under Hamas“ vom März 2008 und Ruling Palestine 2: The West Bank Model“ vom Juli 2008.

20 Dazu am ausführlichsten der ICG Bericht „After Mecca: Engaging Hamas“ vom Februar 2007. Vgl. auch die Arbeiten von Nathan Brown bei der Carnegie Foundation for Peace in Washington, insbesondere „The Road out of Gaza“ vom Februar 2008 (Policy Outlook no. 39), www.carnegieendowment.org/publications/index

21 Vgl. dazu den BBC Bericht von David Rose, „The Gaza Bombshell“ vom 15.6. 2007, der im Human Rights Watch Bericht zu Gaza, siehe Fußnote 22, zitiert ist.

22 Dazu am besten die Berichte der ICG, politische Analysen, unter Fußnote 19. Untersuchungen auf der Basis der Verletzung grundlegender Menschenrechte, nun durch Palästinenser und von anderen Palästinensern, bei Human Rights Watch in den Berichten: „Internal Fight. Palestinian Abuses in Gaza and the West Bank“ vom Juli 2008 (ein ausführlicher, über 100 Seiten umfassender Bericht) sowie der kürzere Bericht in Form einer Presseerklärung ebenfalls vom Juli 2008: „Occupied Palestinian Territories: New Arrests Highlight Abuses by

der Hamas und der Fatah auf und ab mit zunehmendem Gewalteinsatz und immer tieferem Hass auf die jeweilige Gegenseite. Die Zahl der Toten in innerpalästinensischen Auseinandersetzungen seit dem Juni 2007, also innerhalb eines Jahres, ist auf über 200 angestiegen, so die Angaben von Btselem. In den schweren Hamas-Fatah-Kämpfen vom Juni 2007 starben 161 Menschen, davon mindestens 40 Zivilisten, 700 Menschen wurden verwundet, laut Statistiken im einschlägigen Human Rights Watch Bericht. In den letzten Auseinandersetzungen in Gaza, die sich um einen mit der Fatah alliierten Clan, den schwer bewaffneten Doghmush Clan (der sowohl politische als auch kriminelle Kontakte hat und dessen Mitglieder alle schwer bewaffnet sind. Mitglieder des Clans waren wohl in die Entführung des britischen Journalisten Alan Johnston verwickelt), drehten, starben im August 15 Menschen, und in den neuen Auseinandersetzungen am 15. September ebenfalls etwa ein Dutzend Menschen.²³

Die meisten Fatah-Führer mussten inzwischen den Gazastreifen verlassen und haben im Westjordanland Zuflucht gesucht. Dort wiederum hat die PA massive Verhaftungswellen unter Hamasmitgliedern und -anhängern durchgeführt und ist dabei, die gesamte institutionelle Infrastruktur der Hamas zu zerstören, oft Hand in Hand mit der israelischen Besatzung.²⁴

Im Gazastreifen wie im Westjordanland foltern Palästinenser ihre eigenen Landsleute aus dem jeweils anderen politischen Lager, hier wie dort werden Menschenrechte massiv verletzt, seit neuestem durch Palästinenser, seit Jahrzehnten schon durch die israelische Armee und israelische Geheimdienste und durch zusehends gewalttätigere Siedler, deren Extremismus tagtäglich zunimmt.

Fast im Tandem zu dieser nicht enden wollenden, ja sich zusehends verschärfenden Gewalt auf allen Ebenen und von allen Seiten, werden Verhandlungen geführt:

Die PA unter Mahmud Abbas und Salam Fayyad verhandelt mit der Regierung Olmert. US-Außenministerin Condooleeza Rice hält ihren politischen Kurs in Richtung Aushandlung eines Abkommens noch in diesem Jahr bei, also noch in den letzten Monaten der Präsidentschaft von George W. Bush, ungeachtet aller Gewalt und aller Unkenrufe wegen der so offensichtlichen Vergeblichkeit dieser Anstrengungen.

Die Hamas verhandelt unter ägyptischer Vermittlung mit Israel über einen Waffenstillstand, eine Freilassung des seit Juni 2006 gefangengehaltenen israelischen Soldaten Shalit und eine Öffnung des abgeriegelten Gazastreifens.

Die Fatah verhandelt mit der Hamas und die Hamas verhandelt mit der Fatah.

Hamas, Fatah“. (Website von Human Rights Watch, Berichte zum Nahostkonflikt unter: www.hrw.org/doc?t=mideast&c=isrIpa)

23 Haaretz Internet Ausgabe: www.haaretz.com/hasen/objects/pages/PrintArticleEn.jhtml?itemNo=1021701
Unter der Überschrift: 11 killed as Hamas forces battle armed clan in Gaza.

24 Die beste Berichterstattung dazu findet sich auf den Seiten der israelischen Zeitung Haaretz, nachzulesen auf deren Internetseiten, die auch auf Englisch zugänglich sind.

All diesen Verhandlungen ist jedoch eines gemeinsam: sie haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

2. Zwischen Gewalt und Verhandlungen. Politik und Positionen der palästinensischen Akteure

Was sind die Gründe für das bisherige Scheitern aller Verhandlungsversuche und welche Chancen für einen Verhandlungserfolg sind derzeit überhaupt erkennbar? Hier sollen schwerpunktmäßig die Positionen der beiden wichtigsten palästinensischen Akteure, also der Hamas und der Fatah, analysiert werden, während die Politik der regionalen und internationalen Akteure nur gestreift bzw. nur dann in die Untersuchung einbezogen wird, wenn sie für ein Verständnis der jeweiligen palästinensischen Positionen relevant ist. Entscheidend soll dabei herausgearbeitet werden, wie es einerseits zu diesem Abrutschen in die innerpalästinensische Gewalt kommen konnte, trotz fortbestehender und sich intensivierender Besatzung und Besatzungsgewalt, und ob es andererseits noch Perspektiven, zumindest aber eine Bereitschaft der Akteure gibt, sich den Problemen anders als über den Einsatz von Gewalt zu stellen und zu einer Problemlösung beizutragen.

Eines scheint derzeit den beiden palästinensischen politischen Konkurrenten gemeinsam: man spricht sich aus für Verhandlungen, während man zuerst und vor allem zur Gewalt greift in der Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen. Erkennbar ist derzeit keine wirkliche Bereitschaft zum Ausgleich, zum Aufeinanderzugehen, zur Einigung auf eine gemeinsame Position, die das palästinensische Hauptproblem, nämlich die israelische Besatzung und die gemeinsame Anstrengung, diese zu beenden und in Richtung palästinensischer Unabhängigkeit zu gehen, wieder in den Vordergrund rückt.

Was genau wollen nun die größten palästinensischen Parteien, wofür setzen sich derzeit die Fatah und die Hamas ein?

a) Fatah: Verhandlungen um der Verhandlungen willen – engste Kooperation mit der israelischen Regierung unter Olmert, allen realen Entwicklungen zum Trotz ...

Die Fatah betrachtet sich bis heute – trotz der 2006 so deutlich verlorenen Wahlen – als den eigentlichen und gleichzeitig einzig legitimen Repräsentanten der Palästinenser und als führende Kraft, ja als die Verkörperung des palästinensischen Nationalismus. Damit nimmt die Fatah-Führung auch für sich in Anspruch, dass nur sie in der Lage ist, den richtigen politischen Kurs für die Palästinenser zu wählen und zum Erfolg zu führen. Seit dem Beschluss des palästinensischen Nationalrates von 1988, in dem sich die palästinensische Nationalbewegung, repräsentiert in der PLO unter der Führung von Yasir Arafat, für eine Zweistaatenlösung des isra-

elisch-palästinensischen Konfliktes entschied, geht der Kurs der PLO, die ja seit 1968/69 praktisch identisch mit der Fatah ist, in Richtung Verhandlungslösung. Die Aufnahme des Osloer Prozesses bekräftigte diese Richtung, allerdings unter Aufgabe wesentlicher palästinensischer Positionen ohne israelische Gegenleistung.²⁵

Trotz des offensichtlichen Scheiterns des Osloer Verhandlungs-Prozesses und der Verschärfung und kolonialistischen Vertiefung (durch den von Jahr zu Jahr intensivierte Siedlungsbau, der ja zuerst und vor allem ein kolonialistischer Prozess ist) der israelischen Besatzungspolitik halten sowohl Präsident Mahmud Abbas als auch der von ihm ernannte Ministerpräsident Salam Fayyad an einer Verhandlungslösung fest.²⁶

Das entscheidende Problem, das die Palästinenser bzw. die PA seit dem Beginn des Osloer Prozesses hätten berücksichtigen müssen, wird nach wie vor beiseite geschoben: nämlich die schlichte Tatsache, dass sie in einem zutiefst asymmetrischen Machtverhältnis mit einem ihnen auf allen Ebenen haushoch überlegenen Konfliktpartner verhandeln müssen. Diese Asymmetrie wird noch verstärkt durch die regionalen und internationalen politischen Konstellationen. Es gibt keinen regionalen oder internationalen Akteur im Nahostkonflikt, der bereit wäre, auf Israel Druck auszuüben.

Sowohl die Fatah als auch die PA mit Abbas und Fayyad glauben mit fast religiöser Hingabe an den Erfolg in einem Verhandlungsprozess, der ihnen eigentlich tagtäglich geradezu einbleut, dass der israelische Verhandlungspartner noch nicht einmal zu den minimalsten Zugeständnissen, also z.B. Abbau der Straßensperren im Westjordanland, bereit ist. Dies erstaunt um so mehr, als ein Ökonom und ehemaliger Weltbankmitarbeiter wie Salam Fayyad es eigentlich besser wissen müsste. Zeigt doch Bericht nach Bericht der Weltbank²⁷ seit Mitte der neunziger Jahre in schonungsloser Schärfe immer wieder auf, dass ohne eine Aufhebung der israelischen Absperrungspolitik und der Zerstückelung des Westjordanlandes durch Armee und Siedler jeder wirtschaftliche Aufschwung und damit auch jeder Fortschritt in Verhandlungen über eine Beendigung der Besatzung und die Errichtung eines palästinensischen Staates von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Zuletzt am 17. September 2008 wiederholt ein Weltbankbericht eben dies zum xten

25 Zu den Kritikern der ersten Stunde gehörte Edward Said, u.a. mit *Peace and its Discontents. Essays on Palestine in the Middle East Peace Process*. New York: Vintage Books. 1996. Seine vernichtende Kritik an Oslo begann mit dem September 1993.

Zuletzt die oben schon zitierte Arbeit von Anne Le More 2008 (Fußnote 12). Zu einer anderen Position: vgl. auch den Artikel von Gershon Baskin, *Encountering Peace: From Oslo, back to Oslo*, in der *Jerusalem Post* vom 16.9.2008, besucht am 16.9. unter www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1221489042311&pagename=JPOST%FJPArticle%2FShowFull

26 Im oben (Fußnote 7) schon zitierten Haaretz Artikel bezieht Salam Fayyad allerdings zum ersten Mal ganz deutlich Position und nennt die Dinge beim Namen: kein Fortschritt in den Verhandlungen, kein palästinensischer Staat und kein Friedensprozess, solange der massive Siedlungsprozess weitergeht.

27 Auf der Website der Weltbank unter: web.worldbank.org/WBSITE/EYXTERNAL/COUNTRIES/MENA-EXT/WESTBANKGAZAEXTN/O,,menuPK:294391~pagePK:64026187~piPK:141126~sortDesc:DOCDOC~theSitePK:2

Mal: „Israeli restrictions make Palestinians more dependent on aid... International manifestations of support toward a viable Palestinian state and institutions are incomplete insofar as they do not tackle Israeli economic restrictions in parallel.“ Das immer wieder vorgebrachte israelische Argument, dass alle Straßensperren nur errichtet wurden und bleiben müssen, um die Sicherheit Israels zu garantieren, wird in einem Satz unwiderlegbar zurückgewiesen: “Overwhelming evidence suggests that the current restrictions correlate to settlement locations and expansion.”²⁸

Fayyads Position, bis heute voll von Mahmud Abbas mitgetragen, scheint demgegenüber zu sein, dass die PA der israelischen Regierung nur überzeugend demonstrieren muss, dass sie in der Lage ist, auch unter israelischer Besatzung für Recht und Ordnung auf der palästinensischen Seite zu sorgen. Sobald die PA dabei den notwendigen Erfolg demonstriert habe, werde – mit entsprechender Unterstützung von amerikanischer Seite²⁹

– den Palästinensern ein Abkommen serviert, das dann der palästinensischen Gesellschaft gut verkauft werden kann. Israel werde, so das PA-Kalkül, alle dazu notwendigen Zugeständnisse machen, da ja endlich, so wohl Fayyads und Mahmud Abbas’ Einschätzung, auf palästinensischer Seite ein verlässlicher Partner gefunden ist.

Aus dieser politischen Rationalisierung heraus versucht Salam Fayyad die „Befriedung“ der palästinensischen Städte im Norden der Westbank und den Aufbau einer schlagkräftigen und durchsetzungsfähigen Polizei durchzupuschen, auch wenn immer mehr Kritik in der Gesellschaft laut wird, dass diese „Befriedung“ doch zuerst und vor allem eine schlichte Kollaboration mit der israelischen Besatzung geworden sei. Die Opposition der Hamas, immerhin der in die Regierung gewählten Partei in den besetzten palästinensischen Gebieten, wird dabei rücksichtslos zerschlagen. Dabei geht es keineswegs um die Eindämmung und Zerstörung eines militärischen Widerstandes, sondern vielmehr um die Zerstörung der politischen, sozialen und ökonomischen Infrastruktur einer politisch-sozialen Bewegung.³⁰

Zuletzt der Bericht vom Mai 2007: Movement and Access Restrictions in the West Bank: Uncertainty and Inefficiency in the Palestinian Economy.

Generell sind alle Berichte der Weltbank zu den besetzten palästinensischen Gebieten in den World Bank Public Information Centers (PIC) zu erhalten, z.B. im World Bank Building in Jerusalem unter der Website www.worldbank.org/ps Sie sind auch in den beiden palästinensischen Universitäten Birzeit und an-Najah in Nablus einzusehen.

28 Haaretz Internet Ausgabe vom 17.9. 2008, besucht am 17.9. unter www.haaretz.com/hasen/pages/PrintArticleEn.jhtml?itemNo=1022028

29 Fayyad kennt ja Amerika und die Amerikaner, v.a. die Texaner, sehr gut aus seiner eigenen Studienzeit – außerdem scheinen sich George W.Bush und er glänzend zu verstehen. Und schon verfällt der rationale Ökonom Fayyad genau demselben Fehler wie der Vollblutpolitiker Yasir Arafat, der auch der fatalen Täuschung aufgesessen war, Bill Clinton werde die Palästinenser unterstützen, nur weil er sich mit Arafat gut verstand.

30 Dazu die Tagesberichterstattung in Haaretz, durch die die enge Zusammenarbeit der Aktionen von Israelischer Armee und PA unter Fayyad und Abbas verdeutlicht wird (u.a. am 7.7.2008: „Barak outlaws 36 NGOs for Hamas fundraising“, am 8.7. „IDF shuts down Nablus mall in campaign against Hamas“, am 9.7. „Fayyad: IDF

Schließlich war das Sicherheitschaos in palästinensischen Städten in erster Linie auf das Konto der Fatah-Milizen (also der „Al-Aqsa Märtyrer“) gegangen. Niemand in der palästinensischen Bevölkerung, Hamas-Anhänger und Aktivisten miteinbezogen, bedauert die „Einhegung“ oder Neutralisierung dieser Gruppen, von denen viele schlicht halbkriminelle bewaffnete Banden waren. Auf einer ganz anderen Ebene angesiedelt sind dagegen die massenhaften Schließungen von karitativen Einrichtungen, von Schulen und Waisenhäusern, von Nichtregierungsorganisationen aller Art. Genau auf dieser Ebene aber arbeitet die PA seit einigen Monaten Hand in Hand mit der Besatzungsmacht und heimst dafür deren offenes Lob ein.³¹

In diesem Kontext entwickelt sich allerdings ein Widerspruch zwischen der PA unter Mahmud Abbas einerseits und der Fatah-Bewegung andererseits. Der Stein des Anstosses ist dabei Salam Fayyad, der – er ist eben auch durch und durch Ökonom – keine Klientelstrukturen, keine Patronage und keine Korruption dulden will und kann. Eben darauf ist jedoch das gesamte „System Fatah“ als neopatrimoniales System aufgebaut. So hat es jahrzehntelang erfolgreich unter Yasir Arafat funktioniert. So hat es auch eine gewisse Stabilität entwickelt. Und nur auf dieser Basis kann es weiterbestehen.³²

Heute steht und fällt die PA im Westjordanland mit der massiven Unterstützung aus dem Norden, sprich der USA, der EU und Japans. Ohne ständig neue und immer immensere Zahlungen von dort und gleichzeitig ohne die intensive Förderung des Aufbaus eigener palästinensischer Sicherheitskräfte und Sicherheitsdienste wäre diese PA kaum überlebensfähig.³³

Zwei Fragen stellen sich im Anschluss daran: wird die PA, sei es mit Abbas und Fayyad, oder nach dem in naher Zukunft erwarteten Abtreten von Abbas nur noch mit Fayyad, in der Lage sein, sich unter den Bedingungen einer verschärften israelischen Besatzung mit Hilfe der neuen Sicherheitskräfte an der „Macht“ zu halten oder nicht? Und wie lange wird die Fatah als Partei noch bereit sein, ihre im System Fayyad implizite Marginalisierung und Herausdrängung aus der politischen Führung sowie parallel dazu das Austrocknen der mit der politischen Herrschaft einhergehenden Pfründe zu ertragen?

West Bank raids sabotage Palestinian security efforts“ und schließlich der Höhepunkt am 7.9.: „Israeli security officials laud PA crackdown on Hamas“, und aus der anderen Perspektive auf Arabisch das Schwarzbuch der Hamas zu der regelrechten Verfolgung der Hamas im Westjordanland seit Juni 2007 vom August 2008.

31 Siehe den in Fußnote 30 zitierten Artikel aus Haaretz vom 7.9.2008.

32 Zu dem ganzen Komplex der Persistenz arabischer autoritärer Systeme siehe die neuen Arbeiten von Oliver Schlumberger (ed.). 2007. *Debating Arab Authoritarianism*. Stanford: Stanford Univ. Press, und auf Deutsch derselbe. 2007. *Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*. Baden Baden: Nomos Verlag.

33 Die führende Rolle dabei spielen die Amerikaner. Siehe dazu v.a. den ICG Bericht zum Westjordanland, zitiert in Fußnote 19: *Ruling Palestine II: The West Bank Model*, vom Juli 2008, mit Details über diese amerikanische Rolle, v.a. S.10-12. Zu den immer höheren Summen an ausländischer Unterstützung, die nötig sind, um der PA und der palästinensischen Gesellschaft überhaupt ein Überleben zu ermöglichen, siehe am ausführlichsten die schon zitierte Arbeit von Anne Le More 2008 (Fußnote 12).

Was aber wird dann passieren?

Wie wird oder kann sich ein Ministerpräsident, der bei den letzten Parlamentswahlen noch nicht einmal 3% der Wählerstimmen gewinnen konnte, dessen Liste im palästinensischen Legislativrat mit gerade zwei Abgeordneten vertreten ist, und der nicht nur die Hamas und ihre Institutionen im Westjordanland systematisch zerschlagen hat, sondern auch die Fatah als neopatrimoniale Bewegung gegen sich aufgebracht hat, an der Regierung halten? Wie ist ein wie auch immer geartetes Abkommen, von dem sowohl Fayyad als auch Condoleeza Rice noch immer reden (inzwischen, seit das Ende seiner politischen Karriere und Machtstellung besiegelt ist, redet auch Ehud Olmert unablässig davon), durchsetzbar in der palästinensischen Gesellschaft, das die Palästinenser noch nicht einmal von den sich rapide ausdehnenden Siedlungen befreien wird?

Zusammenfassung:

Allem Krisengerede zum Trotz betrachtet sich die Fatah in ihrer überwältigenden Mehrheit, sowohl an der Basis als auch auf der Führungsebene, als die prädestinierte palästinensische politische Führungskraft, die das Ende der israelischen Besatzung und einen unabhängigen palästinensischen Staat bringen kann und bringen wird. Sie meint, dazu in der Lage zu sein, weil sie sich historisch legitimiert sieht, die notwendige politische Erfahrung zu haben vorgibt, und vor allem weil sie ein international akzeptierter politischer Partner ist: „offen“, „progressiv“, „säkular“ und damit zuerst und vor allem klar zu unterscheiden von den „palästinensischen Talibans“, den „Islamofaschisten“ (so auch die Polemiken innerhalb der sich säkular verstehenden Fatah-„Intellektuellen“ in Ramallah) der Hamas. Eine Antwort auf die in alle Verhandlungsprozesse seit Oslo eingebaute Asymmetrie hat die PA nicht, versucht sie offensichtlich auch nicht zu finden. Noch nicht einmal die Mantra von der israelischen Sicherheit wird von Vertretern der PA als solche offengelegt und damit auch ad absurdum geführt bzw. als das offenbart, was sie ist, nämlich der Versuch, die Besatzung zu vertiefen und die kolonialistischen Siedlungen zu expandieren. Selbst die Weltbank stellt in ihren Berichten im Vergleich radikalere Forderungen. Die Binsenwahrheit, dass noch nie in der Geschichte und noch nirgendwo in der Welt ein Besatzungsregime der Besatzungsmacht Sicherheit gebracht hat, wird ausgesprochen oder auch nur angedacht.

b) Hamas: Indirekte Verhandlungen, interne Transformation und Widerstand

Nach ihrem unerwarteten Wahlsieg im Januar 2006 sah sich die Hamas vor völlig neuen Herausforderungen. Ihre Teilnahme an den Wahlen katapultierte sie von einem Tag zum anderen in die Position einer Regierungspartei, wie massiv eingeschränkt ihre eigentliche Macht auch war und in den darauf folgenden zwei Jahren noch werden sollte. Zwei Problemen hatte sie sich von Anfang an zu stellen, und beide Probleme lasten bis heute als nie bewältigte Hypothek auf ihr. Die in-

ternationale Gemeinschaft in ihrer Mehrheit, allerdings deutlich dominiert vom Norden, verweigerte ihr mit dem Quartett-Beschluss vom Januar 2006 die notwendige internationale Anerkennung.³⁴ Die in den Wahlen besiegte ehemalige Regierungspartei Fatah war und ist nicht bereit, ihre Niederlage zu akzeptieren und eine Hamasregierung anzuerkennen bzw. zusammen mit der Hamas eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden.

Den grundlegenden Herausforderungen für jeden palästinensischen politischen Akteur, nämlich die israelische Besatzung zu beenden und einen unabhängigen palästinensischen Staat aufzubauen, stellte sich die Hamas in fast paradox anmutender Weise.

Einerseits akzeptierte man die Errichtung eben dieses Staates, auf der Basis der PLO-Beschlüsse von 1988 – dies floss so in das Wahlprogramm der Hamas ein –, andererseits wollte man mit allen politisch-diplomatischen Bemühungen zur Implementierung dieses Ziels nichts zu tun haben. Man überließ dies dem – laut Oslo damit auch beauftragten – palästinensischen Präsidenten, also Mahmud Abbas von der Fatah.

Schwerpunkt der politischen Arbeit der Hamas an der Regierung sollten vielmehr Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Die Aussenpolitik, v.a. die Verhandlungen mit Israel, von denen man sich grundsätzlich nichts versprach im Kontext des Machtgleichgewichts in der Region, sollte die Domäne des Präsidenten und damit der Fatah bleiben.

Mit einem Boykott des Quartetts, der schon seit mehr als zwei Jahren systematisch aufrechterhalten worden ist, hatte man nicht gerechnet. Alle Versuche der Hamas, diesem Boykott die Schärfe zu nehmen durch die Eröffnung neuer Finanzierungsquellen, sind bis dato gescheitert.

Trotzdem zog die Hamas daraus keine politischen Konsequenzen. Weder war man bereit zur Änderung bzw. Modifikation der politischen Prinzipien in Richtung Erfüllung der Forderungen des Quartetts. Noch zog man einen Rücktritt von der Regierungsverantwortung mit dem damit einhergehenden Appell an die Wähler in Palästina in Betracht. Darin hätte man schliesslich argumentieren können, dass der Westen zwar demokratische Wahlen wünsche und diese auch finanziert habe, dass aber das Ergebnis nicht anerkannt werde, sprich eine Hamas-Regierung nicht regierungsfähig sei ohne Budget (eine direkte Folge des Boykotts) und unter den Bedingungen einer systematischen Trennung von Westjordanland und Gazastreifen, die ja den Palästinensern, in erster Linie aber den neu gewählten Hamas-Abgeordneten, schon lange vor den mit Waffengewalt geführten Auseinandersetzungen im Juni 2007 aufgezwungen worden war.

34 Dazu meine Arbeit zu Hamas von 2006: Hamas. Der politische Islam in Palästina. Kreuzlingen/München: Hugendubel Verlag (Diederichs). Ausserdem die verschiedenen Berichte der International Crisis Group zur Hamas seit 2003 (alle herunterzuladen auf der Website der ICG: www.crisisgroup.org) sowie zuletzt Jeroen Gunning. 2008. Hamas in Politics: Democracy, Religion, Violence. New York: Columbia University Press

Stattdessen klammert man sich an die „Herrschaft“ in den besetzten palästinensischen Gebieten, die doch nur eine Illusion von Macht darstellte.

Man zeigte zwar viel guten Willen und unternahm zahllose Initiativen, die in Richtung grundsätzlicher Veränderungen im neopatrimonialen politischen System in Palästina deuteten. Auch gab es erste Schritte zur Überwindung der allgegenwärtigen Korruption und der die gesamte Gesellschaft durchziehenden Rentenmentalität. Selbst den ausgeprägten Klientelismus versuchte man zu unterlaufen.

Nach zwei Jahren ist davon nicht viel übrig geblieben. Ohne die notwendige Unterstützung aus der Gesellschaft, vor allem aber ohne die notwendige finanzielle Basis und ohne wenigstens relativ offene Grenzen nach außen, also vor allem in die arabischen Nachbarstaaten, waren all diese Initiativen schon von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der immer härter werdende Machtkampf, mit dem die abgewählte Fatah sich gegen die neuen Inhaber der Regierungsbefugnis stellte, trieb die Hamas zusehends auf genau die Ebene, auf der sie herausgefordert wurde, nämlich auf die Ebene der internen Gewalt.

Dabei überschritt die Hamas die selbst gesetzten roten Linien der Nichtanwendung von Gewalt gegen andere Palästinenser, gerade auch gegen politische Konkurrenten, selbst wenn diese die Hamas mit allen verfügbaren Mitteln versuchten herauszufordern. Eben diesen Kurs verfolgte die Fatah, meist mit voller Unterstützung aus dem Westen und teils aus Israel. Die Hamas aber liess sich darauf ein und transformierte sich dabei in relativ kurzer Zeit fast in eine Gegenkopie der Fatah. Fatah-Aktivisten wurden verhaftet, gefoltert, getötet, ohne erkennbare praktische³⁵ Bemühungen, geltende internationale oder auch palästinensische Rechtsnormen einzuhalten. Ebenso verhielt sich die Fatah gegenüber der Hamas. Und gegenüber beiden waren dies die Normen, die seit Beginn der Besatzung 1967 seitens der israelischen Armee und des israelischen Geheimdienstes angewandt wurden.

Inzwischen zeigt die palästinensische „Politik“ eine tragisch-katastrophale Spiegelbildlichkeit: In Gaza geht die Hamas immer rücksichtsloser gegen die Fatah vor, während die Fatah im Westjordanland versucht, die Hamas zu zerstören.

Israel ist der lachende Dritte, wendet da wie dort immer massivere Gewalt an, inzwischen mit immer mehr gewaltsamen „Aktionen“ seitens der Siedler (siehe Btselem, Website).

Nur in einem unterscheidet sich, zumindest bis heute, die Hamas von der Fatah: die Korruption hat sich innerhalb der Hamas-Regierung und der Hamas als politischer Bewegung noch nicht durchsetzen können.

Ausserdem hat sich die Hamas, so scheint es jedenfalls, einen Rest ihrer Fähigkeit zur Selbstkritik bewahren können. Nur wird diese immer wieder ausschliess-

³⁵ Nur verbal wurden alle diese Aktionen von einer ganzen Reihe von Hamas-Führern immer wieder attackiert und als eher individuelle Entgleisungen oder als Ergebnisse einer extremen Situation kritisiert. Sehr überzeugend war dies nicht, da keine Änderung im Verhalten der Hamas erkennbar wurde.

lich verbal geäußert. Bis dato scheint sie nirgends in konkrete Taten und damit in eine geänderte Politik umgesetzt worden zu sein.³⁶

Was erwartet die Hamas von der Zukunft bzw. wie will sie diese gestalten, vorausgesetzt sie meint, noch eine Gestaltungsmöglichkeit zu haben? Dies ist sicher die Gretchenfrage der palästinensischen Politik. In einem ersten Schritt ist zu fragen, wie die Hamas den täglich tiefer werdenden Graben zwischen sich selbst und der Fatah überwinden will? Nach wie vor proklamiert die Hamas ihre Gesprächsbereitschaft, aber Tag für Tag spricht die reale Hamas-Politik in Gaza dieser verbalen Proklamation Hohn. Genau dasselbe ist auf der Seite der Fatah und der PA im Westjordanland zu beobachten.

Wie glaubt man, die israelische Besatzung beenden zu können und welche politischen Lösungsansätze hat man anzubieten? Hier nimmt die Hamas in der Öffentlichkeit und auf der verbalen Ebene Zuflucht zu abgedroschenen Slogans: man fordert Widerstand und Politik, will beides parallel verfolgen, hat aber nichts Konkretes vorzuschlagen außer beißender Kritik an der PA und an der Fatah, der sicher ein grosser Teil in der palästinensischen Gesellschaft zustimmen würde.

Wo die Hamas nach wie vor große Unterstützung aus der Gesellschaft bekommt, ist ihre tendenziell kompromisslosere Haltung gegenüber dem Druck aus Israel und von aussen, sich in irgendeiner Weise mit der Besatzung zu arrangieren, indem man z.B. israelische Siedlungen akzeptiert, einer Teilung selbst durch Ost-Jerusalem hindurch zustimmt oder das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge aufgibt. Hier hat die Hamas nach wie vor eine Trumpfkarte gegenüber der PA, v.a. solange diese keinerlei Erfolge erzielen kann mit ihrer Kompromissfreudigkeit in den Gesprächen mit der derzeitigen israelischen Regierung.

Ernüchterung ist dagegen in der palästinensischen Gesellschaft zu verzeichnen, was das Vertrauen in die Wahlversprechen der Hamas betrifft, auch wenn allen klar ist, dass es eher der Boykott von aussen als ein Versagen innen war, das die Umsetzung der Wahlversprechen verhindert hat. Und die Realität in Gaza hat das ihre dazu beigetragen. Wenn Gaza unter Hamas genauso autoritär und mit dem Einsatz von Gewalt „regiert“ wird, während die letzte Macht in der Hand der israelischen Besatzung liegt, dann ziehen viele Palästinenser inzwischen eine direkte Kontrolle durch die Besatzung einer vorgegaukelten „Regierung“ durch die Hamas oder die Fatah, die doch keine Regierung ist, vor. Wie reflektiert sich all dies in den Meinungsumfragen in den palästinensischen Gebieten, v.a. seit den Wahlen von 2006?

36 Dazu zuletzt Khalid Mishal (2008), der Leiter des Politbüros der Hamas, in einem Interview im *Journal of Palestine Studies* 27.3, 58-73, v.a. Seite 72-73. Andere kritische Stimmen innerhalb der Hamas sind Hassan Yusuf und Ghazi Hamad in Gaza, aber auch sehr viele aus der mittleren und oberen Führungsebene der Bewegung im Westjordanland (eigene Interviews).

c) Die Öffentliche Meinung in den besetzten palästinensischen Gebieten und der Konflikt zwischen Fatah und Hamas

Die Umfragen, die von mehreren palästinensischen Meinungsforschungsinstituten im Westjordanland und im Gazastreifen regelmäßig und professionell durchgeführt werden, geben interessante Einblicke in das Auf- und Ab politischer Einstellungen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft in den Besetzten Gebieten. Die Tendenzen, die dabei zu erkennen sind, deuten einigermaßen klar in eine Richtung. Die palästinensische Gesellschaft unterstützt Verhandlungen, sofern diese ernst gemeint sind und in Richtung Beendigung der Besatzung und Etablierung eines palästinensischen Staates führen. Nach einer Beendigung der israelischen Besatzung und der Errichtung eines palästinensischen Staates ist die Unterstützung für eine Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern sehr hoch (70%).³⁷

In den letzten Monaten jedoch, also genau im Anschluss an die Annapolis-Konferenz, in den USA und der EU gerne als die große Möglichkeit für einen neuen „Prozess“ hin zu einer Lösung des Nahostkonfliktes hochgejubelt, wurde das Vertrauen in die Möglichkeiten der Diplomatie bei dem Versuch, die Besatzung zu beenden, minimal: nur 12% z.B. glauben noch, dass die Verhandlungsrunden der Annapolis-Konferenz zu irgendeinem Ergebnis führen werden, 76% sind von deren Scheitern überzeugt. 74% meinen, dass es überhaupt unmöglich ist, mit der derzeitigen israelischen Regierung ein Friedensabkommen zu erreichen und 64% halten die derzeitigen Treffen (die man nur mit Schwierigkeiten als Verhandlungen bezeichnen kann) zwischen Abbas und Olmert für konterproduktiv und treten dafür ein, dass sie abgebrochen werden.

Man unterstützt die Fortsetzung des Waffenstillstandes zwischen der Hamas und Israel, fordert jedoch die Ausweitung des Waffenstillstandes auf das Westjordanland. Überhaupt unterstützt man in regelmäßiger Abwechslung eben die Partei, die Erfolge gegenüber Israel oder auch den arabischen Nachbarn, z.B. Ägypten, durchsetzen konnte. Schließlich fordert man, falls es keine Alternative gibt, auch den Einsatz von Gewalt gegen die Besatzung, nicht zuletzt durch die Entführung von israelischen Soldaten, um damit die Tausenden von palästinensischen Gefangenen aus israelischer Haft freizubekommen. Interessant ist, dass z.B. auf israelischer Seite durchaus Unterstützung da ist für einen Gefangenenaustausch, z.B. Freilassung von Marwan Barghouti gegen Gilad Shalit (78% der befragten Israelis unterstützen diesen Austausch).

Bei der Umsetzung dieser generellen Einstellungen in konkrete Unterstützung der einen oder anderen Partei, ist jedoch keine klare Linie erkennbar. Die Hamas

³⁷ Diese und die folgenden Angaben finden sich in der letzten Umfrage des von Khalil Shikaki geleiteten Meinungsforschungsinstitutes und Forschungszentrum psr (Palestinian Center for Policy and Survey Research) in Ramallah von Ende August/Anfang September 2008 (PSR Poll no. 29), einzusehen unter www.pcpsr.org/index.html.

wurde z.B. bestraft für ihr gewaltsames Vorgehen gegen die Fatah-Sicherheitsdienste und Fatah-Führer in Gaza im Juni 2007, während sie belohnt wurde für die – für einige Tage – erfolgreiche Sprengung der Grenze zu Ägypten am Übergang Rafah.

Das Scheitern der Hamas in den Verhandlungen mit Ägypten über eine permanente Öffnung von Rafah führte zu einem Verlust in der Popularität der Hamas und gewann Stimmen für die PA und für Mahmud Abbas.

Der Stand im Sommer 2008 ist folgender: bei palästinensischen Präsidentschaftswahlen würde Mahmud Abbas als Kandidat der Fatah 53% erhalten, während Ismail Haniyeh als Hamas-Kandidat nur 39% der Stimmen für sich gewinnen könnte. Noch im März 2008 war die Popularität von Mahmud Abbas etwas geringer gewesen als die von Ismail Haniyeh, i.e. 46% für Abbas und 47% für Haniyeh. In Präsidentschaftswahlen hätte Abbas jedoch auch damals einen Wahlsieg errungen mit 52% gegenüber 40%. Im Parteienvergleich hätte Hamas im Juni 2008 31% der Stimmen (im Vergleich zu 35% im März) erhalten, während die Fatah von 42% im März auf 43% im Juni zulegen konnte.

Im Ergebnis ist also ein Rückgang der Unterstützung für die Hamas in der palästinensischen Bevölkerung zu verzeichnen zwischen den Parlamentswahlen vom Januar 2006 und dem Sommer 2008.

Ob dies auch das Ergebnis möglicher baldiger Neuwahlen wäre, ist eine andere Frage und nicht zuletzt abhängig von den konkreten Umständen, unter denen Neuwahlen durchgeführt würden. Von seiten der Hamas hört man immer wieder das Argument, dass alle Meinungsforschungsinstitute für die Hamas seit Mitte der neunziger Jahre fast konstant eine Unterstützung um die 30% ermittelt hätten, während in den Wahlen 2006 die Hamas auf einen sehr viel höheren Stimmenanteil gekommen sei. Die Hamas stellt damit die Verlässlichkeit der Umfrageergebnisse in Frage. Von anderer Seite wird dagegen argumentiert, dass die Unterstützung für die Hamas durchaus richtig bei etwa 30 % liege, während in den Wahlen 2006 es viele zusätzliche Stimmen für die Hamas, v.a. aber gegen die Fatah, gegeben habe.

Was aus diesen Proteststimmen gegen die Fatah bei zukünftigen Wahlen wird, bleibt offen. Antworten dazu finden sich in keiner der Umfragen.

Abschließend soll hier nach anderen politischen Kräften und ihrer Stärke und ihrem Einfluss innerhalb der palästinensischen Gesellschaft gefragt werden. Wer spielt, neben den großen Gegenspielern Fatah und Hamas, in der palästinensischen Politik noch eine Rolle? Hier sollen nicht die Vertreter der ehemaligen palästinensischen Linken oder der sich links-nationalistisch verstehenden Gruppen im Exekutivkomitee der PLO aufgeführt werden. Sie haben, außer als Bauern im Macht-Schachspiel der Fatah, keine Relevanz mehr.

Interessant ist vielmehr zu beobachten, was sich an der palästinensischen Basis tut.

Zwei Entwicklungen dort sind bemerkenswert. Zum einen muss das enorme Erstarken der hizb al-tahrir (Partei der Befreiung) sehr genau verfolgt werden. Nachdem diese Partei jahrelang eher ein Schattendasein führte und es höchstens interessant war, die Analysen der palästinensischen und arabischen Politik von führenden Aktivisten der Partei zu lesen oder anzuhören, hat sie sich inzwischen eine erstaunlich große populäre Basis erobern können, im Westjordanland übrigens genauso wie in Gaza. In Anbetracht ihrer grossen Verbreitung in den islamischen Regionen der ehemaligen Sowjetunion muss auch die Entwicklung in Palästina genauer beobachtet werden.³⁸ Im Unterschied zur Hamas sind in der hizb al-tahrir vor allem radikale Ideologen am Werk, keine pragmatischen Politiker. Ihre Ausrichtung ist anti-westlich und ihr Ziel ist die Wiedererrichtung des Kalifats in der islamischen Welt.

Zum anderen müssen die – in sehr viel geringerem Umfang stattfindenden – Aktivitäten von Basisgruppen in ihrem stur-beharrlichen Kampf gegen den Bau der Mauer genauer studiert werden. Dabei spielt die von Mustafa al-Barghouti, einem ehemaligen Führungsmitglied der palästinensischen Kommunistischen Partei bzw. der aus ihr entstandenen Volkspartei, gegründete und angeführte Bewegung „al-mubadara“ (Die Initiative)³⁹ eine wichtige Rolle. Seine enorme Popularität bewies al-Barghouti bei den palästinensischen Präsidentschaftswahlen 2005, als er als Gegenkandidat zu Mahmud Abbas antrat und gleichsam aus dem Stand fast 20% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Allerdings war er nicht in der Lage, daraus in den kommenden Jahren Kapital zu schlagen und eine neue Partei aufzubauen. Dennoch sind er und seine wenigen Mitstreiter sehr viel in den Medien vertreten durch ihre phantasievollen Widerstandsaktionen gegen die israelische Besatzung. Was Barghouti und seine Mubadara demonstrieren, ist das Potential von Basisaktionen mit dem Versuch, die Basis bzw. die einfache Bevölkerung so stark wie möglich einzubinden. Was Barghouti und der Mubadara fehlt, ist die Unterstützung durch die palästinensische Gesellschaft in einem Umfang, wie sie z.B. die Hamas erhält.

Was derzeit aber ebenso fehlt, ist die Bereitschaft –vielleicht auch die Kraft – in der palästinensischen Gesellschaft, sich aktiv in politische Aktionen einzubringen, zu demonstrieren, ihren politischen Willen deutlich zu artikulieren (und nicht nur in Meinungsumfragen auf vorgegebene Fragen antworten), und dabei auch das damit verbundene Risiko einzugehen. Was dominiert in der Gesellschaft, ist vielmehr eine breite Ermüdung, Frustration, und damit einhergehend in wachsendem Umfang Zynismus.

38 Siehe dazu die Berichte der International Crisis Group wie „Is Radical Islam Inevitable in Central Asia? Vom Dezember 2003, unter www.crisisgroup.org Zur Entstehung der hizb al-tahrir am besten Amnon Cohen.1982. Political Parties in the West Bank under the Jordanian Regime, 1949-1967. Ithaca and London: Cornell Univ. Press, 209-229.

39 Al-mubadara al-wataniya al-filastiniya, Die palästinensische Nationale Initiative. Ihre Internetadresse ist: www.almubadara.org/new/index.php Sie ist auch auf Englisch zugänglich: www.almubadara.org/new/english.php.

Eines macht Barghouti jedoch allen klar, ob Anhängern, Gegnern oder Kritikern, oder der Gesellschaft überhaupt: Das israelische Besatzungssystem kann nur und muss mit Widerstand bekämpft werden. Widerstand ist dabei als gewaltloser Massenwiderstand konzeptualisiert und praktiziert. Die Frage, die sich dabei allen politischen Kräften stellt ist, wie die dazu notwendige Mobilisation der Gesellschaft erfolgen kann und durch wen sie eingeleitet wird.

3. Analyse und Interpretationen

Wo stehen die Palästinenser heute, 15 Jahre nach Oslo? Die Frage muss weiter gefasst werden: wo steht der israelisch-palästinensische Konflikt heute, 60 Jahre nach der Errichtung des Staates Israel, der parallel dazu erfolgten Vereitelung einer staatlichen Lösung für die Palästinenser, und vor allem der Vertreibung von einer dreiviertel Million von Palästinensern aus ihrer Heimat, also der ethnischen Säuberung des neugeschaffenen Staates Israel, um es in aktueller Terminologie zu formulieren.⁴⁰ Und eine letzte Frage darf nicht vergessen werden: wo steht der Konflikt heute, 41 Jahre nach der Errichtung eines Besatzungssystems über die Palästinenser in Ost-Jerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen?

Die Antwort auf die erste Frage ist einfach, die Fakten liegen offen vor uns. Dennoch sind die politischen Verrenkungen, die angestellt werden, um den offenen Blick darauf zu verstellen, Thema für eine eigene Untersuchung. Anne Le More hat die Antwort in ihrem eben erschienen Buch⁴¹ am kompaktesten formuliert: Oslo sollte mit Hilfe enormer finanzieller Hilfe aus dem Norden auf diplomatischem Weg zu einer Lösung des Nahostkonfliktes führen auf der Basis des Zwei-Staaten-Paradigmas. Stattdessen wurde die israelische Kolonisation im Westjordanland systematisch vorangetrieben und konsolidiert, während gleichzeitig das Ziel der Etablierung eines palästinensischen Staates durch „einen breiten Prozess von demographischer, territorialer, sozioökonomischer und politischer Fragmentation“ systematisch untergraben wurde.

Le More zeigt mit breitem Zahlenmaterial und einer klar argumentierten Analyse, wie der Norden, nicht zuletzt die EU, zwar klar sah, dass nur politisches Eingreifen das Ziel von Oslo näher bringen könnte. Da man aber nicht bereit und/oder nicht in der Lage war, politisch einzugreifen, sprich klaren Druck auf Israel auszuüben, die illegale Besatzung endlich zu beenden, griff man stattdessen zum einfachen Weg für den Norden, der jedoch für die Palästinenser bis heute ein einziges Desaster produzierte: man schickte immer höhere Summen an finanzieller

40 In der wissenschaftlichen Literatur wandte zuerst Ilan Pappé (2007) diesen Begriff auf die nakba von 1948 an in seinem Buch *The Ethnic Cleansing of Palestine*. Oneworld Publications.

41 Anne Le More. 2008. *International Assistance to the Palestinians After Oslo. Political guilt, wasted money*. London und New York: Routledge Studies on the Arab-Israeli Conflict, hier S. 7.

Hilfe in die palästinensischen Gebiete, wo sich nicht zuletzt die ökonomische Situation zusehends verschlechterte unter den Bedingungen einer verschärften israelischen Besatzung, und leistet zusehends nur noch humanitäre Katastrophenhilfe, um eine wirkliche und offene Katastrophe zu verhindern. Das Endresultat dabei ist, dass der Norden die israelische Besatzung aufrechterhält und sie praktisch finanziert.

Die von Anne Le More beschriebenen Prozesse haben in der Essenz schon 1948 begonnen, sich 1967 verschärft weiterentwickelt und die wenigen Jahre der Präsenz der palästinensischen Autorität haben hier nur unwesentliche Modifikationen gebracht.

Die palästinensische Katastrophe von 1948 setzt sich damit fort bis heute und hat heute erschreckendere Dimensionen angenommen als je zuvor.

Das Jahr 2008 mit seinen 60 Jahren palästinensischer Katastrophe (nakba), untrennbar gekoppelt mit den Sechzig-Jahr-Feiern für den Staat Israel, ist auch innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung der post-1948er Periode ein Jahr der Zäsur:

Alle historischen palästinensischen politischen Führer sind inzwischen tot:

Scheich Ahmed Yassin wurde 2004 in Gaza von der israelischen Armee ermordet, Yasir Arafat starb im November 2005 in Paris (das Gerücht, dass er einem Giftanschlag zum Opfer gefallen ist, lässt sich nicht aus der Welt schaffen), George Habash starb im Januar 2008 in Amman.⁴² Aber auch zwei der großen Männer des palästinensischen Widerstands- und Selbstbehauptungswillens, gerade auch auf der kulturellen und künstlerischen Ebene, sind nicht mehr: Edward Said starb 2003 (vor fast genau fünf Jahren) im – selbstgewählten – Exil in New York, während der größte palästinensische Poet Mahmud Darwish im August 2008 eine notwendige Herzoperation in Texas nicht überlebte.

Auch dies trug letztendlich nur zu einem weit verbreiteten Gefühl der Verlorenheit innerhalb der palästinensischen Gesellschaft unter der Besatzung und in der Diaspora bei.

Nicht zuletzt daran anknüpfend begann eine neue Diskussion über die Ziele des palästinensischen Widerstandes gegen die israelische Besatzung. In diesem Kontext begann die Infragestellung der seit 1988 verfolgten Zweistaatenlösung, die ja zuerst und vor allem durch die kolonialistische israelische Siedlungspolitik im Westjordanland untergraben wird, und die Konzeptualisierung einer Lösung des Konfliktes im Rahmen einer Einstaatenlösung auf der Basis von Gleichheit und Demokratie.⁴³

42 Zu den drei verschiedenen Phasen in der Entwicklung des palästinensischen Nationalismus und der palästinensischen Nationalbewegung seit 1948 siehe meinen Beitrag im *Journal of Palestine Studies* 2005. 34.4, 25-48, unter dem Titel: *The Three Faces /Phases of Palestinian Nationalism, 1948-2005*.

43 Zur One-State Solution siehe die One State Declaration vom November 2007 (London und Madrid) unter: <http://electronicintifada.net/v2/article9134.shtml> Zur Literatur u.a. Virginia Tilley. 2005. *The One-State Solution: A Breakthrough for Peace in the Israeli-Palestinian Deadlock*. Manchester: Manchester Univ. Press, und Ali Abunimah. 2007. *One Country: A Bold Proposal to End the Israeli-Palestinian Conflict*. New York: Metropolitan Books.

4. Was bedeutet all dies für linke Politik und ganz speziell für linke Politik in Deutschland?

Für linke Politik sollte es rote Linien geben, die unter keinen Umständen überschritten werden dürfen. Dazu gehören Eroberungen und Besatzung. Ein militärisches Besatzungsregime, von wem auch immer errichtet, kann nie und unter keinen Bedingungen verteidigt werden. Die Solidarität für die von einem solchen Besatzungsregime unterdrückten Menschen ist selbstverständlich.

Vor allem aber sollte linke Politik die Vogel-Strauss-Taktik der regierenden Parteien nicht nur nicht mitmachen, sondern sie immer und überall offenlegen und kritisieren. Wenn wir alle, wenn alle Geberländer, alle internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen wissen, dass die Massen an finanzieller Unterstützung für die Palästinenser zuerst und vor allem eines bewirken, nämlich die Konsolidierung der israelischen Besatzung, dann muss dies gesagt werden, immer und überall. Dann muss Kritik daran geübt werden, immer und überall. Vor allem aber muss auf das eigentliche und dem allen zugrunde liegende Problem verwiesen werden: die Besatzung und das Besatzungsregime, das seit nunmehr 41 Jahren mehr als drei Millionen Palästinenser in Unfreiheit hält und unterdrückt, sie ihrer Menschenrechte beraubt und ihnen jede Entwicklung von vornherein unmöglich macht.

Christian Sterzing hat dies in seinem kurzen Artikel in der taz vom 25. Juni 2008, anlässlich der „Sicherheitskonferenz Palästina“ in Berlin auf den Punkt gebracht:

„Kann man ... den angeblichen Friedensprozess fördern, indem man die israelische Politik und deren Folgen für die besetzten Autonomiegebiete und eine zukünftige Friedensregelung ignoriert? Kann es Sicherheit für PalästinenserInnen nur tagsüber geben, während nachts israelisches Militär Unsicherheit verbreitet? Und wie will man die palästinensische Wirtschaft beleben, wenn überall Straßensperren den Handel behindern?“

Alle Bemühungen, wie jetzt in Berlin, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Deutschland und die EU aus dem ‚Kerngeschäft‘ des Friedensprozesses verabschiedet haben. Die Konferenz in Berlin zeugt nur von politischer Hilflosigkeit deutscher und europäischer Nahostpolitik wie auch vom Unwillen, sich den Wurzeln des Konfliktes zuzuwenden. Man verteilt Pflaster für die Wunden der Besatzung, statt sich um eine Therapie zu kümmern.“

Diese Therapie sollten Linke immer wieder einfordern, prinzipiell ebenso wie mit konkreten Forderungen. Hier sollen nur die wesentlichen ersten konkreten Forderungen genannt werden, die gesamte Liste ist sehr lang:

- Aufhebung der menschenverachtenden Abriegelung des Gazastreifens.
- Abbau der Straßensperren im Westjordanland.

• Einhaltung der Forderung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, die Mauer zu beseitigen (das sollte doch jedem in Deutschland und speziell in Berlin ein zentrales Anliegen sein).

- Waffenstillstand, eingefordert nicht nur von palästinensischen Freischärlern, sondern auch von der israelischen Armee.

- Stopp der Siedlungspolitik, also Stopp des Ausbaus der bestehenden Siedlungen und Stopp der Errichtung neuer Siedlungen und Anmahnung der immer wieder vergessenen Tatsache, dass alle Siedlungen laut Genfer Konvention illegal sind.

Wenn es um die großen Linien der Konfliktlösung geht, sollte man den Akteuren vor Ort, und das heißt zuerst und vor allem den Unterdrückten in diesem Konflikt, den Vortritt lassen. Sie werden am besten wissen, in welche Richtung der Konflikt zu lösen ist, um allen hier vor Ort lebenden Menschen Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde zu ermöglichen, ob neben- oder miteinander. An dieser Stelle ist anzumahnen, dass linke Politik, die nicht zuerst und vor allem dem Menschen verpflichtet ist und ihre Basis im Humanismus hat, keine linke Politik mehr ist. Und Menschen gibt es nicht nur im Norden, sondern auch im Süden.

Gleichzeitig muss die Bereitschaft zu aktiver politischer Hilfe da sein, wenn diese von den Akteuren vor Ort eingefordert wird, und man sollte sich dann nicht feige mit allen möglichen und unmöglichen Ausreden darum drücken.

Beate Zilversmidt hat eine mögliche Route in einem Artikel im Occupation Magazine vom 31. August 2008 skizziert: Wir sollten „akzeptieren, dass die Zwei-Staaten-Lösung, die unter den gegenwärtigen Bedingungen die beste ist und sicher nicht von der politischen Agenda gestrichen ist, nicht mehr notwendig vorgegeben ist, ...und sicher nicht die gerechte Lösung ist, wie wir geglaubt haben... Wir brauchen heute neue Ideen. ‚Bürger in einer Staats-Lösung Sofort‘ (Citizens in a State-Solution Now) ist mein Beitrag zur Neuformulierung der Prinzipien. Wir bestehen damit darauf, dass alle Menschen, die unter unserer Verantwortung leben, also die Palästinenser, Bürger in einem Staat sein und volle Bürgerrechte haben müssen. In welcher Form sich das konkret verwirklicht, in wie vielen Staaten, ist zweitrangig. Wir haben sicher unsere Präferenzen, aber da wir nicht allein entscheiden können, müssen wir unsere israelischen Mitbürger mit folgender Tatsache konfrontieren: Die Tatsache, dass die Palästinenser militärisch beherrscht werden, nicht als Bürger betrachtet werden, weder in unserem noch in irgendeinem anderen Staat, das ist das eigentliche Problem. Eben dies muss enden, in der einen oder anderen Form.“⁴⁴

Eine Diskussion der möglichen Lösungsansätze für Israel/Palästina, also zwischen Zwei-Staaten- und Ein-Staaten-Lösung ist an dieser Stelle nicht möglich.⁴⁵ Aber sie ist heute sicher nicht mehr zu vermeiden, gerade auch innerhalb einer linken Partei. Der nächste Workshop in Berlin sollte deshalb eben dieses Thema in den Mittelpunkt stellen und Verfechter und Gegner sowie Kritiker aus Israel, aus Palästina und aus der Diaspora (der palästinensischen und der jüdischen) dazu einladen.

(September 2008)

44 Beate Zilversmidt. 2008. Citizens in a State-Solution Now. Occupation Magazine, August 31. www.kibush.co.il/print.asp (heruntergeladen am 15.9.2008).

45 Literatur und die wichtigsten Verweise dazu unter Fußnote 43.

Vom Geländewagen überfahren

15 Jahre internationale Demokratieförderung und wirtschaftliche Aufbauhilfe führten zur Rückentwicklung der palästinensischen Gesellschaft. Fortschrittliche Kräfte wurden mit Geld überschüttet und so ins Koma finanziert: Herausforderungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die seit kurzem ihre Präsenz in Ramallah aufbaut.

In den sogenannten Palästinensischen Autonomiegebieten ist der tägliche Angriff auf Leib und Leben massiv. In Gaza sind es israelische Artillerie und Luftwaffe, von denen die externe Gefahr für die Bevölkerung ausgeht. In der Westbank sind die Menschen mit israelischen Soldaten und teilweise bewaffneten Siedlern sowie 610 internen Militärkontrollen und Straßensperren konfrontiert und leben mit nächtlichen Militärinvasionen. In Ramallah selbst jedoch muss man nach ganz anderen Geschossen Ausschau halten: Wer nicht aufpasst, wird allzu leicht vom Frontgrill eines überdimensionierten Geländewagens erfasst und auf dessen Motorhaube mit aufgeklebtem Organisationslogo geschleudert.

Der Fahrer, ausländisch, männlich, in Cargohose und -hemd, zwischen 30 und 50 Jahren alt, bekommt das vielleicht nicht einmal mit. Der "neue Söldner" könnte müde sein vom Mittagessen in einem der feinen Restaurants der Stadt. Oder er muss sich auf das lautstarke Gespräch über Funktelefon konzentrieren. Es könnte aber auch ein Palästinenser am Steuer sitzen; der Leiter einer der vielen, meist in Ramallah ansässigen Nichtregierungsorganisationen (NGO), die Projekte für internationale Geber umsetzen.

"Der Friedensprozess ist doch schon lange Geschichte." Einer der wenigen Punkte, in denen sich Israelis und Palästinenser einig sind, und für ihre Situation mag das stimmen. Für die Träger des Prozesses allerdings, die internationalen Geberorganisationen, war die Zeit kaum jemals besser. Angesichts der aktuellen Geländewagenflut kann von einem Ende des Friedensprozesses keine Rede sein. Schon gar nicht bei Betonung des zweiten Wortteils.

Es geht nämlich voran. Mit internationaler Hilfe werden Schulen und Straßen gebaut, Menschen in allem möglichen trainiert und beraten, Ministerien der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) gefördert und angeleitet, medizinische Grundversorgung gewährleistet, Nahrungsmittel verteilt, die Gehälter von PA-Angestellten bezahlt, Müllplätze angelegt, der palästinensischen Polizei gezeigt, wie man öffentliche Ruhe herstellt, Arbeitsplätze geschaffen.

Trotz all dieser Anstrengungen – 2005 erhielten die Palästinenser 300 US-Dollar pro Kopf an internationaler Hilfe, dies ist abgesehen von Israel die mit Abstand höchste Rate in der Region – bleiben Palästinenser (und Israelis) skeptisch gegenüber dem Friedensprozess, so das Auswärtige Amt (AA) selbst: "Zu viele

Friedensinitiativen sind bereits gescheitert, zu unüberwindlich erscheinen die Hindernisse. Deshalb müssen die Menschen neu motiviert und gewonnen werden, einen langen und fragilen Friedensprozess zu unterstützen. Dazu sind konkrete Schritte erforderlich, die die Früchte nationaler und internationaler Unterstützung sichtbar werden lassen.“

Das AA hat zu diesem Zweck die Initiative “Zukunft für Palästina” ins Leben gerufen. Das “sind relativ kleine, schnell umsetzbare und deutlich sichtbare Projekte, die der palästinensischen Bevölkerung bereits in den nächsten Monaten unmittelbar zu Gute kommen... Kerngedanke ist ein politischer: Die Initiative will eine Friedensdividende nicht in Aussicht stellen, sondern schon jetzt, parallel zum Verhandlungsprozess, konkret und sichtbar umsetzen.” Andere Staaten setzen ähnliche Projekte um.

Palästinenser nicht erpressbar

Niemand hat etwas gegen den Bau von Schulen und Kindergärten. Ob sich das politische Kalkül jedoch auszahlt, muss aus folgenden Gründen bezweifelt werden:

- Die internationale Unterstützung ist auf die Westbank beschränkt. Die 1,4 Millionen Menschen im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen sind kollektiv isoliert. Sie erhalten lediglich “humanitäre Hilfe”, und auch nur, wenn die israelischen Grenzübergänge offen sind. Die palästinensische Bevölkerung hat jedoch bereits in der Parlamentswahl 2006 gezeigt, dass sie nicht käuflich ist. Die meisten Menschen stimmten damals für die Hamas und nicht für die Fatah-Bewegung, obwohl klar war, dass nur sie in der von ihr dominierten Autonomiebehörde Arbeitsplätze stellen kann. Nur sie “bringt das Geld ins Land”, sprich wird von den internationalen Geberstaaten unterstützt – und das ungeachtet der nicht einmal versteckten Korruption. Die einseitige internationale Hilfe soll den Palästinensern zeigen, dass die Hamas die falsche Wahl ist. Aber diese stellte der Bevölkerung bereits zum Urnengang 2006 die Frage: “Die USA und Israel sind gegen die Hamas. Für wen seid ihr?”. Die Antwort war eindeutig.

- Die heutige “Übergangsregierung” in der Westbank, die vom Präsidenten ohne Zustimmung des Parlaments eingesetzt wurde, hat wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Dem amtierenden Ministerpräsidenten Salam Fayyad, ein ehemaliger IWF-Funktionär, wird zwar international hohe Professionalität bei der Reformierung der Autonomiebehörde bescheinigt. Sein Beliebtheitsgrad in der Bevölkerung ist allerdings niedrig. Laut einer Umfrage vom April nannten ihn nur 1,4 Prozent der Befragten an erster Stelle.

- In der Hochphase des Friedensprozesses, im Dezember 1996, verzeichneten die Palästinenser das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen in der Zeit von 1994-2000. Trotzdem war damals die Zustimmung für den Verhandlungsprozess mit Israel am höchsten innerhalb derselben Zeitspanne. Darüber hinaus existierte unmittelbar

vor der zweiten, am 29.8.2000 begonnenen Intifada “wachsende öffentliche Unterstützung für bewaffnete Angriffe gegen Israelis, trotz substanziellen Wachstums des Pro-Kopf-Einkommens in den Jahren 1999-2000”.

Auf den Punkt gebracht: Die Zustimmung der palästinensischen Bevölkerung für die derzeitige Westbank-Regierung und den Verhandlungsprozess mit Israel wird durch Infrastrukturhilfe in der Westbank nicht automatisch erreicht. Und ein Abkommen mit Israel, das Präsident Abbas ohne parlamentarische Absicherung und Rückhalt in der Bevölkerung unterzeichnet, hätte sicherlich eine sehr kurze Halbwertszeit.

Nach Ansicht vieler Palästinenser ist die hohe europäische Bereitschaft zu zahlen der Versuch, sich vom Druck auf Israel freizukaufen. Man fordert zwar mündlich die Einhaltung internationalen Rechts, der Menschenrechte und friedliche Konfliktlösung. Gegen die unfriedliche direkte und indirekte israelische Militärbesatzung wird aber nichts unternommen. Weder werden die Sicherheitsratsbeschlüsse der Vereinten Nationen umgesetzt, noch das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom Juli 2004, der den Bau der israelischen Sperranlage innerhalb der Westbank für illegal erklärte.

Nach 15 Jahren Friedensprozess

Die Bereiche, die heute von der Palästinensischen Autonomiebehörde und den großen lokalen NGOs organisiert und vom Ausland bezahlt werden, wurden bis 1993 von Israels Ziviladministration für die besetzten Gebiete direkt verwaltet. Diese Behörde und die Besatzung bestehen zwar noch heute, allerdings ist das für Israel mit viel weniger Kosten verbunden. Die entstehen nun vielmehr den Steuerzahlern aus Europa, Japan und den USA, und zwar ohne Gegenwert. Denn zusammengefasst ist die Bilanz nach 15 Jahren “Projekt Friedensprozess” negativ:

- Es gibt keinen Frieden, der israelisch-palästinensische Konflikt ist weder gelöst, noch hat es nennenswerte praktizierte Schritte hin zu einer Lösung gegeben;
- Die gewünschte Zwei-Staatenlösung ist weniger als je zuvor in Sicht, im Gegenteil, das den Palästinensern zur Verfügung stehende Gebiet schrumpft beständig;
- Der von Israel völlig abgeriegelte Gazastreifen und die Westbank sind politisch voneinander getrennt; das palästinensische Ost-Jerusalem ist für Palästinenser aus Westbank und Gazastreifen praktisch nicht mehr zugänglich;
- Die Palästinenser haben keine nationale Regierung mehr, die aus Wahlen hervorgegangen und in der Bevölkerung legitimiert ist;
- Der palästinensische Partner der internationalen Gemeinschaft, die einst dominante Fatah-Partei, ist programmatisch nicht festgelegt, zerstritten und steht immer wieder kurz vor der Spaltung;

- Die fortschrittlichen Kräfte, also diejenigen, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, sind zerschlagen, und zwar mit Hilfe der internationalen Geberstaaten. Dazu mehr weiter unten;
- Und die Hamas, also die Bewegung, die von USA und EU nicht unterstützt, trainiert und beeinflusst worden ist, hat sich zur stärksten und gut organisierten politischen Kraft entwickelt. Und das vielleicht gerade trotz der Isolierungsstrategie gegen sie.

Eine Studie des norwegischen FAFO-Instituts zeigt, dass die palästinensische Bevölkerung die Absichten der internationalen Gemeinschaft verurteilt: "Eine Mehrheit der Palästinenser glaubt, dass westliche Finanzhilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) mehr Schaden anrichtet als nützt. Zwei Drittel (69%) der im Februar und März von FAFO... Befragten glauben, dass Hilfe für die PA die Kluft zwischen Fatah und Hamas vertieft. Ein ähnlicher Anteil (63%) denkt, dass internationale Hilfe für die PA Korruption fördert. Und dieselbe Anzahl glaubt, dass sie keinen oder nur einen geringen Effekt auf die Armutsminderung hat."

Die einzigen Nutznießer eines solchen "Friedensprozesses" sind Israel, das seine Besatzungspolitik ungehindert weiterführen kann, dafür aber nicht mehr selbst bezahlen muss, internationale Geberorganisationen, die hier Millionen umsetzen, sowie eine kleine palästinensische Elite, die privat profitiert.

Diese negative Bilanz hätte eigentlich schon längst zum internationalen Umdenken führen müssen. Trotz des bisher gescheiterten palästinensischen Staatsaufbaus, der fortschreitenden Militarisierung auch interner Konflikte und anhaltendem israelischen Siedlungsbau in der Westbank findet jedoch keine Neuorientierung statt. Eine schnelle Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist offenbar nicht im Sinne der Geberorganisationen. Also pumpt die internationale Gemeinschaft, auch Deutschland, weiterhin viel Geld in das gute "Projekt Frieden", das jedoch auf die bisherige Weise außer weniger Frieden nichts erzeugt hat. Dazu kommt, dass viele nun die verstärkte Unterstützung der "palästinensischen Zivilgesellschaft" als Transmissionsriemen für Demokratisierung und Frieden (jeweils nach dem Verständnis der großen Geberorganisationen) fordern.

Falsche Unterstützung der Zivilgesellschaft

In Palästina wird "Zivilgesellschaft" von der internationalen Gemeinschaft meist gleichgesetzt mit "NGOs", den Nichtregierungsorganisationen. Etwa 1.200 davon organisieren verschiedene soziale Bereiche, Frauenaktivismus, klären über Menschenrechte und Demokratie auf, vermitteln Dialog mit Israelis, im Prinzip alles, wofür die internationale Gebergemeinschaft bereit ist zu bezahlen. Wer die professionellsten Projektanträge schreibt, gespickt mit dem im politischen Norden geschätzten Vokabular, erhält Unterstützung. Die meisten dieser Organisationen

haben ihr Büro in Ramallah. Die Chefs verdienen gut und verreisen viel. Anbindung oder gar Verwurzelung in der zivilen Gesellschaft ist bei vielen dieser Organisationen allerdings nicht (mehr) vorhanden.

Exemplarisch an der fortschrittlichen Frauenbewegung hat Islah Jad, Professorin an der palästinensischen Birzeit-Universität, die Entwicklung untersucht: "Im Fall Palästinas wurde der NGO-Diskurs dazu benutzt, Platz im öffentlichen Raum auf Kosten der alten Massenorganisationen zu schaffen... Dieser Diskurs entspricht weniger dem allgemeinen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext, als den Bedürfnissen der Geber und der [palästinensischen] Eliten, die das beschleunigte Wachstum dieser Organisationen in diesem Zusammenhang forcierten. Ich nehme an, dass vor diesem Hintergrund die Frauen-NGOs und die neuen, öffentlichen Debatten – wenn auch unabsichtlich – dazu führten, zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Bewegungen in Palästina zu entmachten, zu delegitimieren und zu spalten.

Für all die Annahmen, die in internationalen Entwicklungshilfekreisen darüber zirkulieren, dass NGOs „näher an den Menschen“ sind, für die „Basis“ sprechen und eine treibende Kraft hinter Demokratisierung und Entwicklung stellen: Der palästinensische Fall ist eine lebendige Erinnerung an die Notwendigkeit, hinter das Schlüsselwort selbst zu sehen und sehr genau zu betrachten, was eigentlich passiert. Dass... die NGOisierung der palästinensischen Frauenbewegung und deren Übernahme des von internationalen Organisationen geförderten Geredes zur steigenden Macht und Legitimität der Islamisten beitrug, dürfte Grund genug zur Vorsicht sein."

Für die Paralisierung der Zivilgesellschaft sind die Palästinenser natürlich selbst verantwortlich. Sie könnten die internationale Einflussnahme ja auch zurückweisen oder die Gelder gemäß eigener Prioritätensetzung und Planung verwenden. Die internationale Gemeinschaft trägt jedoch eine große Mitverantwortung, da Menschen und Tendenzen gestützt wurden und werden, die weniger die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft zum Ziel haben, als die eigene, individuelle. Die postulierten Ziele der Gebergemeinschaft, nämlich die Beförderung von Demokratie, Menschenrechten, Gleichberechtigung der Frau usw., sind mit den NGOs – und auch der Fatah-Regierung – als Mittler jedenfalls nicht erreicht worden.

Entpolitisierung fortschrittlicher Palästinenser – mit internationaler Hilfe

Ab Ende der 70er Jahre bildeten vor allem linke PLO-Gruppen Massenorganisationen, die – unter der israelischen Besatzung illegal – Dienste von medizinischer Versorgung bis hin zu Schulbildung stellten. Jede politische Bewegung unterhielt ihre eigenen Strukturen, die zum Vorteil ihrer "Mutterpartei" wirkten. Mit der Zeit erhielten diese auf fortschrittliche Ziele – Demokratie, Gleichstellung von Frauen,

soziale Gleichheit – hin arbeitenden NGOs finanzielle Unterstützung von internationalen Organisationen und entwickelten sich zu teilweise sehr großen Gebilden. Noch heute werden beispielsweise 40 Prozent der medizinischen Dienstleistungen in Palästina vom nicht-staatlichen Sektor erbracht.

Mit dem israelisch-palästinensischen Friedensabkommen von 1993 entstanden zudem viele neue Arbeitsbereiche: Demokratisierung, Menschenrechte, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Stärkung sozialer Randgruppen, israelisch-palästinensischer Dialog, Trainings, Workshops, Konferenzen, Publikationen. Viel Geld floss in diese Projekte. Geld, das professionell verwaltet werden wollte, nach Logik und Buchhaltung in Washington, Brüssel, Berlin oder Tokio. Diese Arbeit “spiegelt zunehmend eher die Programme der Geberorganisationen wider, als die ursprünglichen Anliegen der NGOs selbst”, so eine palästinensische Untersuchung.

Die wirtschaftliche Privilegierung der palästinensischen NGOs sieht Rema Hammami von der Birzeit-Universität als “ein Resultat ihrer Integration in eine globale NGO-Ethik und -Kultur, unter der Führung einer großen Anzahl internationaler Geberagenturen, die zur Unterstützung des Friedensprozesses anrückten. Im Wesentlichen wurzelt dies in einem immer größer werdenden Abstand zur Bevölkerung, der schon vor dem Osloer Abkommen [1993] entstand, sich aber mit der anhaltenden Entpolitisierung der Gesellschaft seit der Schaffung der PA verschärfte.”

Die früheren Organisationsstrukturen, die von Ehrenamtlichen getragen wurden, taugten nicht mehr. Nun mussten professionelle Buchhalter, Projektevaluatoren und Fundraiser eingestellt werden. “Obwohl ehrenamtliche Arbeit in den 70er und 80er Jahren wichtiges Element der palästinensischen Gesellschaft und Teil der nationalen Bewegung war – auch die von den Linken angeregten ehrenamtlichen Arbeitsinitiativen – ist diese Art sozialer Netzwerke bis heute fast vollständig zusammengebrochen”, so eine Untersuchung palästinensischer Elitenbildung. “Freiwilliger Aktivismus wird heute als diametral entgegengesetzt zu bezahlter Anstellung betrachtet. Darüber hinaus ist die Idee eines einheimischen Ehrenamtlichen den palästinensischen NGOs heute fremd. Die Vorstellung ehrenamtlicher Arbeit als etwas in sich wertvollem ist verloren.”

Die Ehrenamtlichen gingen und mit ihnen vielmals die Anbindung zu den Dörfern und Kleinstädten, in denen die NGO arbeitet. Damit ging auch der große Pool an neuen Ideen und Kreativität, der sich aus den Bedürfnissen und der Lebensrealität der eigentlichen Zielgruppe der NGO speiste. Und mit den Ehrenamtlichen ging auch das originäre Vermögen der NGO, soziale Netzwerke zu bilden, in denen sich die Menschen ihrer Rechte selbst bewusst werden und diese dann gemeinsam erkämpfen können. Die palästinensische Gesellschaft entwickelte sich zurück.

Die “professionellen NGOs” haben die meisten gesellschaftlichen Bereiche in Beschlag genommen, sozusagen Marktnischen besetzt, und lassen sich ihre Arbeit

teuer bezahlen. Es schwand die Verbindung zur Mutterpartei. Viele NGOs verselbständigten sich mehr und mehr. In einer NGO zu arbeiten ist offenbar auch anregender, als Mitarbeit in politischen Parteien, in denen aktive Teilnahme der Führungsebene vorbehalten ist. Und als Leiter einer NGO lässt sich auch mehr Geld verdienen als in einer linken Partei, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion keins mehr hat oder sich finanziell von der Autonomiebehörde, sprich der Fatah-Bewegung abhängig machte.

Wegen ihrer Entfremdung von den Ursprungsparteien, wegen der Distanz zur Gesellschaft und wegen des von den internationalen Geldgebern verlangten unpolitischen Verhaltens wird die vielfältige Arbeit der ursprünglich aus fortschrittlichen Bewegungen kommenden NGOs von der Bevölkerung heute nicht mehr als politisch wahrgenommen oder als Dienstleistung der palästinensischen Linken. Das politische Vakuum in diesem Bereich konnten jedoch andere füllen, nämlich die Hamas über ihre Wohlfahrtsorganisationen.

Insgesamt berichten viele palästinensische Mitarbeiter der aus der Linken kommenden NGOs darüber, dass politische Ziele von den internationalen Geldgebern nicht gewünscht sind. Politische Organisationen sollen von der Arbeit nicht profitieren. "Wir unterstützen Tausende Frauen in der ganzen Westbank", so die Mitarbeiterin einer NGO. "Unsere Hilfe muss jedoch unpolitisch bleiben. Entsprechende Passagen mussten wir aus unserem Antrag streichen, sonst wäre er nicht bewilligt worden. Dieselben Frauen sind natürlich auch dem Einfluss der Hamas ausgesetzt. Und ich muss sagen, dass die große Mehrheit der Frauen jetzt der Hamas zugeneigt ist."

Die säkular-demokratischen Kräfte Palästinas wurden also von der internationalen Gemeinschaft ins Koma finanziert. Darüber hinaus erhalten in der Westbank die Sicherheitskräfte der Fatah Unterstützung, während gleichzeitig die Versammlungsfreiheit eingeschränkt wird. Von internationaler Seite aus haben traditionelle Mittel der Kriegsführung wieder Konjunktur, nämlich politischer und wirtschaftlicher Boykott sowie die Stützung einer genehmen einheimischen Elite. Die Hamas geht derweil buchstäblich mit ihren Werten hausieren und ist im Aufwind.

Wo kann die Rosa-Luxemburg-Stiftung ansetzen?

Für ihre internationale Arbeit erhalten die deutschen parteinahen Stiftungen Mittel des Bundesministeriums für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Grundlage der Arbeit sind die entwicklungspolitischen Grundlinien des Ministeriums: Im Nahen Osten soll die deutsche Entwicklungspolitik "dazu beitragen, das Konfliktpotenzial in den Regionen abzubauen. Der Friedensprozess im Nahen Osten wird deshalb mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit gefördert." Das Problem ist nur, dass bisher Konfliktpotenzial nicht abgebaut wurde,

eher im Gegenteil. Und von einem Friedensprozess in Richtung Frieden kann keine Rede sein. Konfliktpotenzial kann nur reduziert, israelisch-palästinensischer Frieden kann nur unterstützt werden und ein demokratischer palästinensischer Staat kann nur entstehen, wenn die oben beschriebenen Fehlentwicklungen berücksichtigt werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird nun deshalb Menschen und Organisationen unterstützen, die demokratisch-fortschrittliche Positionen offen vertreten und ihnen über das internationale Netzwerk unserer Stiftung einen Zugang zum Ideenaustausch bieten. Wir wollen Menschen und Organisationen fördern, die wieder die Kontrolle über die eigene Entwicklung anstreben.

Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina hat mit aus Berlin betreuten Projekten bereits vor acht Jahren begonnen. Zurzeit werden drei Maßnahmen umgesetzt:

- Das **Palästinensische Zentrum für Frieden und Demokratie** (PCPD) ist einer unserer politischen Partner. Sie unterstützen mit unserer Hilfe Frauen dabei, ihre Interessen in der Öffentlichkeit und gegenüber lokalen und nationalen Entscheidungsträgern selbst zu vertreten. Teil des Projekts ist es, Kandidatinnen für künftige Wahlen und im Umgang mit den Medien zu schulen.

PCPD und die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzen ein zweites Projekt zusammen um. Hier treffen Angehörige aus drei linken Parteien (Volkspartei, DFLP und FIDA) zum ersten Mal auf der mittleren Führungsebene zusammen, diskutieren Gemeinsamkeiten und Wege zur Vereinigung. Die Partei DIE LINKE trägt mit der Vermittlung ihres eigenen Vereinigungsprozesses zum Projekt bei, das vom AA gefördert wird.

- Die zweite Partnerorganisation ist das **Zentrum für Menschenrechtsstudien** (RCHRS) in Ramallah. Sie organisieren mit unserer Unterstützung Diskussionsrunden und Workshops mit Studenten an allen elf palästinensischen Hochschulen in der Westbank und im Gazastreifen. Innerpalästinensische Konflikte werden hier versucht auszuhalten und auf respektvolle Weise diskutiert.

Für die weitere Arbeit sind zunächst einmal Diskussionen mit verschiedenen Menschen zu führen. Was wird gebraucht jenseits der in schöner Projektsprache formulierten Anträge (mit denen auch wir überhäuft werden)? Was ist möglich und mit wem? Wie können die zersplitterten linken Kräfte zusammenarbeiten und zusammen fortschrittliche Politik betreiben? Die palästinensischen linken Organisationen arbeiten derzeit in verschiedenen Foren auf eine Vereinigung hin. Die Hindernisse sind jedoch noch nicht überwunden. Wir wollen in diesem Zusammenhang die Debatte fortschrittlicher Werte in Palästina anreichern durch den Austausch mit ähnlich denkenden Menschen aus der Region und darüber hinaus. Palästina braucht diversifizierte politische Bildung. Eine offene Diskussions-

kultur ist wenig entwickelt. Die Menschen können sich ihrer Rechte und Aufgaben jedoch nur in schrankenlosen Debatten bewusst werden. Hierbei müssen fortschrittliche Kräfte unterstützt werden. Sie sind es, die für Weltoffenheit, demokratische Werte und soziale Gerechtigkeit stehen. In Palästina waren es die Linken, die als erste zusammen mit Israelis für eine Friedenslösung eintraten, bereits Anfang der 70er Jahre.

Einige internationale Organisationen versuchen immer noch, genehme "politische Führer" aufzubauen. Die Erfahrung der letzten Jahre in Palästina zeigte jedoch bereits, dass eine neue Partei von der Bevölkerung nicht angenommen wird. Im Ausland mögen sich deren Darlegungen gut anhören, im Lande selbst sind solche Aktionen jedoch weniger beliebt.

Es sind die derzeit marginalisierten, aber gesellschaftlich anerkannten linken Parteien, die die sozialen und politischen Herausforderungen annehmen müssen und nicht neue vermeintliche Lichtgestalten oder unabhängige Nichtregierungsorganisationen. Nur die seit Generationen etablierten fortschrittlichen Kräfte sind in Palästina die nachhaltige Garantie für soziale Vielfalt und kreative Entwicklung. Ihre von der internationalen Gebergemeinschaft mitverursachte momentane schwache Stellung spiegelt sich direkt in den trüben Zuständen der palästinensischen Gesellschaft und Politik, im Zurückdrängen der Frauen in ihre "traditionelle Rolle", der Stigmatisierung von Menschen, die nicht den enger werdenden gesellschaftlichen Normen entsprechen. Wir wollen diejenigen unterstützen, die diese Entwicklung umzukehren bereit sind.

(Juli 2008)

Zum offensichtlich schwierigen Umgang mit Hamas. Einige Anmerkungen

Wenn, wie im Rahmen dieses Workshops, die Debatte darüber geführt werden soll, ob sich mit der Konferenz von Annapolis tatsächlich eine neue Chance zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts eröffnen könnte, so liegt auf der Hand, sich auch zum Problem eines wichtigen, obzwar äußerst umstrittenen Protagonisten dabei, der Hamas, zu äußern.

Die offensichtlich von vielen geteilte Skepsis über den wirklichen Wert dieser, als eine Art Showevent von US-Präsident Bush und seiner Außenministerin Condoleezza Rice in Annapolis inszenierten Veranstaltung begründet sich unter anderem darin, dass Hamas als eine durch demokratische Wahl legitimierte politische Kraft und einer der beiden politischen Hauptakteure auf der palästinensischen politischen Bühne davon nicht nur formal ausgeschlossen wurde, sondern zudem noch mit einem Bann belegt ist. Daran ändert auch der Sachverhalt nichts, dass Hamas selbst an dieser Konferenz gar nicht teilnehmen wollte, sondern stattdessen ihre Anhängerschaft zum lautstarken Protest dagegen auf die Straße beordert hat.

Man muss kein Freund von Hamas sein – und schon gar nicht deren Ideologie wie Politik gut heißen –, um dennoch dafür zu plädieren, dass deren Einbeziehung in den notwendigen Verhandlungsmechanismus für einen dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern unerlässlich ist. Das hat sich in gewisser Weise schon im Zusammenhang mit dem Oslo-Prozess in den 1990er Jahren gezeigt und bestätigt sich aktuell nachhaltig im Gaza-Streifen. Ein Friedensschluss erfolgt eben in der Regel nicht zwischen Feinden, sondern im Ergebnis eines tragfähigen Agreements zwischen ehemals verfeindeten Parteien. Auch der ägyptische Präsident Sadat und der israelische Ministerpräsident Begin waren zuvor keine Freunde und hatten sich dennoch unter Schirmherrschaft des damaligen US-Präsidenten, James Carter, zum Friedensabkommen in Camp David 1978 bereit gefunden. Um den Frieden muss stets geduldig gerungen werden, und er fordert von *allen* beteiligten Seiten Tribut. Darunter vor allem, sich von „überlebten Mythen und Ideologien der Selbstverblendung“ zu verabschieden, was im israelisch-palästinensischen Verhältnis offenkundig schwer genug ist. Geht es doch um den Anspruch zweier Völker und Nationalbewegungen auf ein- und dasselbe Land auf einer Gesamtfläche von immerhin nur 26.876 km² und einer zudem noch wirkungsmächtigen religiösen Historie.

Diese äußerst diffizile und zugleich auch sehr tragische Konfliktfiguration macht anscheinend nicht nur eine Lösung zwischen den betroffenen Konfliktpar-

teien so außerordentlich kompliziert. Wie immer wieder festzustellen ist, bereitet es auch den Linken erhebliche Schwierigkeiten, einen solchen Zugang dazu zu finden, der die zwangsläufig kollidierenden Interessenlagen so gegeneinander abzuwägen vermag, dass Einseitigkeiten *zuungunsten* des jeweils anderen weitestgehend vermieden werden. Oder konkret gesagt, die „Sicherheit Israels und das Recht auf einen eigenen palästinensischen Staat zusammen(zu)denken“². Nicht zuletzt an Hamas scheiden sich dabei die Geister.

Die besondere Schwierigkeit des Umgangs mit Hamas resultiert einerseits daraus, dass mit ihr, um in den Worten von Moshe Zuckermann zu sprechen, „eine religiös-fundamentalistische Bewegung an die Macht gelangt ist, deren politische Zielsetzung und ideologische Raison d'être nichts weniger als emanzipatorisch ausgerichtet sind (und deren) Machtkonkurrenz mit dem Islamischen Dschihad ein übriges (tut), um die Dynamik gegenseitiger Selbstvergewisserung durch gewaltdurchwirkten Extremismus im Kampf gegen Israel zu perpetuieren“³.

Andererseits befindet sich Hamas als Teil jener politischen Strömung, die sich im Rahmen so genannter Re-Islamisierung in der arabischen Welt seit den 1970er Jahren zu einer stetig wachsenden politischen Massenkraft profiliert hat, speziell seit dem furchterlichen 11. September 2001 im Fadenkreuz der US-amerikanisch-neokonservativen Anti-Terror-Strategie, der sich die israelische Führung aus vermeintlichem Selbstschutz gleichfalls angeschlossen hat. Diese, auf einem undifferenzierten, manichäischen Feindbild fußende Vorgehensweise ist indessen ebenso wenig akzeptabel.

Bumerang verfehlt israelischer Palästina-Politik

Es wäre ignorant, wollte die israelische politische Klasse ernsthaft glauben machen, dass sie mit diesem Vormarsch von Hamas rein gar nichts zu tun hätte und sich darin lediglich innerpalästinensische Streitigkeiten spiegelten. Hamas ist mitnichten aufgestiegen wie „Phönix aus der Asche“; und die verfehlt israelische Palästina-Politik ist daran in hohem Maße – direkt wie indirekt – beteiligt. Dazu lediglich einige wenige Schlaglichter:

Wenn Israel heute sein Sperrfeuer gegen Hamas richtet, so kommt einem unwillkürlich der Goethesche Zauberlehrling in den Sinn. Immerhin gab es mal eine Periode von rund zwei Jahrzehnten, als sich „Muslimbruderschaft“ und „Islami-sche Sammlung“, die erklärten Vorläufer von Hamas, bei ihrem Wirken wohlwollender Tolerierung Israels erfreuten. In riskanter „Divide et impera“-Taktik nachweislich gepöppelt, um als Counterpart gegen den wachsenden Einfluss von Fatah und der PLO als politischer Interessenvertreterin der Palästinenser im Ringen um

2 Wolfgang Gehrcke/Harri Grünberg, Über Gewissheiten und Fragen: Neubestimmung als Bringschuld, April 2008, S. 13.

3 A.a.O., S. 10.

nationale Selbstbestimmung zu fungieren. Wegen ihres damals weniger politisch und national ausgerichteten als vielmehr betont sozialen Engagements galten die Islamisten erklärtermaßen als eher unverdächtig und eine geringere Herausforderung in der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung um einen unabhängigen Palästina-Staat. Während also den Islamisten Freiräume zugebilligt wurden, indem sich Israel gezielt von den Moscheen fernhielt, und dadurch auch deren Anhängerzahl zügig wachsen konnte, sahen sich Fatah und PLO mit vielerlei Angriffen konfrontiert. Bis hin zur erzwungenen Schließung ihres zwischenzeitlich in Beirut befindlichen Hauptquartiers und deren Umzug nach Tunis im Ergebnis des israelischen Libanonkrieges 1982.

In der Phase nach Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen 1993 und der damit einhergehenden Bildung der Palästinensischen Autonomiebehörde wiederum konnte Hamas dann vor allem von der israelischen Hinhaltetaktik profitieren. Insbesondere galt dies für die Ministerpräsidentenschaft von Benjamin Netanyahu, der – nach der Ermordung von Yitzhak Rabin im Sommer 1996 in das Amt gewählt – die eigentlich anstehenden Endstatus-Verhandlungen quasi auf Eis gelegt hat. Das, was sichtlich voranschritt, indessen war – wie offenkundig stets – lediglich der Siedlungsbau. In dem Maße, wie damit unter der palästinensischen Bevölkerung das Vertrauen in den von Fatah und PLO in Aussicht gestellten Frieden schwand und sich ihre eigene politische Führung zudem durch Korruption, Nepotismus und anderes Missmanagement selbst desavouieren half, erstrahlten der seitens Hamas bekundete Widerstandswille und die Opferbereitschaft vor allem während der im September 2000 ausgebrochenen 2. Intifada in um so hellerem Glanze. Erst zu diesem Zeitpunkt schien es auf israelischer Seite zu dämmern, dass Hamas nicht mehr nur ein Konkurrent für den Macht- und Führungsanspruch der von Fatah dirigierten PLO war, sondern zugleich auch eine ernst zu nehmende Herausforderung für sich und ihre bisherige Palästina-Politik darstellte.

Zu nennen wären schließlich noch der von Ariel Sharon 2005 verfügte einseitige Rückzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen und die Räumung der dortigen Siedlungen. Damit bot sich für Hamas die Chance, endgültig den Kampf um die Vormachtstellung gegen Fatah aufzunehmen. Fatah, ohnehin schon in einer tiefen Sinnkrise – nicht nur wegen ihres bereits an anderer Stelle angesprochenen arroganten Machtgehabes, sondern auch aufgrund ihrer inneren Struktur – erfuhr durch den Tod von Yasser Arafat im November 2004 eine zusätzliche Schwächung. Interne Führungs- und Machtstreitigkeiten, ausgedrückt vor allem im Konflikt zwischen so genannter als verwestlicht verschriener alter Garde und speziell im Inland nachgewachsener jüngerer Politiker-Generation, brachen nach dem Verlust ihrer bisherigen Symbol- und Integrationsfigur immer offener aus. Nicht umsonst hatten viele Kritiker dieser Einseitigkeit des Gaza-Rückzuges damals die Vermutung geäußert, dass sich auf diesem Wege auch die Machtrivalitäten zwischen Hamas und Fatah weiter anheizen ließen bis zu dem Punkt, dass beide geschwächt daraus hervorgingen. Denn nicht nur Fatah hatte den Verlust

seiner Führungsfigur Ende 2004 zu beklagen gehabt. Schon Anfang desselben Jahres war bekanntlich auch der Begründer und charismatische Führer von Hamas, Scheich Ahmed Yasin, zu Tode gekommen – und zwar durch einen gezielten israelischen Beschuss aus der Luft im Rahmen eines allen Rechts widersprechenden „Target killings“.

Jedoch sind heute nicht allein die Spaltung der palästinensischen Nationalbewegung und deren Existenz am Rande eines Bürgerkrieges zu verzeichnen. Auch auf Israel selbst ist dieses riskante Taktieren wie ein Bumerang zurückgekommen. Beständig werden Qassam-Raketen auf zivile Ziele in Sderot, Ashkelon und andere Ortschaften im Grenzbereich zu Gaza abgefeuert. Diese wiederum werden von Israel mit immer massiveren Militäreinsätzen und einer Blockade des Gaza-Streifens, die die gesamte Gaza-Bevölkerung in Kollektivhaftung nimmt, beantwortet und bei denen es sich ebenfalls vielfältiger Menschenrechtsverletzungen schuldig macht.

Wenn nun von israelischer Seite Mahmoud Abbas als eben jener Verhandlungspartner gepriesen wird, der in der Vergangenheit angeblich gefehlt habe, obwohl er doch schon seit Januar 2005 als gewählter Präsident fungiert – und dieser seinerseits vielleicht darauf hoffte, durch einen „Separat“-frieden mit Israel den innerpalästinensischen Machtkampf zugunsten von Fatah entscheiden zu können –, so lässt dieses alles nichts Gutes ahnen. Es lässt eher den Schluss zu, dass eine tragfähige Regelung des israelisch-palästinensischen Verhältnisses nach wie vor in weiter Ferne zu sein scheint. Ungeachtet aller Friedensbeteuerungen auf der Annapolis-Konferenz. Keinesfalls überraschend mehrten sich selbst innerhalb des PLO-Lagers die Stimmen, die von Abbas fordern, sich unbedingt vom Palästinensischen Nationalrat als oberstem Organ ein Verhandlungsmandat einzuholen. Ansonsten wäre mit einer weiteren Spirale der innerpalästinensischen Auseinandersetzungen zu rechnen, da möglicherweise nicht allein Hamas jegliches unmandatierte Verhandlungsergebnis, so es denn überhaupt eines geben sollte, anfechten würde. Aber wohl auch Ministerpräsident Olmert wäre gegenwärtig kaum zuzutrauen, die für einen Friedensschluss unumgänglichen Kompromisse, vor allem in der Siedler- und in der Jerusalem-Frage, gegen den zu erwartenden Widerstand von Siedlern wie Nationalreligiösen durchzusetzen. Denn so vehement von israelischer Seite beständig die mangelnde Bereitschaft ihres palästinensischen Gegenüber zu Kompromissen beklagt wird, so wenig lässt sich bei ihr der Wille erkennen, die legitimen nationalen Interessen der Palästinenser zu respektieren. Stets werden neue Vorbedingungen geltend gemacht, ehe es zu Fortschritten kommen könne – während inzwischen die Schaffung weiterer *Faits accomplis* zu eigenen Gunsten voranschreitet. So hat Ministerpräsident Olmert sicherlich mit vollem Bedacht die Anwesenheit von Kanzlerin Merkel dazu genutzt, um alle Welt wissen zu lassen, dass Israel auf den Siedlungsbau nicht zu verzichten gedenke, insbesondere nicht im Gürtel um Ost-Jerusalem, das jedoch als Hauptstadt des zu schaffenden Palästina-Staates in den Grenzen von 1967 vorgesehen ist.⁴

Wie aber soll überhaupt noch ein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen können, wenn Israel – unter Missachtung allen Völkerrechts - durch fortgesetzten Siedlungs- und Mauerbau weiteres palästinensisches Land aus dem Bestand der 1967er Grenzen seinem eigenen Territorium zuschlägt und den verbleibenden Rest zudem noch durch Siedlungs-„Bypass“-Straßen und Checkpoints aufspaltet. Es wäre wirklich naiv anzunehmen, dass unter derartigen Bedingungen sich der Einfluss von Hamas auf Gaza, als eine Art Hamastan, begrenzen ließe und die „kantonisierte“ Westbank in der Art eines Apartheid-Staates, der dann Palästina-Staat genannt wird, auf Dauer zu befrieden sei.

Nachwirkungen palästinensischer Defizite und Versäumnisse

So unbestreitbar die israelische Mitbeteiligung an dem heutigen Dilemma innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung einerseits ist, können andererseits die Ursachen dafür aber auch nicht allein in deren verfehlter Palästina-Politik gesucht werden.

Zu einem guten Teil liegen sie in eigenen Defiziten und Versäumnissen begründet – in der widersprüchlich verlaufenden palästinensischen Konfliktgeschichte mit Israel, beginnend mit der Ablehnung der UN-Resolution 181 von 1947. Eben jener Resolution, die die Aufteilung des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina in zwei separate Staaten, einen jüdischen (etwa 56%) und einen palästinensischen (etwa 44%) Staat sowie Jerusalem als ein „corpus separatum“ verfügte. Natürlich war es für Palästinenser wie andere Araber mehr als schmerzhaft zu akzeptieren, dass außer ihnen auch der zionistischen Bewegung als Nationalbewegung der Juden ein legitimer Anspruch auf dieses Palästina zugesprochen wurde. Ihren Widerstand dagegen haben sie dann noch durch einen zusätzlichen territorialen Verzicht von rund der Hälfte zu begleichen gehabt.

Es ist durchaus das Verdienst von Yasser Arafat, diesen jahrelangen palästinensischen Ablehnungsbann durchbrochen und im Wege einer politischen Lösung auf die Errichtung eines Palästina-Staates in den Grenzen von 1967, also nunmehr 22%, orientiert zu haben. Davon ausgehend – und unter dem Eindruck der ersten palästinensischen Intifada – hatte er dann auf der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrates im November 1988 in Algier den Staat Palästina ausgerufen. Übrigens auch seitens des früheren Ostblocks war er beständig gedrängt worden, sich den mit der Gründung des Staates Israel entstandenen neuen Realitäten zu stellen. Darin eingeschlossen war auch die Abkehr von der bis dato vordergründigen Orientierung auf den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas. (Vieles kann dem Ostblock, und insbesondere auch der DDR, wegen mangelnder Sensibilität gegenüber Israel als dem Staat der Juden vorgeworfen werden, aber kei-

nesfalls, je das Existenzrecht Israels bestritten oder gar in Zweifel gezogen zu haben. Vielmehr bestand ein Anliegen darin, die guten Beziehungen zur PLO dazu zu nutzen, um deren Realitätssinn befördern zu helfen.)

Mohssen Massarat möchte speziell in dieser Staats-Proklamierung und nachfolgender Politik von Arafat und der PLO eine wesentliche Wurzel heutigen innerpalästinensischen Dilemmas sehen. Diese hätten damals viel zu schnell gehandelt. Und zwar aus machtegoistischen Motiven, weil es ihnen vordergründig darum gegangen sei, ihre Legitimation als einzige politische Interessenvertreterin nicht an die im Zuge der ersten Intifada neu formierte Hamas zu verlieren. Ebenso hätten sie mit ihrem Alleinvertretungsanspruch während des Oslo-Prozesses in den 1990er Jahren einen schweren historischen Fehler begangen und massiv die Volkssouveränität missachtet, worin „eine entscheidende Ursache für die derzeitigen innerpalästinensischen Konflikte“⁵ zu sehen sei. Weil Hamas gänzlich davon ausgeschlossen war, sei sie faktisch dazu gedrängt worden, „die entsprechenden Abkommen zurückzuweisen, die Ablehnung des Staates Israel als unverhandelbar zu erklären und sich immer radikaleren Kampfformen zuzuwenden, zu denen auch Selbstmordattentate gehörten“⁶.

So berechtigt die Kritik an Arafat und dessen autoritärem Führungsstil auch sein mag, ein derart vernichtendes Urteil ist damit jedoch nur schwerlich zu rechtfertigen. Zum einen würde nolens volens die historische Bedeutung des von Arafat innerhalb der PLO durchgesetzten Paradigmenwechsels im palästinensischen Verhältnis gegenüber Israel nachträglich abgewertet und ihnen quasi die alleinige Hauptschuld am heutigen innerpalästinensischen Konfliktgeschehen angelastet. Zum anderen würde unterstellt, dass Hamas zum damaligen Zeitpunkt gleichfalls willens und fähig gewesen wäre, in einen politischen Verhandlungsprozess mit Israel über eine Zwei-Staaten-Lösung überhaupt einzutreten.

Hamas aber hatte damals nicht nur die Beschlüsse der 19. Nationalratstagung brüsk zurückgewiesen. Vor allem aber war für sie die Teilung des historischen Palästina ein völliges Tabu. Weder eine Zwei-Staaten-Lösung und ein Staat Palästina in den Grenzen von 1967 noch ein Verzicht auf den bewaffneten Kampf kamen zu jener Zeit für sie in Frage. In eben diesem Selbstverständnis hatte sie sich formiert – und beflügelt durch besagte Intifada – auch den emanzipatorischen Anspruch gestellt, ein Gegenpart zur säkularen Fatah und PLO zu sein und deren eingeschlagenen neuen Kurs zu durchkreuzen. Nämlich eine „Al-hall al-islami“ (Islamische Lösung) zu etablieren. Ihre am 18. August 1988 publizierte Charta, repetierte – von dem ausdrücklichen religiösen Anspruch einmal abgesehen – inhaltlich das, was die PLO 20 Jahre zuvor in ihrer Palästinensischen Nationalcharta fixiert hatte und von dem sie sich nunmehr bewusst abkehrte. So wird gemäß Artikel 11 der Hamas-Charta das historische Palästina als „islamisches Waqf-Land

5 Mohssen Massarat, Yassir Arafats größter Fehler, in: Freitag 23, vom 08.06.2007.

6 Ebenda.

(heiliges islamisches Land – K.K.) für die Generationen der Muslime bis zum Tag der Auferstehung“ angesehen, welches weder ganz noch in Teilen aufgegeben werden dürfe. Um der Usurpation Palästinas durch die Juden zu begegnen, müsse laut Artikel 15 das Banner des Jihad erhoben werden, und dieser sei individuelle Pflicht für jeden Muslim.⁷ (Übrigens analog zur Position der israelischen Talmud-Siedler, die ihrerseits von einer Verheißung des historischen Palästina durch Jahwe als Land für die Juden ausgehen.)

Was Arafat und PLO hingegen anzulasten wäre ist, sich in den Jahren nach Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen 1993 aus machtpolitischen Erwägungen heraus nicht mit Hamas um wenigstens einen Minimalkonsens und mithin eine weitere Stärkung eher pragmatisch ausgerichteter Hamas-Vertreter bemüht zu haben. Stattdessen, wurde mehr oder weniger nach der Art einer Salami-Taktik operiert, in deren Ergebnis, und hierin ist Massarat durchaus zuzustimmen, die Spaltung der Palästinenser nachhaltig institutionalisiert wurde. Und da Arafats Kalkül, durch vor allem verbesserte Lebensbindungen für die Palästinenser Hamas die Anhängerschaft zu entziehen, nicht funktionierte, trat genau das Gegenteil ein. Je mehr die anfängliche Euphorie unter den Palästinensern über eine mögliche politische Friedenssuche in Skepsis umschlug, desto größer wurde auch die Unzufriedenheit mit der eigenen Administration und die Aufmerksamkeit für alle jene politischen Kräfte, wie Hamas, die dem ganzen Oslo-Prozess seit eh und je kritisch gegenübergestanden hatten. Aber auch solche integren, parteipolitisch unabhängigen Persönlichkeiten, wie der inzwischen verstorbene Arzt und Menschenrechtssaktivist Abdel Haidar Shafi, die in den Monaten der ersten Intifada so prägenden gesellschaftlichen Einfluss ausübten, zogen sich Mitte der 1990er Jahre aus Protest gegen das undemokratische Machtgebaren und das Wirtschaften in die eigene Tasche bzw. die der eigenen Klientel zurück.

Erst als sich die Arafat-Administration, erschüttert durch gleich mehrere Korruptionsskandale, immer größeren Widerständen gegenüber sah, wuchs offenkundig deren Bereitschaft zu mehr Dialog, bis hin im Sommer 1998 zur völlig überraschenden Offerte an Hamas, sich an einer gemeinsamen Regierung zu beteiligen. Die allerdings auf deren strikte Ablehnung stieß. Wenn auch nur rein hypothetisch, so wäre dennoch interessant zu fragen, ob der nachfolgende Gang der Ereignisse innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung noch einen anderen, als den heute zu konstatierenden Verlauf genommen hätte, wenn damals eine solche Koalitionsregierung zustande gekommen wäre. Zumindest waren sich nicht wenige Beobachter schon zu jener Zeit darin einig, dass bei aller Widersprüchlichkeit und allen Bedenken, dennoch „eine möglichst breite Koalition, auch unter Einschluss von Hamas, am besten geeignet sei, um mit den innerpalästinensischen politischen Auseinandersetzungen fertig zu werden“⁴⁸.

7 Zitate aus der Hamas-Charta entsprechend der Übersetzung in: Helga Baumgarten, Hamas – Der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 207 ff.

Kontraproduktive Rolle westlicher Staaten

Die von der neokonservativ geprägten Bush-Administration postulierte islamistische Gefahr anstelle des mit dem Wegfall des Ostblocks obsolet gewordenen antikomunistischen Feindbildes ordnete Hamas undifferenziert dem Anti-Terror-Kampf unter. Damit also wurde diese nicht nur auf die „Achse des Bösen“ verdammt, auch jegliche noch so unverhältnismäßige militärische israelische Aktion gegen sie wird so stillschweigend abgesegnet.

In dem dadurch entstandenen Klima wird selbst schon das Bemühen eines Ex-US-Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers - einst für seinen Beitrag zum Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten hoch gelobt -, einen Dialog mit Hamas zu führen, als Verbrechen angesehen. Bis hin zu der Forderung aus republikanischen Abgeordnetenkreisen, ihm seinen Reisepass zu entziehen. Carter suchte sich mutig jenem kurzsichtigen Mainstream in den Weg zu stellen, wonach der Dialog mit einer verfeindeten Partei zugleich deren Ideologie und Politik legitimiere. Sein Handeln speist sich vielmehr aus der Überzeugung, dass es - solange die Hamas wie ebenfalls Syrien vom Verhandlungstisch verbannt würden - absolut keine Chance dafür gäbe, ein Friedensabkommen zwischen Israelis und Palästinensern herbeizuführen.

Besonders fatal für die nachfolgende Entwicklung auf der palästinensischen politischen Bühne wirkte sich zweifellos der Umstand aus, dass die unter Mitwirkung des saudischen Königs im Februar 2007 zustande gekommene Einheitsregierung von den westlichen Staaten unisono mit der israelischen Regierung, wie schon die Hamas-Regierung zuvor, gleichfalls als Verhandlungspartner negiert worden ist. Und dies, obwohl diese Einheitsregierung in ihrer Antrittserklärung eigentlich allen, von israelischer wie westlicher Seite als Vorbedingung genannten Forderungen nachgekommen war. Also sich zu den von der PLO unterzeichneten Abkommen, darunter auch den Osloer Vereinbarungen und der darin enthaltenen Anerkennung des Staates Israel zu bekennen. (Obwohl Israel diese Osloer Vereinbarungen erklärtermaßen für sich selbst inzwischen als obsolet betrachtet.) Der damit eingetretene Ansehensverlust der vom Westen beständig eingeforderten Werte von Demokratie und Menschenrechten ist immens und nur schwerlich reparabel.

Auch die International Crisis Group kommt in einem ihrer jüngsten Berichte zu dem Schluss, dass die Politik der Einschnürung des Gaza-Streifens und die Isolierung der Hamas nicht funktioniert hätten. Diese Politik sei nicht nur Bankrott, sondern die Gewalt nehme weiter zu und belaste beide Seiten. Das Ansehen von Präsident Mahmoud Abbas und anderer Pragmatiker sei weiter beschädigt wor-

8 Fritz Balke/Karin Kulow/Heinz-Dieter Winter, Nahost – Zwischen Oslo und heutiger Realität, Berlin 1999, S. 83.

den; während demgegenüber Hamas ihre Positionen seit deren voller Kontrolle über den Gaza-Streifen im Juni 2006 und den seit ihrem Wahlsieg gegen sie verhängten Sanktionen noch gefestigt habe. Ein neues Herangehen sei folglich dringend geboten, wenn die Gewalt beendet und ein lebensfähiger Friedensprozess ernstlich befördert werden solle.⁹

Hamas im Spannungsbogen zwischen ideologischen Mythen und politischer Realität

Neben ihrer fragwürdigen ideologischen Grundausrichtung und dem in ihrer Charta verankerten religiös motivierten Anspruch auf das ganze historische Palästina werden natürlich auch ihr bisheriges Selbstverständnis und die damit verbundene Militanz völlig zu recht kritisch beargwöhnt. Immerhin verstand sich Hamas gemäß ihrem Namen bislang dezidiert als eine Widerstandsorganisation mit einem allerdings hohen sozialen Anspruch auf Fürsorge für die Armen und Ärmsten der palästinensischen Gesellschaft. (Hamas ist die Abkürzung der arabischen Bezeichnung „Harakat al-muqawama al-islamiya“ – Bewegung des islamischen Widerstandes. Interessanterweise hat die Abkürzung im Arabischen auch eine Eigenbedeutung: „hamas“ heißt soviel wie Enthusiasmus oder Eifer.) Wesentliche Komponente dieses bisherigen Rollenverständnisses ist das Märtyrertum, symbolisiert in solchen Begriffen, wie: Jihad (heiliger Krieg), Mujahid (Kämpfer im Jihad), Schahid (Märtyrer) oder auch al-Ard al-Muqadassa (das Heilige Land – Palästina). Darauf basierend werden in ihrem Namen durch nichts zu rechtfertigende Selbstmordattentate verübt, deren Anzahl insbesondere im Zuge der zweiten Intifada spürbar zugenommen hat.

Andererseits hat Hamas – ohnehin in sozialer wie ideologischer Hinsicht teilweise äußerst heterogen – in den mittlerweile zwanzig Jahren ihrer Existenz, und darauf verweist zu recht Helga Baumgarten, eine gewisse Metamorphose durchgemacht. So werde beispielsweise deren 1988er Charta, die von verschiedenster Seite immer wieder als Beweis für die Friedensunfähigkeit von Hamas und auch für deren antisemitische Ausrichtung herangezogen werde, zumindest von bestimmten Hamas-Vertretern selbst als inzwischen weitgehend überholt betrachtet und befinde sich offenkundig bereits im Stadium ihrer Überarbeitung.¹⁰ Manch einer vermeint dabei offenbar, mit der Charta-Änderung eine Art Trumpfkarte in der Hand zu halten, auszuspielen erst dann, wenn sich bei Israel Signale erkennen ließen, den konfrontativen Kurs ihr gegenüber aufzugeben. Nicht zufällig wird in diesem Zusammenhang oft auch noch darauf verwiesen, dass die PLO zwar forderungsgemäß 1996 in aller Form ihre Charta geändert habe, dennoch aber kein-

9 Nicolas Pelham, Ruling Palestine I: Gaza under Hamas, vom 19. März 2008, unter www.crisisgroup.org.

10 Helga Baumgarten, Hamas, a.a.O., S. 188.

erlei positive Veränderungen in Richtung eines Palästina-Staates an der Seite Israels zu erkennen gewesen wären. Relevant bei der Bewertung von Hamas sei, gemäß Helga Baumgarten, weniger deren Charta als vielmehr deren praktische Politik. Durch die indessen zögen sich in den letzten Jahren, vor allem seit 2000, wie ein roter Faden folgende zwei Grundlinien: Zum einen, die wiederholt bekundete Bereitschaft, „einen Waffenstillstand einzugehen, um zu einer Verhandlungslösung zu kommen, zusammen mit der Aufforderung sowie dem Angebot an das israelische Militär und die israelische Politik, zumindest Zivilisten konsequent aus den bewaffneten Auseinandersetzungen herauszuhalten, falls ein voller Waffenstillstand nicht möglich sei“¹¹. Zum anderen, nach einer politischen Lösung des Konflikts mit Israel zu streben, die auf der Errichtung eines unabhängigen Palästina-Staates in den Grenzen von 1967 basiert; also mittlerweile wie auch Fatah und PLO, die Option einer Zwei-Staaten-Lösung akzeptiert.¹²

Nichtsdestoweniger sind israelischerseits geäußerte Besorgnisse über die Verlässlichkeit von Hamas gemachter Waffenstillstandszusagen nicht so einfach vom Tisch zu wischen. Hier ist viel Vertrauensbildung – allerdings von allen Seiten – notwendig. Solange, von welcher Gruppierung auch immer, Gedanken eines Anspruchs auf das gesamte historische Palästina laut werden, sähe sich Israel darin bestärkt – und jene auf der jeweils eigenen Seite, die analogen Zielstellungen anhängen, werden dies weidlich auszunutzen versuchen –, mangelnde Verlässlichkeit einzuklagen. Aber, wenn Frieden wirklich gewollt wird, so sollten sich alle dafür bietenden Möglichkeiten, einschließlich des seitens Hamas wiederholt unterbreiteten Angebots, einen auf längere Fristen ausgerichteten Waffenstillstand mit Israel zu vereinbaren, nicht immer wieder ausgeschlagen werden.

Für Fatah, als dezidiert säkularer Bewegung, ist das Verhältnis zu Hamas mehr als nur die Auseinandersetzung um die politische Macht und damit verbundene Pfründe, deren Bedeutung keineswegs bagatellisiert werden soll – aber wohl auch nicht allein als Fatah spezifisch zu brandmarken wären, wie dies teilweise geschieht. Sondern es geht für sie zugleich um die Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Verfasstheit des angestrebten Staates Palästina, ob als islamischer Staat auf der Basis der Scharia oder als ein säkular orientierter, in dem religiöse Traditionen und Riten – so wie innerhalb der PLO bislang praktiziert – mehr oder weniger Privatsache sind.

Im Interesse der Herbeiführung palästinensischer Eigenstaatlichkeit und des Zustandekommens einer mit Israel ausgehandelten friedlichen Koexistenz ist die Überwindung der gegenwärtigen Spaltung innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung dringend vonnöten, da sich ansonsten ihr ohnehin asymmetrisches Kräftegewicht im Verhältnis zu Israel noch weiter ausprägte. Von Relevanz in diesem Zusammenhang wäre nicht zuletzt, inwieweit der Klärungsprozess innerhalb

11 Ebenda, S. 189.

12 Ebenda.

Hamas darüber voranschreitet, sich der PLO ebenfalls als Mitglied anzuschließen. Eine Option, die deren Sprecher unmittelbar nach dem Wahlsieg von Hamas, bereits als relativ schnell zu realisierenden Akt in Aussicht gestellt hatte, vor dem sie aber offenkundig bislang doch noch zurückschreckt. Damit wäre zumindest ein geeigneter organisatorischer Rahmen für eine breitest mögliche politische palästinensische Repräsentanz geschaffen.

Solange Hamas nicht *expressis verbis* von den Grundsätzen ihrer Charta abrickt und sich uneingeschränkt zur Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 bekennt, das heißt der Errichtung eines unabhängigen Staates Palästina an der Seite Israels in gegenseitig und international anerkannten Grenzen, kann wohl schwerlich davon ausgegangen werden, dass es sich bei ihr um eine nationale Befreiungsbewegung handelt. Aber derartige Etiketten sind ohnehin nicht nötig, wenn damit die Einbeziehung in den Verhandlungsprozess und die Notwendigkeit des Verzichts auf israelische und westliche Boykottpolitik begründet werden sollen. Auch ist sie so oder so nicht, schon gar nicht in ihrem Selbstverständnis, ein Bestandteil linker Bewegung und mithin politischer Verbündeter für die Linke. Das schlosse sich prinzipiell schon dadurch aus, dass sie sich selbst keinesfalls als eine linke politische Kraft verortet. Nichtsdestoweniger kann aber die Linke im Interesse der Beförderung einer dauerhaften Beilegung des palästinensisch-israelischen Konflikts deren notwendige Mitwirkung daran nachdrücklich einfordern. Denn bliebe sie weiterhin davon ausgeschlossen, so wäre dies letztlich zum Schaden aller beteiligten Seiten und würde die Konfliktrichtigkeit in der gesamten nah- und mittelöstlichen Region noch weiter gefährlich erhöhen.

(April 2008)

Internationale Perspektiven für eine Friedensregelung?

1. Der Stand des Konflikts

Die völkerrechtliche Ausgangsbasis

Grundlage für eine Regelung des Nahostkonflikts können nach wie vor nur die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats (SR) von 1967 und die ihr folgenden einschlägigen Resolutionen sein. Jedoch enthält diese Resolution zwei Aspekte, die bisher kaum beachtet wurden: Zum einen – ein Unikat in der Geschichte der Vereinten Nationen (VN) – enthalten die englische und die französische Version Formulierungsunterschiede: Während die englische Version Israel zum Rückzug „aus besetzten Gebieten“ (*retreat from territories occupied*) auffordert, verlangt die französischsprachige Version präzise den Rückzug aus den besetzten Gebieten (*retrait des territoires occupés*). Es versteht sich, dass Israel sich immer wieder auf die englischsprachige Version der Resolution beruft, die jedoch insofern nicht tragfähig ist, als die Charta den Gebietserwerb durch bewaffnete Gewalt verbietet.

Der zweite Aspekt betrifft die bisher nirgendwo behandelte Tatsache, dass Resolution 242, indem sie Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten auffordert, den Staat Israel in den Grenzen anerkennt, die Israel durch den arabisch-israelischen Krieg (Mai 1948 – Febr. 1949) erreichte. Das einzige bis dahin gültige völkerrechtliche Dokument, der Teilungsplan der UN-Generalversammlung vom 29. November 1947 ist damit Makulatur: Israel besitzt nunmehr, völkerrechtlich verbrieft, nicht jene im Teilungsplan vorgesehen 56,5 Prozent, sondern 78 Prozent des früheren britischen Mandatsgebiets Palästina.

Zum Hintergrundverständnis des Konflikts gehört auch, dass kein Mitglied der VN von Vollversammlung und Sicherheitsrat so oft wegen Verstößen gegen das Völkerrecht verurteilt wurde wie Israel, dass jedoch diese Verurteilungen niemals mit Sanktionen bewehrt wurden.

Der erste Versuch zu Verhandlungslösungen auf bilateraler Ebene

Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, die verschiedene palästinensische Gruppen repräsentierte, hatte in den 70er und 80er Jahren immer wieder durch zahlreiche, teils spektakuläre Terroranschläge versucht, Druck auf Israel und die Weltöffentlichkeit zur Lösung des Palästina-Problems auszuüben. Mit dem Ende der Bipolarität verlor die PLO ihre relative Unterstützung durch die Sowjetunion. In der kurzen Phase der Annäherung zwischen den USA und der sich

auflösenden Sowjetunion und unter deren Schirmherrschaft begann auf Druck dieser beiden Mächte in Madrid am 30. Oktober 1991 erstmals eine Konferenz, an der beide Parteien teilnahmen.¹

Zwar blieb diese Konferenz zunächst ohne Ergebnis, jedoch mündete sie unter norwegischer Vermittlung in Geheimverhandlungen, die schließlich im August 1993 zu einer Vereinbarung führten, die ihren Niederschlag in einer *Declaration of Principles* (DOP) fand: Die PLO anerkannte den Staat Israel in den Grenzen von 1967, Israel anerkannte die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Auf die komplexen Details einer teilweisen palästinensischen Selbstverwaltung und deren Abstufung in verschiedenen Zonen soll hier nicht eingegangen werden. Entscheidend ist, dass Oslo Ausdruck der Asymmetrie der Verhandlungspartner war: Der Anerkennung des Staates Israel entsprach nicht die Anerkennung eines palästinensischen Staates in definierten Grenzen und ausgestattet mit Souveränitätsattributen. Ausgeblendet blieben ferner die Flüchtlingsfrage und der zukünftige Status von Jerusalem.

In der Folge von Oslo trieb Israel seine Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten massiv voran, die Erringung von Handlungskompetenz seitens der palästinensischen Behörden wurde sowohl durch Israel behindert wie auch durch Kompetenzstreitigkeit unter den Gruppierungen und Fraktionen der PLO erschwert.

2. Jüngste Lösungsvorschläge

Die „Roadmap“²

Auf Details weiterer von den USA initiiertter Verhandlungsrunden soll hier (Wye River 1998, Camp David 2000) ebenfalls nicht eingegangen werden, da sie keine entscheidenden Fortschritte in der Lösung des Konflikts brachten. Als entscheidender Durchbruch wurde international die Vereinbarung der „Straßenkarte für den Frieden“ vom Mai 2003 gefeiert, „*A performance-based road map to a permanent two-State solution to the Israeli-Palestinian conflict*“. Dieses Dokument erhielt die Weihen der UN-Sicherheitsratsresolution 1515, der damit zugleich seine Alleinverantwortung für die Lösung des Konflikts aufgab und diese an die vier Mitglieder eines Quartetts übergab, die den Fortschritt des in der „Straßenkarte“ festgeschriebenen Prozesses begleiten und überwachen sollten. Diese Mitglieder sind: Die UN, die USA, Russland und die EU.

In der **Phase I**, über die das Projekt nie hinausgekommen ist, sollte erreicht werden:

1 Ausführlich: Johannsen, Margret: Der Nahostkonflikt. VS-Verlag Wiesbaden 2007.

2 http://www.un.org/news/dh/mideast/quartet_communique.htm

Deutsche Übersetzung s. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/fahrplan-deutsch.html>

- Die **palästinensische Führung** wiederholt in einer unzweideutigen Erklärung Israels Existenzrecht in Frieden und Sicherheit zu leben und erklärt einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand. Die Palästinenser erklären unzweideutig ein Ende von Gewalt und Terrorismus und unternehmen sichtbare Anstrengungen, um Individuen und Gruppen, die Angriffe auf Israelis wo auch immer durchführen oder planen, zu verhaften, zu zerschlagen oder zu verhindern.

- Die **israelische Regierung** unternimmt keine Aktionen, die das Vertrauen untergraben, einschließlich Deportationen, Angriffe auf Zivilisten, Beschlagnahme oder Zerstörung palästinensischer Häuser und palästinensischen Eigentums. Israel zieht sich von palästinensischem Gebiet zurück und baut die dortigen „illegalen“ Siedlungen ab, die nach März 2001 errichtet wurden³ und verzichtet auf weiteren Siedlungsbau. Israel „lockert“ die der Bevölkerung in den besetzten Gebieten auferlegten Zwangsmaßnahmen.

- **Festzustellen ist**, dass fünf Jahre danach keiner dieser Punkte erfüllt wurde, vor allem aber, dass Israel seit Verabschiedung der „Roadmap“ den Siedlungs- und vor allem den Mauerbau in bis dato nicht bekannter Weise vorangetrieben hat.

In **Phase II** soll ein palästinensischer Staat „mit vorläufigen Grenzen und Souveränitätsattributen“ geschaffen werden.

Erst in **Phase III**, zwei Jahre später und nach der „Festigung von Reformen und Stabilisierung palästinensischer Institutionen und nachhaltiger und effizienter palästinensischer Leistungen im Bereich der Sicherheit“ sollen „israelisch-palästinensische Verhandlungen mit dem Ziel eines dauerhaften Vertragswerkes“ geführt werden. Erst dann soll eine endgültige und dauerhafte Lösung erarbeitet werden, die auch einschließt: Die Grenzfrage, (den Status von) Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen. Dies alles soll dann zu einer umfassenden Lösung (der Probleme) zwischen Israel und Libanon sowie Israel und Syrien führen.

Das heißt, alle wichtigen Fragen werden in Phase III verlagert und sollen dort von den beiden Konfliktparteien gelöst werden: Die Asymmetrie des Konflikts stellt somit schon im Vorhinein sicher, wer Gewinner und wer Verlierer sein wird. Dies belegen auch die äußerst vagen und unpräzisen Formulierungen betreffend die in der Schlussphase zu erreichenden Ziele:

„Die Parteien schließen einen endgültigen und umfassenden Vertrag, der den israelisch-palästinensischen Konflikt im Jahre 2005 beendet durch eine Vereinbarung, die zwischen den Parteien ausgehandelt wird und die auf den Resolutionen 242, 338 und 1397 des UN-Sicherheitsrates fußt, die die Besatzung ... beendet und eine vereinbarte, gerechte, faire und realistische Lösung des Flüchtlingsproblems einschließt, und eine ausgehandelte Lösung des Status von Jeru-

3 Diese Bestimmung ist grotesk und stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar: Sämtliche Siedlungen in den besetzten Gebieten sind völkerrechtswidrig und illegal. Ihre „Legalisierung“ ist ein schwerer Eingriff in die Souveränität des werden sollenden palästinensischen Staates, sie befördert zugleich die Zerstückelung des palästinensischen Gebiets und beschädigt damit die Lebensfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staates.

saalem, das den politischen und religiösen Anliegen beider Seiten Rechnung trägt.“

Daraus ist zu folgern:

- Das Völkerrecht und insbesondere die Resolutionen 242ff werden hier nicht mehr zur Grundlage einer Lösung gemacht, sondern sie werden selbst zum Verhandlungsgegenstand. Der SR ist mit der Frage nicht mehr befasst, er hat sie an das Quartett übertragen.
- Sanktionen im Falle gröblicher Verletzungen der einschlägigen Resolutionen der Sicherheitsrats wie auch der „Straßenkarte“ durch eine oder beide Parteien sind nicht vorgesehen.

Die Genfer Initiative⁴

Dieser Plan für eine Lösung des Konflikts wurde von israelischen und palästinensischen Politikern (Yossi Beilin, ehemaliger Justizminister, Abed Rabbo, vormals Informationsminister, derzeit Generalsekretär des Exekutiv-Komitees der PLO) gemeinsam ausgearbeitet. Auch in der Genfer Initiative artikuliert sich die Asymmetrie der beiden Parteien, mussten die Palästinenser doch erhebliche Zugeständnisse machen. Dennoch stellt sie einen verhandelten und weiter verhandelbaren Vertragsentwurf dar, der von repräsentativen Personen beider Seiten erarbeitet wurde. Dieser Vertragsentwurf regelt vor allem die Binnenverhältnisse zwischen einem israelischen und palästinensischen Staat. Er steht in diametralem Gegensatz zur international vereinbarten Roadmap und geht von folgenden Prämissen aus:

- Beide Seiten anerkennen das Recht auf Staatlichkeit beider Völker.
- Beide Seiten verpflichten sich auf die Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen.
- Israel zieht sich auf die Grenzen von 1967 zurück, die Siedler werden zurückgeführt. Grenzkorrekturen bleiben in beiderseitigem Einverständnis möglich.
- Zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen wird ein ständiger Korridor geöffnet.
- Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten.
- Für die palästinensischen Flüchtlinge von 1947/48 soll eine gerechte Regelung gefunden werden.
- Die palästinensische Seite akzeptiert die militärische Überlegenheit Israels und insbesondere die Kontrolle des palästinensischen Luftraums durch Israel.

Der Plan enthält durchaus noch Ungenauigkeiten und nicht bis ins Detail ausgearbeitete Probleme, wie insbesondere die unpräzise Regelung der Flüchtlingsfrage oder auch die Frage des Zugangs zu Wasser, die (noch) nicht einvernehmlich geklärt werden konnte. Dennoch ist er um Vieles konkreter als die „Ro-

⁴ Dieser Entwurf eines Abkommens wurde unterzeichnet am 1. Dez. 2003 in Genf.
http://www.genfer-initiative.de/genfer_initiative_deutsch.html

admap“, vor allem weil er die Territorialität des palästinensischen Staates an erste Stelle rückt und diese unzweideutig definiert. Der Plan wurde den internationalen Instanzen – insbesondere der EU – präsentiert der damalige deutsche Außenminister Fischer empfing feierlich die Delegation der Unterhändler – die EU beerdigte den Plan unfeierlich.

Der saudische Friedensplan⁵

Dieser von Kronprinz Abdallah vorgelegt Plan wurde von der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga am 28. März 2002 beschlossen. Er fordert von Israel:

- Den vollen Rückzug von sämtlichen Gebieten, die seit 1967 besetzt wurden, auf die Grenzen des 4. Juni 1967, einschließlich der syrischen Golan-Höhen und der noch besetzten Gebiete im Süden Libanons.
- Eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems im Einklang mit der Resolution 194 der UN-Generalversammlung (vom 11. Dezember 1948).⁶
- Die Akzeptanz der Schaffung eines souveränen, unabhängigen palästinensischen Staates auf den palästinensischen Gebieten, die seit dem 4. Juni 1967 in der Westbank und im Gazastreifen besetzt wurden, mit Jerusalem als Hauptstadt.

Dafür bieten die arabischen Staaten an:

- Den arabisch-israelischen Konflikt für beendet zu betrachten, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen und Sicherheit für alle Staaten der Region zu schaffen.
- Normale Beziehungen mit Israel aufzunehmen im Rahmen dieses umfassenden Friedensplans.

Während die Genfer Initiative teilweise bis ins Detail die Bedingungen für die Existenz eines palästinensischen Staates und für die Beziehungen mit Israel regelte, lag der Schwerpunkt des von der Arabischen Liga übernommenen saudischen Friedensplanes stärker auf den internationalen Beziehungen und einer Lösung, die auf ein regionales System der kollektiven Sicherheit abzielt. Beide Pläne ergänzen sich und sind miteinander kompatibel. Für beide ist die territoriale Definition und Anerkennung eines palästinensischen Staates Ausgangspunkt und nicht vages Endprodukt einer Schlussphase von langen Verhandlungen, wie sie die Roadmap vorsieht. Neu ist am arabischen Friedensplan auch die Forderung nach „einer gerechten Lösung“ des Flüchtlingsproblems, die hier Verhandlungsbereitschaft signalisiert und ebenfalls in die Nähe des Lösungsvorschlags der Genfer Initiative rückt. Trotz ihres konstruktiven Realismus haben beide Pläne in den internationalen Auseinandersetzungen um die Lösung des Konflikts keine Rolle gespielt.

5 <http://www.al-bab.com/arab/docs/league/peace02.htm>.

6 Diese Resolution wird seither jährlich von der Generalversammlung der VN bekräftigt. Israel hat sie am 11. Mai 1949 ausdrücklich anerkannt. Diese Anerkennung war Vorbedingung für die Aufnahme Israels in die VN.

3. Annapolis: Was sind die Ergebnisse?

Ende November 2007 fand im US-amerikanischen Annapolis eine Konferenz statt, zu der Präsident Bush den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, eingeladen hatte. In der dort getroffenen Vereinbarung⁷ heißt es:

„Zur Förderung des Ziels zweier Staaten, Israel und Palästina, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, vereinbaren wir, sofort bilaterale Verhandlungen ... zu beginnen, um einen Friedensvertrag zu schließen, der alle offenen Fragen löst ...

Wir vereinbaren energische, fortlaufende und beständige Verhandlungen und werden alle Anstrengungen unternehmen, eine Übereinkunft vor Ende 2008 zu erreichen ...

Präsident Abbas und Ministerpräsident Olmert werden sich weiterhin alle zwei Wochen treffen, um die Verhandlungen zu verfolgen ... Die Parteien verpflichten sich, umgehend ihren jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen der Roadmap ... nachzukommen ... und vereinbaren unter der Führung der Vereinigten Staaten einen amerikanischen, palästinensischen und israelischen Mechanismus, um die Verwirklichung der Roadmap zu überprüfen. ...

Die Vereinigten Staaten werden die Erfüllung der Verpflichtungen der Roadmap überwachen und beurteilen. Soweit nicht anders von den Parteien vereinbart, wird die Verwirklichung eines künftigen Friedensvertrages von der Verwirklichung des Fahrplans abhängen, gemäß der Beurteilung durch die Vereinigten Staaten.“

Dieses Ergebnis erscheint nicht nur mager, weil es sich ausschließlich auf die Roadmap bezieht, die ihre Untauglichkeit unter Beweis gestellt hat, sollte sie doch bereits bis 2005 zu einer Friedenslösung führen, ist aber bis heute nicht über ihre erste Phase hinausgekommen. Die Vorschläge der Genfer Initiative und der arabischen Friedensplan wurden nicht in die Verhandlungen eingebracht, sie schienen noch nicht einmal einer Erwähnung wert. Jenseits dieser Feststellung erscheinen vor allem die folgenden Punkte erwähnenswert:

- Nicht mehr die UN, nicht mehr das Quartett, sondern die USA allein „führen“ den Verhandlungsprozess. Entscheidend scheint in diesem Zusammenhang der Satz: „die Verwirklichung eines künftigen Friedensvertrages (wird) abhängen von der Verwirklichung des Fahrplans gemäß der Beurteilung durch die Vereinigten Staaten.“ Einziges konkretes Ergebnis von Annapolis ist die definitive Ausschaltung der VN und der beiden anderen Partner des Quartetts, die diese offensichtlich stillschweigend akzeptiert haben.

⁷ <http://www.al-bab.com/arab/docs/league/peace02.htm> Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Nov. 2007.

• Die übrigen Ergebnisse aber, sofern dieser Begriff überhaupt verwendet werden kann, sind entweder folgenlos oder in ihrer Perspektive katastrophal:

o George W. Bush ist ein scheidender Präsident, er besitzt keine Durchsetzungskraft mehr. Sein großes außenpolitisches Projekt des *Greater Middle East* und des *Democratizing the Middle East* ist definitiv gescheitert. Statt dessen haben sich die USA im selbst organisierten Sumpf der Kriege in Irak und Afghanistan verfangen und sind dabei, über die Beschwörung des internationalen Terrorismus ihr großes Projekt Africom, das die Kontrolle der afrikanischen Ölressourcen zum Ziele hat, zu verlieren, da noch nicht einmal einer ihrer Klienten-Staaten in Afrika bereit ist, den Sitz dieses Oberkommandos zu akzeptieren. Innenpolitisch ist es mehr als zweifelhaft, dass es Bush gelingen könnte, gegenüber der sieben Jahre lang gehätschelten pro-israelischen Lobby einen Frieden durchzusetzen, der diesen Namen verdient.

o Ehud Olmert ist von Korruptionsaffären gebeutelt, seine Regierung abhängig von den rechten Parteien, die die Siedler unterstützen. Selbst wenn er den Palästinensern wie auch immer geartete Zugeständnisse machen wollte, riskiert er seine Regierungsmehrheit.⁸ Die Fähigkeit, politische Entscheidungen gegen die Rechte durchzusetzen, fehlt also auch hier.

o Mahmud Abbas, ein gewählter Präsident, der seine Mehrheit im Volk verloren hat, verzichtet um seines von den USA gestützten Machterhalts willen auf das letzte Faustpfand der Palästinenser: Die UN-Resolutionen, die noch immer die Grundlage der minimalen Einigkeit des palästinensischen Volkes sind. Er hat sich in Annapolis endgültig zum Quisling gemacht und die Hamas gestärkt, die nunmehr als einzige Massenbewegung die nationalistischen Forderungen der Palästinenser vertritt.

Anfang Januar 2008 besuchte Bush die Region mit dem erklärten Anspruch, seinem Plan Nachdruck zu verschaffen. Politisch hatte sich bis dahin nichts geändert: Israel trieb – entgegen den Bestimmungen der Roadmap für Phase I – seine Siedlungspolitik weiter voran ebenso wie die „gezielten Tötungen“ in den besetzten Gebieten. Lt. *Palestine Monitor* haben seit der Annapolis-Konferenz am 28. November die israelischen Überfälle um 220 Prozent zugenommen, 178 Palästinenser sind getötet worden, einschließlich drei Kinder, und 617 Menschen wurden verletzt. All dies ist geschehen, ohne dass die Internationale Gemeinschaft ein einziges Mal protestiert hat.⁹ Mahmud Abbas ging brav zu den – substanz- und ergebnislosen – vierzehntäglichen Treffen mit Olmert. Hamas beschloß vom Gaza-Streifen aus weiter Ziele im Süden Israels. Die mehrfachen und immer noch aktuellen Angebote der Hamas für einen umfassenden Waffenstillstand¹⁰ wurden weiter ignoriert.

8 Diese Diagnose hat sich mittlerweile durch den Auszug Avigdor Liebermanns und seiner Partei „Israel Beitenu“ sowie durch die ultimativen Forderungen der Schas-Partei bestätigt.

9 Louisa Morgantini: Israels kollektive Bestrafungen. In: *Liberazione*, 19. Februar 2008.

10 <http://www.commondreams.org/views06/1104-26.htm>.

In Israel erklärte Bush, dass die Allianz mit den USA Israels „Sicherheit als jüdischer Staat garantiert“¹¹, wohl ohne zu wissen, was sich hinter diesem komplexen Begriff verbirgt: Meinte er einen religiösen Staat, mit dem sich viele Israelis nicht identifizieren können? Oder einen jüdisch-ethnischen Staat, der 20% seiner palästinensischen Staatsbürger ausschließt? In Ramallah sagte Bush, dass ein palästinensischer Staat nicht „durchlöchert wie ein Schweizer Käse“ sein dürfe. Die Lösung der Quadraturen gleich mehrerer Kreise musste das Geheimnis eines Präsidenten bleiben, der von der Komplexität der Gesellschaften des Nahen Ostens und der dortigen Konflikte wohl wenig Ahnung hat.

Vielleicht aber lag der tiefere Sinn der Reise auf einer ganz anderen Ebene: sicher sollten die zunehmend ihre Legitimität verlierenden Partner Olmert und Abbas aufgewertet werden. Dies mag zumindest für den letzteren bezweifelt werden. Möglicherweise standen auch ganz andere Ziele im Vordergrund, die mit Palästina wenig zu tun haben: Israels Präsident Shimon Perez fordert Bush auf, „die Verrücktheit des Iran zu stoppen“, und warnte den Iran, „unsere Entschlossenheit zur Selbstverteidigung nicht zu unterschätzen.“¹² Diese Interpretation liegt nahe, wenn man die übrigen Reiseziele des Präsidenten betrachtet: Die Golfstaaten und Saudi-Arabien, wo er mehrfach seine Drohungen gegen den Iran wiederholte. Die arabischen Gastgeber hielten sich jedoch diskret zurück. So erscheint Israel abermals als Ausgangs-punkt für einen möglichen Militärschlag gegen Iran.

Das Ergebnis der Reise kann nur als kontraproduktiv gewertet werden – für einen möglichen Frieden zwischen Israel und Palästina wie für die Stabilität in der Region: Antizionismus, Anti-Amerikanismus und anti-westliche Stimmungen verschmelzen immer mehr. Die Islamisten, allen voran die Hamas, die viel mehr eine palästinensisch-nationalistische denn eine fundamentalistische Bewegung ist, gewinnen Legitimität und die radikalen Kräfte in diesen Bewegungen werden gestärkt – bis hin zu extrem militanten Kräften wie al qa’eda. Zugleich untergräbt die konfrontative Politik der USA die ohnehin prekäre Legitimität der repressiven und mit den USA liierten arabischen Regime. Kurz: Die Instabilität der Region wird verstärkt.

4. Gibt es Voraussetzungen für einen Frieden?

Es dürfte kaum einen Konflikt geben, in dem die Bedingungen für einen Frieden klarer, deutlicher erkennbar, in vielen Bereichen bereits ausgehandelt und seitens des schwächeren Partners akzeptiert sind: Die Palästinenser geben sich mit der Westbank und dem Gaza-Streifen, also den Gebieten, die im 67er Krieg besetzt wurden, als Staatsgebiet für ihren zukünftigen Staat zufrieden. Das sind 22 Pro-

¹¹ http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7178195.stm

¹² Ebenda..

zent des britischen Mandatsgebiets Palästina. Dank Siedlungs- und Mauerbau verbleibt davon inzwischen gerade noch die Hälfte, und diese ist zerstückelt in winzige Parzellen, die dank des Baus von nur für Israelis befahrbaren Straßen weder ökonomisch noch sozial miteinander kommunizieren können. Es ist offenbar nach wie vor die zionistische Ideologie der Landnahme,¹³ das Bewusstsein der militärischen und politischen Überlegenheit, die die israelische Regierung unter dem massiven Druck der Rechten dazu bringt, weiterhin auf Konfrontation zu setzen. Die einstige Oslo-Formel „land for peace“ scheint der Formel „peace without land“ gewichen zu sein. Doch ohne Territorium, ohne Wasser, ohne Freizügigkeit, ohne eine eigene Ökonomie ist ein lebensfähiger Staat Palästina nicht denkbar.

Und es gibt hinreichende, präzise und konstruktive Friedenspläne, die wesentlich besser ausgearbeitet sind als die Roadmap, wie insbesondere die Genfer Initiative und den Saudischen Friedensplan. Warum, wenn Frieden gewollt und die Sicherheit Israels auf Dauer garantiert werden soll, werden sie nicht genutzt? Verantwortlich hierfür scheint mir in erster Linie die Politik Israels, die noch immer das zionistische Ziel der Landnahme verfolgt und die ohne die schier bedingungslose, politische wie vor allem auch finanzielle Unterstützung der USA, aber auch durch das Wegsehen der EU nicht möglich wäre.

- Unter dem Dach der Roadmap und dem Schutz der USA kann die israelische Rechte das zionistische Projekt der Landnahme weiter vorantreiben. Dies hat zur Folge die Verhinderung eines palästinensischen Staates, der diesen Namen verdient, und damit das Fortbestehen der Instabilität im Nahen und Mittleren Osten. Nicht auszuschließen ist, dass innerhalb der israelischen Führung eine Art pathologischer Lernprozess dazu führt, Sicherheit nur militärisch und repressiv zu denken und die daraus resultierende Bedrohung zu territorialer Ausdehnung und militärischer Aufrüstung zu nutzen.

- Die USA (und in der Tendenz die EU) scheinen gegenüber Israel eine Toleranz an den Tag zu legen, die jede rationale, auf Ausgleich und Versöhnung angelegte Politik in der Region blockiert.

- Dem realen Sicherheitsinteresse Israels als eines Staates in der Region, der mit seinen Nachbarn einen Ausgleich finden muss, ist hiermit nicht gedient: Die Wahrnehmung wechselseitiger Bedrohung und daraus resultierende Rüstungswettläufe füllen zwar die Kassen der Rüstungsexporteure, tragen aber nicht zur Sicherheit der Staaten in der Region bei.

- Die gegenwärtige Politik der USA – und in ihrem Gefolge die der EU – läuft darauf hinaus, allenfalls eine symbolische Form von Staatlichkeit für die Palästinenser zu schaffen, die ausgestattet sein wird mit einer Flagge und einem Staatspräsidenten. Palästina selbst wird weiterhin abhängig sein von den internationalen

13 Dies wird beispielsweise illustriert durch die Tatsache, dass zwischen 2000 und 2007 von 1.624 palästinensischen Baugenehmigungen (in den palästinensischen Gebieten!) nur 91 genehmigt wurden. Zahlreiche „illegale“ Bauten, darunter eine Schule, wurden abgerissen. Im gleichen Zeitraum wurden in den besetzten Gebieten 18.372 Häuser und Wohnungen für israelische Juden gebaut. (S. Der Standard, 22. Februar. 2008.

Almosen, die für eine prekäre Grundsicherung der Mindestbedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung notwendig sind. Damit besitzt die „internationale Gemeinschaft“, wie der Westen sich nennt, wenn er sich nicht auf die Legitimität der VN berufen kann, weiterhin jenes Erpressungsinstrument, das sie schon seit Jahren wirkungsvoll einzusetzen versucht.

- Palästina selbst aber wird so ein von eben dieser „internationalen Gemeinschaft“ organisierter *failed state* sein, also ein Gebilde, das in der Diktion der westlichen Außenpolitik gemeinhin als Brutstätte des Terrorismus bezeichnet wird. Und in der Tat: Die institutionalisierte strukturelle Gewalt, die Resultat der andauernden Besatzung ist, birgt in sich die permanente Gefahr des Umschlags in offene widerständige Gewalt, der dann das Etikett „Terrorismus“ aufgeklebt werden kann.

5. Rolle und Verantwortung der EU

Die EU geriert sich weltweit als Verteidigerin der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Insbesondere zu Zeiten des deutschen Außenministers Josef Fischer plädierte sie für Multilateralismus und ein Verhältnis „auf gleicher Augenhöhe“ mit den USA. Im Nahostkonflikt jedoch degradierte sie sich zur reinen Helfer- und Aufbau-Organisation, die noch nicht einmal eine verbale Protestnote artikulierte, wenn ihre millionenschweren Infrastrukturprojekte von den israelischen Streitkräften vernichtet wurden. Schlimmer noch sind ihre Unterlassungen auf politisch-diplomatischer Ebene:

- Die EU hat nicht gegen die Einrichtung des „Quartetts“ der Roadmap protestiert und den verbindlichen Charakter der UN-Resolutionen nicht hoch gehalten. Statt dessen hat sie sich eitel in den Reigen der „Großen Mächte“ einbinden lassen – möglicherweise in der Hoffnung, eigene Interessen in der Region besser vertreten zu können.

- Die EU hätte zusammen mit den VN und Russland innerhalb des Quartetts ein Eigengewicht entwickeln können, welches – auf der Basis des Völkerrechts – eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts hätte ermöglichen können.

- Eine Unterstützung der Genfer Initiative und des arabischen Friedensplans hätte ihren öffentlich deklamierten Prinzipien entsprochen und ihr Gewicht in der Region erhöht.

- Die Ernennung des Tony Blair zu ihrem Beauftragten kann in der arabischen Welt nur als Provokation verstanden werden: Großbritannien ist Hauptverantwortlicher des Problems, hat es doch zeitgleich (1916/17) den Haschemiten ein geeignetes Königreich versprochen für ihren Aufstand gegen die osmanische Herrschaft, die Balfour-Deklaration zur Errichtung einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina als Gegenleistung für die Unterstützung der zionistischen Organisationen im Krieg gegen das Deutsche Reich abgegeben und schließlich das Sykes-Picot-Abkommen geschlossen, das die koloniale Aufteilung der Region zwischen

Großbritannien und Frankreich vorsah. Tony Blair, neben dem aktuellen US-Präsidenten Hauptbetreiber des völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak, ist eine der bestgehassten Personen in der arabischen Welt.

- In Annapolis hat sich die EU – sprachlos – von den USA aus dem Prozess der Roadmap verabschieden lassen und somit auf jede eigene Gestaltungsmöglichkeit des weiteren Konflikt- und Verhandlungsverlaufs verzichtet.

- Für das voraussehbare Scheitern des weiteren Verlaufs solcher Art von „Friedensstiftung“ trägt sie schwere Verantwortung.

6. Perspektiven für eine linke – das heißt: friedensorientierte – Politik

- Diese muss sich streng an den Regeln des Völkerrechts orientieren. D. h. völkerrechtliche Prinzipien und vor allem die Resolutionen der VN und vor allem ihres Sicherheitsrats müssen Grundlage für eine gerechte Lösung des Konflikts bleiben. Ein zwingend notwendiger palästinensischer Staat kann nicht existieren ohne Territorium, Souveränitätsrechte, eine legitime Hauptstadt und eine lebensfähige Ökonomie. Die Errichtung eines Schein-Staates wird den Konflikt nicht lösen sondern verschlimmern.

- Die vorliegenden, konstruktiven Lösungsvorschläge, insbesondere die Genfer Initiative und der arabische Friedensplan, verdienen Unterstützung, da sie weitreichende Konzessionen darstellen und alleine gewährleisten, dass die Sicherheit – gerade auch Israels – dauerhaft gewährleistet werden kann. Zugleich sind in ihnen wichtige Voraussetzungen enthalten, die auf beiden Seiten bereits einmal – vor der Regierungszeit Sharons – mehrheitsfähig waren.

- Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts kann nur erfolgen im Rahmen einer Gesamtlösung des Nahostkonflikts, zu der – im Einklang mit den Resolutionen der VN! – auch die Lösung des Konflikts mit Libanon und vor allem mit Syrien gehören.

- Schließlich muss eine Lösung eingebettet werden in ein Konzept, das die gesamte Region betrifft: Statt die Region (und vor allem Israel) als Ausgangsbasis US-amerikanischer Bedrohungs- und Angriffsszenarien wie beispielsweise derzeit gegen den Iran zu nutzen, muss eine regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit errichtet werden, die vertrauensbildende Maßnahmen zum Ziel haben muss wie insbesondere Rüstungskontrolle, Abrüstung, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation. Dies könnte in der gegenwärtigen Situation vorrangige Aufgabe der EU sein, die das größte Interesse haben müsste, durch einen gerechten Frieden und die Stabilisierung der Region der Latenz der Gewalt ein Ende zu setzen.

- Annapolis, die gescheiterte Roadmap und die exklusive Führung des Friedensprozesses durch die USA scheinen mir nicht nur nicht zielführend, sondern für eine gerechte und auf beiden Seiten akzeptable Lösung kontraproduktiv.

Das System „Antiterrorstrategie“, Deutschland und der islamische Nachbarraum

Neue Konflikte mit dem Nahen und Mittleren Osten

Der arabische Raum, Iran und Afghanistan wurden nach dem 11. September 2001 zum ersten großen Ziel- und Vollzugsraum eines Neuorientierungsprozesses im westlichen Bündnis, von dem man heute schlußfolgern kann, dass er zu einer grundlegenden Umorientierung der internationalen Sicherheitspolitik der Transatlantischen Allianz im Sinne globaler Interventionsbereitschaft und -fähigkeit wurde. Ihm diente als äußerlicher „Aufhänger“ die Antiterrorstrategie.

Heute, sieben Jahre nach jenem 11. September, befindet sie sich in einem derart instabilen Zustand, dass die Frage berechtigt ist, ob sich Europa vor seiner Haustür eine neue Konfliktsituation schafft. Sie könnte gefährlicher werden, als der israelisch-palästinensische Konflikt. Mit diesem konnten Europa, ja sogar die Region selbst über nahezu sechzig Jahre leben. So gefährlich er stets war und ist und so sehr er schnellstmöglicher Beendigung bedarf, so hat er doch Europas Sicherheit nicht wirklich gefährdet. Nunmehr könnte sich das mit den neuen Konflikten und Zuspitzungen sowie der tiefen anti-westlichen Stimmung in der Region ändern.

Die Lage ist heute schlechter, als vor dem 11. September 2001. Quantitativ, weil die Anzahl der Konfliktherde gewachsen ist. Qualitativ, weil deren Konflikthalte schwieriger und explosiver geworden sind. Geographisch, weil sich die Zone der Konflikte nach Iran, Afghanistan und Pakistan ausgeweitet hat, somit auch Süd-Asien zu erfassen beginnt.

Die neue Qualität macht auch aus, dass praktisch alle Konfliktherde mit westlicher Einmischung verbunden sind. Einige sind das Ergebnis direkter Aggression oder Kriege, andere der Manipulation interner Konfliktkonstellationen zugunsten westlicher Interessen:

- In Irak ist, neben einer Million Gewalttoter und Verwundeter, die innere Stabilität auf lange Sicht untergraben. Mit unvorhersehbaren Folgen für die gesamte Region, bis hin zur Gefahr des Staatszerfalls, von Millionen Flüchtlingen und möglicherweise der Zuspitzung regionaler Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten.
- Das Verhältnis mit den Herrschaftsträgern des Iran befindet sich in einer ersten Krise. Der hauptsächliche Grund liegt in der von der Bush-Administration betriebenen Politik des „Regime Change“, die auch einige EU-Staaten tolerieren. Für Iran ist der Westen „Feind“ geworden. Der Streit um die Atomanreicherung kann als Ausfluss dieser Konstellation gelten.

- Auch in Syrien und Libanon trachtet der Westen, insbesondere die USA und Frankreich danach, die Machtkonstellationen zu seinen Gunsten zu verändern. Das „System Assad“ setzen sie unter Druck: Entweder es orientiert sich zu seinen Gunsten um und kündigt seine strategische Allianz mit Iran auf, oder ihm droht Isolierung von der Regelung des Nahostkonflikts, konkret in der Gholanfrage. Im Libanon betrachtet der Westen die Hizbollah als seinen und Israels Feind und unterstützt deren Gegner. Auf diese Weise wird in beiden Staaten die ohnehin latente Spaltung von Gesellschaften und politischen Akteuren mit dem Risiko des Destabilisierens der letzten beiden säkularen Staaten im arabischen Osten vorangetrieben.

- Der israelisch-palästinensische Konflikt bleibt trotz oder vielleicht wegen der von Bush initiierten Konferenz von Annapolis weit von einer Regelung entfernt. Die Bush-Administration schuf für sich in Annapolis ein Einflussmonopol auf diesen Konflikt und seine Regelung. Alle neuen „Facilitatoren“ sind handverlesen – drei US-Generäle plus Blair. So werden multilaterale Regelungsmechanismen, wie das Nahost-Quartett, geschwächt und eine regionale arabische Mitwirkung, wie in Gestalt des Arabischen Friedensplans, unterlaufen. Die auch von der EU betriebene Isolierung von Hamas spaltet und schwächt die Palästinenser zugunsten der israelischen Position am Verhandlungstisch, was einer *gerechten* Zweistaatenregelung schadet. Annapolis hat die VN weitgehend aus dem Spiel verdrängt, wie auch die Implementierung der UN-Beschlüsse zum Nahostkonflikt. Europa hat sich dieser US-Linie unterworfen. Das Ganze läuft auf noch radikaleren Widerstand aus der neuen und so schwierigen Quadratur Iran-Hizbollah-Hamas-Jihad hinaus.

Welche Konsequenzen birgt diese neue Konfliktsituation für das Verhältnis zwischen dem Nahen und Mittleren Osten und Europa in sich? Um diese Frage in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen, sollten noch einige allgemeinere Aspekte und deren Konsequenzen ins Auge gefasst werden:

Erstens die konfrontative Positionierung der EU gegenüber „politischem Islam“, Islamismus und islamischen Bewegungen. Buchstäblich Alle und Alles, die mit jenen Phänomenen assoziiert werden, stigmatisiert man mit Terrorismus, als „neue Feinde der westlichen Zivilisation“. Diese Positionierung ist deshalb mehr als kurz-sichtig, weil es Europa davon abhält, sich auf die neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenzen in dieser Region einzustellen. Sie laufen im Kern darauf hinaus, dass islamische gesellschaftliche Opposition weiter zunehmen wird. Für eine solche Perspektive haben die EU-Staaten keine konfliktentschärfende Strategie.

Zweitens, der gesamte Westen führt zum ersten Mal in der Geschichte seiner Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten in dieser Region massiv Kriege. Zum Kriegsschauplatz Afghanistan kam der irakische. Das Bekenntnis deutscher Militärs, dass die Taliban militärisch nicht besiegt werden können¹, offenbart, dass die NATO inzwischen um mehr, als einen Sieg über die Taliban kämpft. Ihr geht es darum, als überlegener Sieger aus ihrem Afghanistan-Abenteuer herauszukom-

1 Vizeadmiral a.D. Hans Frank in der Phoenix-Runde „Verteidigung am Hindukusch – Die Bundeswehr in Kri-

men, um international das Gesicht zu wahren. Aber diese politische Zielwandlung verändert den Charakter des Afghanistaneinsatzes und damit auch der VN-Mandatserfüllung grundsätzlich: Die NATO kämpft um die Hegemonie des Westens über diese Region und darüber hinaus.

Drittens, die Konfliktfront erweitert sich geographisch. Pakistan droht zu einem weiteren „Gefechtsfeld“ zwischen anti-westlichen und pro-westlichen Kräften zu werden. Noch ist der Ausgang offen. Deutlich wird jedoch, dass sich Streitkräfte aus NATO- und EU-Staaten zum Schutz ihres pakistanischen Verbündeten immer mehr in Scharmützel mit dessen zumeist islamischen Opponenten verwickeln. Verteidigungsminister Jung sprach auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2008 offen aus, dass die Bundesregierung bereit ist, sich in dieses neue Konfliktfeld zu stürzen, indem er ermahnte: „wir müssen bei der Einbindung der Nachbarstaaten, allen voran Pakistans, weiterkommen.“² Autoritäre Regimes, wie das Musharafs und dessen Atomwaffen, nimmt er dabei in Kauf.

Viertens, im Nahen und Mittleren Osten wird die Nahostpolitik der Regierung Merkel zunehmend kritischer bewertet. Schon die Aufforderung des ehemaligen SPD-Verteidigungsministers Struck, Deutschlands Sicherheit müsse „am Hindu-kusch verteidigt werden“, hatte dort für größtes Befremden gesorgt. Inzwischen bemerken selbst deutschland-freundliche liberale, säkulare arabische Kreise, dass die Regierung Merkel ihre Nahostpolitik einer neuen Prioritätensetzung untergeordnet hat. In ihrer strategischen Vorrangliste USA, transatlantische Allianz, NATO, EU, Antiterrorstrategie sei auch Israels Sicherheit auf einen vorderen Platz gerückt. Der „Rest“ der Region, so meint man in diesen Kreisen, werde unter dem Gesichtspunkt des Wohlverhaltens gegenüber jenen Prioritäten – zu Israel, „Freund oder Feind“ von Islamismus bzw. dem iranischen „Mullahregime“ – „bewertet“. Diese neue Freund-Feind-Bezugsordnung für internationales Verhalten macht arabische diplomatische Kreise fassungslos, weil sie in ihr den Staat als Subjekt der Außenpolitik und Beziehungen zwischen den Staaten in den Hintergrund gedrängt sehen. Zutiefst beunruhigt sie, dass westliche Streitkräfte ihre Region vom Mittelmeer aus, dem Golf und Horn von Afrika, aus Irak und Afghanistan, Zentralasien und dem Kaukasus militärisch eingekreist haben. Sie verstehen dies als Erpressung und drastisches Sicherheitsdefizit.

Der lange Weg in neuen Antagonismus

Europa gelang es, seine Sicherheit über den Konflikt zwischen zwei antagonistischen Systemen hinweg, „Ost und West“, NATO und Warschauer Vertrag, zu er-

seneinsätzen“, 12.2.2008. In gleicher Runde fragte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Gertz, ob denn Afghanistan militärisch zu stabilisieren sei oder „wir nicht gerade lernen, was die Sowjets erfahren muss-ten“.

2 Jung, Franz Josef, Münchner Sicherheitskonferenz, <http://www.securityconference.de/Konferenz/2008/index.php?>

halten. Am 11. September 2001 wurde die Welt in New York Zeuge eines neuen Antagonismus: Ein von religiöser und zivilisatorischer Feindschaft fanatisierter Kontrahent hatte sich zur Gewalt entschlossen. Zuvor muss er in einem langen politischen und auch persönlichen Erkenntnisprozess zu dem Schluss gekommen sein, dass es aus den Widersprüchen zur westlichen Supermacht keinen friedlichen Ausweg mehr gibt, jene nur die Sprache der Gewalt versteht. Damit fand eine Konflikteruption statt, der die Kontrahenten im Ost-West-Konflikt erfolgreich auszuweichen vermochten.

Das Verhältnis der westlichen Welt zu politischen Orientierungen von nahöstlichen Eliten und Gegeneliten, deren Parteien und Bewegungen, prägt eine konfliktreiche Geschichte. Dabei ging und geht es im Kern, zugespitzt formuliert, um das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Interessen und Verständnisse von Werten, Moderne und Modernität. Auf der einen Seite stand und steht auch weiterhin der säkulare „Westen“ mit seinem Interesse, diese Region als das weltweit wichtigste Energiereservoir zu beherrschen und einen möglichst großen Teil seiner Petrodollars in die eigenen Wirtschafts- und Finanzkreisläufe zurückzuholen. Das gelingt ihm aber nur, wenn er die herrschenden Eliten dieser Region zu „lenken“ vermag.

Auf der anderen Seite befinden sich die islamischen Gesellschaften dieser Region. Sie sind selbst in zwei soziale und wirtschaftliche Welten gespalten: in die „OPECS“ und die „NO-PECS“, in Reiche und Arme. Bei Ersteren bewirkten die Verknüpfungen durch Erdöl und Petrodollars mit den Industriestaaten des Nordens innerhalb kürzester historischer Zeiträume eine rasante ökonomische Revolution, deren soziale Tiefenwirkungen³ die Gesellschaften aus ihrem Jahrhunderte alten Gleichgewicht warfen. Noch schwerer fiel ihnen der Umgang mit dem fremden Gesellschaftsmodell und dessen Werten, die über die ökonomische Durchdringung der Region von außen in sie injiziert wurden. Es setzte ein Prozess des Aufbrechens und Aufreibens der traditionellen Grundlagen islamischer gesellschaftlicher Organisation ein. Letzteres trifft auch auf die „zweite arabische Welt“ der NO-PECS zu. Wirtschaftlich und sozial-ökonomisch gleicht sie mit Mangelernährung, Krankheiten, hoher Analphabetenquote⁴ und anderen gravierenden Defiziten den meisten Entwicklungsländern. Gemeinsam ist beiden Welten eine Krise ihrer politischen Strukturen und ein politischer Reformstau. „Die arabische Entwicklungskrise hat sich ausgeweitet und vertieft, und ist... komplex geworden.“⁵

Ökonomische und wertemäßige Penetration, Beeinflussung von Führungseliten, Fremdbestimmung politischer Prozesse und Entscheidungen, so etwa ließe

3 „Einführung der Lohnarbeit, Proletarisierung von großen Teilen der Bauernschaft, Landflucht in Verbindung mit einer Verwestlichung, die nahezu alle Bereiche der Gesellschaft durchdrang.“ Peters, Rudolph: Erneuerungsbewegungen im Islam vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und die Rolle des Islams in der neueren Geschichte: Antikolonialismus und Nationalismus, In: Ende, Werner und Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, München: Verlag C.H. Beck, 5. Auflage 2005, S. 126.

4 Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004, UNDP, DGVN, Berlin 2005.

5 Ebenda, S.3.

sich der Mechanismus charakterisieren, mit dem der Westen seine Hegemonie über diese Region aufrechtzuerhalten trachtet.

Dieser konfliktreiche Hintergrund von Abhängigkeit und Hegemonie ist es, der das Verhältnis der arabischen Welt zu westlicher Politik belastet und aus dem auch die „Gewaltdimension in der Strategie der terroristischen Gruppe Al Khaïda als Reaktion auf eine als gewalttätig wahrgenommene Interaktion in der Geschichte“⁶ verstanden werden kann. „Die Geschichte der Begegnung zwischen dem Westen und der islamischen Welt seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und der Gegenwart...wird (von Teilen der radikalen Islamisten – A.S.) als weitgehend gewalttätig wahrgenommen. Die Dominanz Europas und – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – der USA war verbunden mit steter Gewalt.“⁷ Zwar formulieren moderatere, säkulare arabische Kreise diesen Sachverhalt vorsichtiger, im Kern meinen sie aber das Gleiche – direkte und indirekte Fremdbestimmung. „In einer Zwangslage zwischen Unterdrückung im eigenen Land und Übergriffen durch das Ausland gefangen, werden Araber immer mehr davon ausgeschlossen, ihre eigene Zukunft zu bestimmen.“⁸

Dass solche Zustände gesellschaftliche Opposition auslösen müssen, ist nur folgerichtig. Auch, dass unter den Umständen einer islamischen Gesellschaft Opposition sich der am weitesten verbreiteten Ressource bedient – der Religion, des Islams. Schlüssig sind weiterhin die starken anti-westlichen Komponenten einer solchen oppositionellen Kraft.⁹ Die Staatsmacht ergriff sie erstmals mit der islamischen Revolution 1979 im Iran. Sie stürzte den wichtigsten US-Verbündeten in der Golfregion, Schah Reza Pahlavi. Khomeinis' islamische Revolution zeichneten vor allem das Zurückweisen jener kulturellen und wertemäßigen Durchdringung der iranischen islamischen Gesellschaft durch „westliche Dekadenz“ sowie ein konsequenter Antikolonialismus aus. Beides, der Sturz des Schahs und der Antikolonialismus jener Revolution, jagten den USA einen gewaltigen Schreck ein. Denn sie markierten den Beginn des Aus-scherens der ersten Erdölmacht aus einem Abhängigkeitssystem, in welches die USA die Herrscherhäuser beiderseits des Golfs seit den 50-er Jahren eingebunden hatten. Die USA haben diese Niederlage bis heute nicht verkraftet.

Jener Typ von Opposition, welcher westliche Regierungen heute zunehmend außer Atem bringt, dürfte für sie eigentlich keine Überraschung sein. Sie liebten deren Antikommunismus und Antisowjetismus, solange es darum ging, im arabi-

6 Steinbach, Udo: Islamischer Terrorismus, Ein selbstkritischer ‚Dialog der Kulturen‘ ist jetzt gefragt, Internationale Politik, No.3, März 2002, S. 5.

7 Ebenda.

8 Arabischer Bericht, a.a.O., Vorspann.

9 „Abgesehen davon, dass sich diese Bewegungen auf die Sehnsucht nach einer idealisierten Vergangenheit gründen, haben sie ihre Wurzeln auch in antiwestlichen Gefühlen. Sie richten sich grundsätzlich gegen die westliche politische, kulturelle und wirtschaftliche Vorherrschaft. Somit sind sie radikaler als die nationalistischen politischen Führer, die tatsächlich nur gegen die politische Anwesenheit des Westens kämpften. Die neo-fundamentalistischen Bewegungen weisen alle Ideologien zurück, die sie als vom Westen eingeführt ansehen.“ Peters, Rudolph, a.a.O., S. 126/27.

schen und afrikanischen Raum den Einfluss der Idee nationaler Befreiung, des sozialistischen Lagers und später die Sowjetunion aus Afghanistan zu verdrängen. Vor allem die USA bauten damals als eine ihrer wichtigsten Ressourcen islamistische Bewegungen auf. Dabei zogen sie nicht ins Kalkül, dass dieser Opposition auch eine antikoloniale Orientierung immanent war und ist, die sich natürlich in erster Linie gegen die westliche Supermacht richten könnte.

Fehlkalkulationen der USA-Nahostpolitik

Die Fehlkalkulationen in der USA-Nahostpolitik zu hinterleuchten, deren strategische Kurzsichtigkeit im Umgang mit gesellschaftlicher Spezifik im Nahen und Mittleren Osten, ihrer inneren Logik und politischen Kultur, ist heute insofern aktuell, als andere NATO-Staaten im Kontext der Antiterrorstrategie sich ins Schlepptau dieser Politik begeben haben.

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre hoben die USA einen strategischen „think tank“ zur Bekämpfung des Kommunismus und der sozialistischen Orientierung in Afrika aus der Taufe. Ihm gehörten an Henry Kissinger, Alexander de Marenches (seit 1972 Chef des französischen SDECE), Ägyptens Präsident Anwar Sadat, Schah Mohammad Reza Pahlavi, der marokkanische König Hassan II und Kamal Adham, damaliger Chef des saudi-arabischen Geheimdienstes. Die Geheimdienste der Staaten dieses Klubs, den der Herausgeber der ägyptischen Zeitung „Al Ahram“, Mohammad Hasanein Heikal¹⁰, „Safari-Klub“ taufte, vereinbarten im September 1976 gemeinsame Maßnahmen im Sinne des obigen Ziels, wozu auch die Ausweitung des Einflusses des Islams und islamistischer Organisationen als Gegenkraft zum kommunistischen Modell gehörte.¹¹ Auf diesem „Teilgebiet“ seiner Gegenstrategie erkannte der Klub dem saudischen Königshaus die Führungsrolle zu. Von 1973 bis 1993 unterstützte es die Konsolidierung islamischer Organisationen in siebenzig Entwicklungsländern mit 80 Mrd. US-Dollar.¹²

Seit dem Rückzug Großbritanniens als Kolonial- und Protektormacht 1968 aus dem Golf trachteten US-Regierungen danach, die Herrscherhäuser der arabischen Erdölstaaten in eine Allianz gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt zu ziehen. Mitte der 1980er Jahre war das die Hauptaufgabe der US-Diplomatie im Golf.¹³ Sie scheiterte an der Politik des gleichen Abstands zu den

10 Heikal erhielt vom iranischen Revolutionsführer Khomeini die Erlaubnis zur Sichtung der Archive des Schahs, wo er auf die hier wiedergegebenen Fakten stieß.

11 „Der Safari-Klub rettete Zaires Diktator Mobuto, wofür er marokkanische und ägyptische Truppen sowie französische Luftstreitkräfte einsetzte; wendete von Ägypten die ‚Flut‘ ab, indem er 1972 die sowjetischen Militärberater aus dem Lande experimentierte, später geschah Gleiches mit den sowjetischen Militärberatern in Somalia; er provozierte Krieg zwischen Somalia und Äthiopien, weil dieses sich zur sozialistischen Orientierung bekannte.“ Ignatenko, A.: Islamic Radicalism: A Cold War By-Product, Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), 2001, S. 108.

12 Ebenda.

Blöcken („Äquidistanz“), der, neben anderen Nichtpaktgebundenen Staaten, auch die Golfmonarchien folgten, weil diese ihnen nationale und internationale Spielräume ließ. Jedoch zusammen mit dem Warschauer Vertrag verschwanden auch jene Spielräume. Erst im Golfkrieg 1990/91 gelang es Washington schließlich, die von Saddam Hussein in die Enge getriebenen Golfstaaten in eine solche Allianz einzubinden. Diesmal allerdings mit anderen Zielen.

Diesmal stand das Bemühen im Vordergrund, die Golfstaaten auf einen Kurs der Normalisierung ihrer Beziehungen mit Israel zu bringen und deren Zustimmung zur Stationierung von bis zu einer halben Million ausländischer Truppen in der Region zu erreichen. Ausgerechnet in Saudi-Arabien, einem heiligen Land des Islams. Doch gerade mit Letzterem gossen sie Öl ins Feuer der islamistischen Gegenkräfte. Das Paradoxe bestand darin, dass gerade jene das Eigenprodukt der USA selbst waren. Diese hatten die Islamisten im ersten Afghanistankonflikt als Hilfstruppe zum Verdrängen der Sowjets aus Süd-West-Asien aufgepöppelt und ihnen somit zum ersten erfolgreichen internationalen Dschihad verholfen, der diese beflügelte.¹⁴ Jedoch vermochten die US-Führungen nicht, für sich die Tiefen einer Logik zu entschlüsseln, wie sie beispielsweise islamische Gelehrte aus Mekka beseelt: „If Iraq has occupied Kuwait, America has occupied Saudi Arabia. The real enemy is not Iraq. It is the West.“¹⁵

Auch in den afghanischen Taliban verrechneten sich die USA. Symptomatisch dafür ist ein Bekenntnis des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. 1998 gab er auf die Frage von „Nouvel Observateur“: „Bedauern Sie, islamistischen Fundamentalismus ermutigt, zukünftige Terroristen mit Waffen und Beratern versorgt zu haben?“ die Antwort: „Was ist im Kontext von Weltgeschichte wichtiger: die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetimperiums? Einige islamistische Fanatiker oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?“¹⁶

Nachdem die USA mit Hilfe jener „islamistischen Fundamentalisten“ aus dem Untergang des Sowjetimperiums als die einzige verbleibende Supermacht hervortraten, zogen sie selbstsicher in ihren ersten großen Krieg im Golf. Sie befreiten einen der wichtigsten arabischen Erdölstaaten, Kuwait, und bestraften den anderen, Irak, für die Okkupation des ersteren. Woraus auch US-Präsident Bush (Sen.) nach dem ersten Irakkrieg kein Geheimnis machte, formulierte Brzezinski so: „Kommt das Ende (des Krieges – A.S.) schnell nach einem entscheidenden Sieg, wird es keinen neuen Isolationismus in Amerika geben – aber auch keine neue

13 Deren Beobachter konnte der Verfasser zwischen 1982 und 1987 in seiner Eigenschaft als DDR-Botschafter sein.

14 Den ehemaligen Afghanen, die nach dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan 1989 zurückkehrten, stand auch Bin Laden nah. Vergleiche: Joffé, G.: Ungewisse Zukunft für Saudi-Arabien, Internationale Politik, No.3, März 2002, S. 23.

15 Fürtig, Henner: Demokratie in Saudi-Arabien? Die Äl-Sa ud und die Folgen des zweiten Golfkriegs, Forschungsschwerpunkt Moderner Orient, Arbeitshefte, Nr. 6, Verlag das Arabische Buch, Berlin, 1995, S. 30.

16 Nouvel Observateur, No. 1732, 15. Jan. 1998, zitiert nach: Ignatenko, A., a.a.O., S. 110.

Weltordnung. Vielmehr hätten wir es im Wesentlichen mit einem internationalen System zu tun, dem die Überlegenheit einer Supermacht zugrunde liegt.“¹⁷

Ausgerechnet den islamischen Golf hatten sich die USA ausgewählt, um mit ihrem internationalen Führungsanspruch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes erstmals aufzutumpfen. Auch damals war Krieg ihr wichtigstes Instrument. Nachdem die kommunistische Supermacht gefallen war, konnten dieser Anspruch der USA, der dafür gewählte Ort und die Mittel für eine antiwestlich gestimmte islamische Opposition nur die falschen Schlussfolgerungen sein. Trotzdem: Damals entschlossen sich nicht alle ihrer Teile für den Weg offenen Widerstands oder die Zuspitzung, um die USA in Schranken zu weisen.

Es verdient heute hervorgehoben zu werden, dass es die iranische Führung jenes Staates mit der ersten islamischen Revolution war, die mitteilte, wie sie sich eine „neue Weltordnung“ vorstellen könnte: „Unsere Welt (sieht) sich neuen Zwängen und Erfordernissen gegenüber, die eine Neubewertung der Natur und der Zukunft von internationaler Sicherheit verlangen“, so Irans Präsident Mohammed Khatami. „Die alte Auffassung von internationaler Sicherheit, die auf Macht und militärischen Fähigkeiten von Großmächten beruht, hat einen fundamentalen Wandel durchlaufen. Sicherheit kann nicht mehr allein durch Vereinbarungen zwischen einer Handvoll von Mächten in Abwesenheit derjenigen, die marginalisiert werden, garantiert werden. Die Ereignisse vom 11. September zeigen, dass die Trennung von Zentrum und Peripherie nicht mehr länger die Sicherheitsordnung unserer heutigen Welt festlegen kann, da sogar die marginalisierten Gegenden in der Lage sein könnten, den großen Mächten Schaden zuzufügen.“¹⁸

Khatami unterbreitete hier nicht nur einen bedenkenswerten Ansatz, wie ein neuartiges Verhältnis zwischen seiner Region und Europa gestaltet werden könnte. Auf ihn wurde nicht gehört. Heute hat es Europa im Iran mit weitaus radikaleren Politikern zu tun. Das wird so bleiben, oder sich noch verschlechtern, wenn nicht endlich der grundsätzliche Widerspruch ausgeräumt wird, den gerade die Antiterrorstrategie erneut provoziert. Er besteht in einer Politik des Westens, welche „Einmischung als Norm“ zum Prinzip macht, und ihre Zurückweisung. Die zentralen Säulen jener Politik sind das Streben, fremde Herrschaftssysteme, welche nach westlicher Einschätzung eine „Gefahr“ darstellen, entweder von außen zu stürzen oder sie mit „weicher demokratisierender Intervention“ nach westlichem Normensystem zu transformieren, die machtgestützte Sicherung von Wirtschaftsinteressen sowie die wertemäßige und kulturelle Bevormundung durch einen sich im Zuge der ökonomischen Globalisierung ausweitenden Kulturimperialismus¹⁹.

17 Der Spiegel, Nr. 4, 1991, S. 124.

18 Khatami, M.: Rede vor der 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. November 2001, in: Internationale Politik, No.3, März 2002, S.75/76.

19 Ernest Gellner definiert „kulturellen Imperialismus“ als „die Bemühungen einer Kultur, zu herrschen oder sich auszubreiten, um eine politische Einheit auszufüllen“. In: Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Rotbuch-Verlag, Hamburg, 1995, S. 24.

Auf dem Weg zum System Antiterrorstrategie

Die USA und die europäischen Regierungen hatten also zumindest ein Jahrzehnt Zeit, sich darauf einzustellen, dass eine so genährte islamisch/islamistische Opposition kein konjunkturelles oder taktisch ausmanövrierbares Phänomen sein würde. Das zumindest Erwartbare wäre ein *realpolitischer* Umgang mit ihr gewesen. Zaghafte Ansätze dafür fanden sich in der Debatte um das zukünftige Profil der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Bezweifelt wurde sogar, ob die von der NATO in Umlauf gebrachte neue Konfliktgemengelage aus „ethnischen *und* religiösen Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichenden oder fehlgeschlagenen Reformbewegungen, Verletzung von Menschenrechten und Auflösung von Staaten“ sowie „wirtschaftlicher Not, Zusammenbruch politischer Ordnungen“²⁰ „allein oder auch zusammengekommen... ein ausreichendes Bedrohungspotenzial“ darstellt, „um die weitere Selbsteinbindung der mächtigsten Staaten des Westens in eine enge militärische Partnerschaft (die NATO – A.S.) rechtfertigen zu können.“²¹ Selbst noch nach dem 11. September zweifelten deutsche Bundeswehrexperten: „Ob die Bedrohung der westlichen Industriestaaten durch den Terrorismus ausreicht, um einen mit dem Kalten Krieg vergleichbaren Allianzzusammenhalt aufrecht zu erhalten, bleibt äußerst fraglich.“²²

Die Friedensbewegung reagierte mit dem Konzept von der „zivilen Konfliktbearbeitung“. Sie plädierte für einen *friedlichen* politischen Umgang mit innergesellschaftlichen Konflikten und ließ sich davon leiten, dass den Risiken ethnischer und nationaler, ordnungspolitischer und religiöser Konflikte dauerhaft in erster Linie mit friedlichen Mitteln und gewaltfrei zu begegnen sei. Die Architekten dieses richtigen Strategieansatzes konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Vielmehr obsiegte das Primat der militärischen „Konfliktbearbeitung“ mit der NATO-Kosovointervention als Wendepunkt. Damals führte die neue Bundesregierung Deutschland in seinen ersten großen Krieg gegen einen anderen europäischen Staat, Jugoslawien. In einer Nagelprobe also, in der die Priorität ziviler Konfliktbearbeitung hätte greifen müssen, verließ sie diesen Weg und schloss sich der militärischen „Konfliktbearbeitung“ an. Sie ließ sich auf einen Krieg ein, den nur wenige Wochen danach alle wichtigen deutschen Friedensgutachter als Debakel, politisches Fiasko und Völkerrechtsbruch²³ qualifizierten.

Die deutsche Militärindustrie griff nach dem Kosovokrieg die neuen Ansätze der NATO unverzüglich auf. Deren Bewertung der neuen „sicherheitspolitischen

20 Nach: Das Strategische Konzept des Bündnisses, Auswärtiges Amt, <http://www.auswaertiges-amt.de/3-auspol/index.htm>, S. 1, 6.

21 Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 26, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2003, S.25.

22 Ebenda, S. 24.

23 Siehe dazu das Friedensgutachten 1999, LIT Verlag, 1999, S. 4, 27, 28.

Ausgangslage“ schloss sie sich mit einer eigenen Bedrohungsliste an: „Autonomie- und Hegemonialkonflikte mit ethnischem, weltanschaulichem oder religiösem Hintergrund, religiöser Fundamentalismus, Bürgerkriege, soziale Spannungen, Überbevölkerung und wirtschaftliche Katastrophen, aber auch neuartige Bedrohungspotenziale durch weitreichende Trägermittel, strategische Informationskriegsführung oder terroristische Handeln“.²⁴ Daraus leitete sie auch „neue Anforderungen an die Verteidigungstechnologie“²⁵ her.

Von der Politik wollten deutsche Konzerne vor allem einen prinzipiellen Unterschied ausgeräumt sehen, den sie zwischen den Exportförderungsstrategien für Militärtechnologie Europas und der USA sahen und als besonders hinderlich empfanden: Für den Export von Militärtechnologie, die der neuen strategischen Ausgangssituation entspräche, „bietet die US-Regierung den Käuferländern nicht nur ihre Verteidigungsprodukte an, sondern auch die berechnete – *nicht nur auf einer Illusion gegründete* – Aussicht auf politische Unterstützung, *falls und wann immer diese Produkte eingesetzt werden müssen* (kursiv Verfasser). Genau dies verleiht der US-Industrie ihren Wettbewerbsvorteil. – Etwas Gleichwertiges hat Europa nicht zu bieten!“²⁶ Inzwischen hat ihnen die neue Militärpolitik der EU aus dieser Benachteiligung herausgeholfen.

Im Kontext der Kosovointervention formte sich unter deutschen Politikern und Militärs ein „geändertes, modifiziertes Verständnis von Landesverteidigung.“²⁷ Es rückte, wie die NATO, ins Zentrum von Verteidigung die „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im gesamten Spektrum“²⁸, besonders aber, so der damalige SPD-Bundesverteidigungsminister Scharping, die „*Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Süden*“²⁹. General a.D. Naumann war sich sicher, dass nicht nur „die nächste Krise kommen wird“³⁰, sondern über uns die „heraufziehende Stürme des 21. Jahrhunderts“ herfallen, welche „keine lauen Winde sein werden“.³¹

Mit der Gefahrenverortung „Herausforderungen aus dem Süden“, einschließlich „religiösem Fundamentalismus“, war die entscheidende Richtungs- und Strategiebestimmung gefallen. Von der breiten Bedrohungspalette, die sich in den

24 Bischoff, M.: Sicherheitspolitik und Wirtschaft – Verteidigungstechnologie und Verteidigungsindustrie, Tagung über internationale Sicherheit „Veränderte Aspekte der Sicherheitspolitik – Risiken und Möglichkeiten“, 6.-8. Februar 1998, München, in: Daimler-Chrysler Aerospace, Dokumente der Luft- und Raumfahrtindustrie, 1/1998, S.3.

25 Ebenda.

26 Dr. Piller, Wolfgang: Europäische industrielle Basis – Voraussetzungen für transatlantische Partnerschaft, Vortrag vor den NATO-Botschaftern und militärischen sowie zivilen Repräsentanten der NATO, Brüssel, 8. Oktober 1998, in: Daimler-Chrysler Aerospace, Dokumente der Luft- und Raumfahrtindustrie 9/1998, S.5.

27 Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach: Klappspaten können Waffen nicht ersetzen, Welt am Sonntag, 11. 7. 1999, Beilage S. 2.

28 Ebenda.

29 Scharping, Rudolf: In der Nato gibt es nicht zu viel Amerika, sondern zu wenig Europa, ebenda, S.1 (Kursiv der Verfasser).

30 General a.D. Klaus Naumann, ebenda, S. 3.

31 Ebenda.

Wirren der Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ausbreitete, erwiesen sich der Schock des 11. September und damit verbunden Islam, Islamismus und islamistischer Terror als die geeignetsten Mittel, um das auszuräumen, was General Colin L. Powell, damals Chef der amerikanischen Joint Chiefs of Staff, als eine noch größere Bedrohung verstand: Das Fehlen eines neuen Feindbildes. „Mir gehen die Dämonen aus!“, erklärte er kurz nach dem Golfkrieg 1991, „mir fehlen die Schurken!“³² Die Bush jun.-Administration schloss dieses Defizit mit der Kategorie der Schurkenstaaten. Die CDU erhob den 11. September zum Beleg dafür, „dass an die Stelle des Ost-West-Konflikts eine Auseinandersetzung um die zivilisatorischen Werte getreten ist, auf die sich eine globale Ordnung stützen muss.“³³

Der Ansatz zum Strategiewechsel in der internationalen Politik des westlichen Bündnisses findet sich also bereits Ende der 1990er Jahre, also lange vor dem 11. September 2001 statt. Erst mit Hilfe der Antiterrorstrategie konnte dieser gewünschte und *nicht von außen aufgezwungene* Strategiewechsel zum System geformt werden. Als kollektive Klammer war die „islamistische Bedrohung“ allen Beteiligten recht. Sie half ihnen, die Argumentationshoheit zu Erringen, um auch den Deutschen und anderen Europäern zu erklären, dass für sie die Zeit gekommen sei, die historischen Lehren zweier Weltbrände zu vergessen und Krieg wiederum als unausweichliches und durchsetzbares Mittel der Politik zu akzeptieren.

Das System Antiterrorstrategie half aber vor allem den USA, den Charakter der NATO auf internationale Interventionsbereitschaft umzustellen. Sie fanden Sympathisanten in Teilen der Bundeswehrgeneralität, welche, wie der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General Harald Kujat, die erwünschte strategische Orientierung unterstützten, mit „militärischem Engagement...dort hinzugehen, wo die Risiken ihren Ursprung haben“ und der „Globalisierung des Terrors“ mit einer Erweiterung der „geostrategischen Interessenlage der Allianz“ zu begegnen, „die weit über die frühere out-of-area-Diskussion hinausgeht: Kaukasus, Nah- und Mittelost, Mittelmeerraum, Afrika südlich der Sahara.“³⁴ Obgleich sich diese Orientierung für das Verhältnis Europas zu den Staaten Asiens und Afrikas perspektivisch als falsch erweisen wird, folgte ihr Solana mit dem Entwurf einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-politik in die gleiche Richtung. Die Staaten der EU akzeptierten sie. Ob NATO oder EU, alle verband das Interesse, die „transatlantischen Beziehungen als Kern der internationalen Ordnung“³⁵ durchzusetzen.

32 Theiler, a.a.O., S. 23.

33 Papier der Wertekommission der CDU, nach: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8. Sept. 2002, Nr. 36, S.2.

34 General Harald Kujat, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, Montagsgespräch der Rheinmetall DeTec AG, 7. 5. 2005, <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?lang=2&fid=2987>.

35 Identifying and Understanding Threats from the EU's Perspective: Points to Discuss in Solana's Strategy Document, Working document prepared for The Rome international workshop on the EU's Security Strategy, Aspen Institute, Italia, September 19, 2003 – Palazzo Salvati, Rome, S. 3.

Somit erweist sich die Antiterrorstrategie als ein gigantisches politisches Manöver, mit dem die 180°-Wende des außen- und sicherheitspolitischen sowie militärischen Charakters der Bündnissysteme NATO und EU im Sinne eines international wirksamen Interventionspotentials vollzogen wurde. Sie markiert zugleich einen Strategiewechsel in der internationalen Politik der Transatlantischen Allianz insgesamt, einschließlich der deutschen Bundesregierung. Nachdem diese Wende gelungen zu sein scheint und das erforderliche militärische Potenzial verfügbar ist, wendet sich eine konsolidiert erscheinende NATO neuen „Horizonten“ zu. Man denkt über ein weiteres neues strategisches Konzept nach, über neue Raketenabwehrsysteme, Militarisierung auch des Kosmos³⁶ und darüber, vermittels eines Vertrags mit den Vereinten Nationen dem Mandat einer globalen Ordnungsmacht näher zu kommen. Gleich: Die „transatlantischen Beziehungen als Kern einer neuen internationalen Ordnung“ mit der NATO als Kern ihrer militärischen Vollzugsorgane.

Antiterrorstrategie als Mittel der Herrschafts(um)ordnung?

Der Bush-Administration verhalf das System Antiterrorstrategie zur Dominanz im gesamten Prozess jenes Charakterwandels der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik: Vom Schock des 11. Septembers, über das Menetekel eines „clash of civilisations“ und zivilisatorischer Bedrohung durch islamistischen Terror, die Transformation des 11. Septembers in einen NATO-Bündnisfall bis hin zum VN-Mandat verbrämten Verwickeln der NATO-Verbündeten in einen realen Krieg: Afghanistan. Diese US-Dominanz über die Antiterrorstrategie schlug auf die Außenpolitik des gesamten Westens durch. Und obgleich einzelne seiner „Subjekte“ jener Dominanz inzwischen überdrüssig werden, was in deren Ost- und teilweise auch Nahostpolitik aufblitzt, scheinen sie doch „auf Linie“ zu bleiben. Woran liegt das?

Für die Regierenden der Bundesrepublik, eine solche These muß wohl in die Debatte geworfen werden, erwies sich die Antiterrorstrategie als ein „Geschenk des Himmels“. Denn die von niemandem bestreitbare Notwendigkeit, Terror zu bekämpfen, erwies sich als derart me-dienfähig, dass „man“ mit ihr die „Argumentationshoheit über die Straße“ erringen konnte. Vorausgesetzt, „man“ klammerte Kernfragen der Ursachen und des Umgangs mit Terror, vor allem jenes aus dem islamischen Bereich, bewusst aus der öffentlichen Debatte aus. So die nie gestellten Fragen nach dem politischen Kern jenes neuen Konfliktes und seiner friedlichen Regelbarkeit. Dabei entbehren diese Fragen nicht weniger der Logik als die Notwendigkeit, Terror zu bekämpfen. Wenn es nämlich richtig ist, wie be-

36 de Hoop Scheffer, Münchner Sicherheitskonferenz, <http://www.securityconference.de/Konferenz/2008/index.php?>

hauptet wurde und wird, dass es sich beim Konflikt mit dem islamistischen Terrorismus um einen neuen Konflikt-, ja Kriegstyp handelt, weil es die Bundesrepublik und der christliche Westen (unter Verweis auf die asymmetrischen Kampfmittel- und methoden des Feindes) mit einem neuen Typ von Gegner zu tun haben, dann wäre es doch richtig zu schlussfolgern, dass auch nach einem *neuen Typ von Frieden* gesucht werden müsste. Letzteres setzt allerdings voraus, dass *Frieden gewollt* ist. Aber haben die europäischen Regierungen ihrer Öffentlichkeit seit dem 11. September eine fundierte Analyse des politischen Kerns des Konfliktes um den Terrorismus, der zu regelnden Streitfragen und somit des Inhalts des Konfliktes vorgelegt? Nein! Eine solche Analyse bleibt aber wichtig. Denn: Solange die politischen Ziele und Absichten des „Feindes“ nicht konkret geklärt sind (Ist ihr Ziel wirklich, die westliche Zivilisation zu vernichten? Siehe oben zitiertes Papier der Wertekommission der CDU vom 8. Sept. 2002), wird es nicht gelingen, die politischen Dimensionen des Konfliktes von den militärischen zu emanzipieren. Also behält Letztere die Oberhand, womit der Konflikt nicht nur als Ganzes erhalten bleibt, sondern sich auch immer wieder behaupten lässt, dass der überwiegend sicherheitspolitische und militärische Umgang mit ihm unausweichlich ist und richtig bleibt.

Eigentlich hätte Parlamenten, Medien, der Öffentlichkeit im Ganzen nicht entgehen dürfen, dass *diese* Antiterror-Strategie den Konflikt um den Terrorismus von vornherein in eine Rege-lungskrise führen musste. Eindeutig ist inzwischen mehr: Die innere Logik des Systems Anti-terrorstrategie und der Ziele ihrer Architekten sieht für jenen neuen Konflikttyp kein Ende und keinen Frieden vor! Auch keine gewaltfreie Zukunft in den internationalen Beziehungen! In-nenpolitisch scheint die Instrumentalisierung dieses Systems nunmehr sogar an eine Schwelle herangeführt zu werden, deren Überschreiten den Charakter der demokratischen Verfasstheit Deutschlands und seiner zukünftigen Außenpolitik verändern könnte: Wenn Deutschland den „Sicherheitsrisiken in einer globalisierten Welt wirksam entgegentreten“ wolle, dann erfordere dies „eine Sicherheitsstrategie, die auf einem *umfassenden Ansatz* (Kursiv – A.S.) beruht“ formuliert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in ihrem Beschluss vom 6. Mai 2008 „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“³⁷. Um diesen neuen „umfassenden Ansatz“ zu verwirklichen fordert die Fraktion, nahezu alle zentralen inneren Bereiche in den Dienst der Sicherheitspolitik zu stellen, was auf deren Vormachtstellung sowie der sie jeweils Bestim-menden in der Bundesrepublik hinausläuft: Erforderlich sei eine solche Sicherheitsstrategie, die „neben den klassischen Feldern der Außen-, Europa-, Verteidigungs-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik auch die Innen-, Wirtschafts- und Energie-, Umwelt-, Finanz-, Forschungs- und Bildungspolitik erfasst und zu einem breiten Instrumentarium vernetzt, das im Zusammenwirken mit anderen Staaten, nichtstaatlichen Akteuren und Organisa-

37 Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Mai 2008, www.cdusu.de.

tionen wie den Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union eingesetzt wird. **Ziel ist es, präventiv Sicherheitsrisiken zu minimieren und dort schnell und effektiv eingreifen zu können, wo sich für unsere Sicherheit relevante Krisen konflikthaft zuspitzen**³⁸ (Fettdruck im Originaltext).

Verlangen wie: „ein völlig neues Verständnis von Sicherheitspolitik“³⁹, Aufgeben der „Trennung von innerer und äußerer Sicherheit“⁴⁰ „Einsatz der Bundeswehr im Inneren“⁴¹, keine „außenpolitische Zurückhaltung“⁴², Freigabe des „Einsatzes militärischer Mittel“ zur „Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffen,...zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.“⁴³ widerspiegeln, dass sich substantielle Teile der *Regierung* offensichtlich mit Überlegungen tragen, die Bundesrepublik in eine neue gesellschaftspolitische Qualität zu lenken, die sie mit der Begrifflichkeit von der „Wehrhaftigkeit Deutschlands nach Außen und Innen“⁴⁴ charakterisieren. Sie *beschließen*, dass sich deren Erhöhung „in der deutschen Sicherheitarchitektur niederschlagen“ müsse.

Solche schon von ihrer Terminologie her höchst suspekten Absichten auszusprechen, geschweige denn zu beschließen, hätten regierende Parteien der Bundesrepublik zur Zeit der 2 + 4 Verhandlungen über die Bedingungen der Zustimmung zur deutschen Einheit nie und nimmer gewagt! Denn sie wußten, dass tonangebende NATO-Partner ein „Wiedererstarken“ Deutschlands fürchteten. Heute, 18 Jahre nach 2 + 4 und sieben Jahre nach dem 11. September, erwies sich für sie die Antiterrorstrategie als so hilfreich, dass sie die äußeren *und* inneren Entscheidungsspielräume für einen tiefergehenden Politikwechsel in der Bundesrepublik für weit genug halten. In der NATO fordert man deutsche Regierungen ja geradezu heraus, Deutschlands „Wehrhaftigkeit“ zu erhöhen und global unter Beweis zu stellen.

18 Jahre nach 2 + 4 wirtschaftlich zum „Global Player“ aufgestiegen, ist in Deutschland offensichtlich das Bedürfnis erwacht, auch politisch und militärisch nachzuziehen. Doch hier türmt das historische Gedächtnis schwergewichtige Barrieren mit seinem Erinnerungsvermögen an zwei Weltkriege auf, die ein sich „wehrhaft“ dünkendes „Deutschland“ schon einmal verursachte. Dieses Erinnerungsvermögen zu umgehen, es hinter sich zu lassen, ist eine zentrale Voraussetzung für einen Strategiewechsel der beabsichtigten innen- und außenpolitischen Qualität. Die erste Hürde konnte im *europäischen* Maßstab genommen werden. Mit der Entscheidung, Deutschland in seinen ersten großen Krieg gegen einen anderen europäischen Staat zu führen: Jugoslawien. Wegen des argumentativen Ver-

38 Ebenda, S. 2.

39 Ebenda, S. 4.

40 Ebenda.

41 Ebenda.

42 Ebenda.

43 Ebenda, S. 6.

44 Ebenda, S. 10.

weises auf die Lehren aus deutscher Geschichte, fiel die Beurteilung in der Öffentlichkeit mit „mildernden Umständen“ aus. Der Logik folgend, Deutschland Akzeptanz als politische und militärische Weltmacht zu verschaffen, mußte die zweite Hürde in einem weiteren *internationalen* Maßstab übersprungen werden. Das war und ist die Entscheidung zum Krieg am Hindukusch. Insofern sind das „Ja“ zu diesen beiden Kriegen und das Festhalten an ihren Konsequenzen (Unabhängigkeit Kosovos) kausal miteinander verbunden. Diese Logik verdeutlicht jedoch, dass Teile der deutschen politischen und wirtschaftlichen Klassen zum Wahrnehmen ihrer globalen Interessen und Gel-tungsbedürfnisse den falschen Weg einschlagen.

Weil das entscheidende Kriterium für Charakter und Qualität von Außenpolitik sich in erster Linie nicht von ihren internationalen Maßstäben herleitet, sondern vielmehr von den Interessen der sie Bestimmenden, ihren daraus folgenden Zielen und Inhalten, welche sie verfolgen, sollte sich die öffentlich Debatte *darauf* konzentrieren. Soll Deutschland sich durch die Quali-tät einer internationalen Friedensmacht auszeichnen oder sich der Logik einer Strategie beugen, die Kriege, Einmischung als Norm, militärische Sicherung von Wirtschaftsinteressen, wertemäßige Bevormundung anderer Völker zur neuen Staatsraison erhebt? Letztere steht von vornherein in einem doppelten Konflikt: nach Innen zum historischen Vermächtnis deutscher und europäischer Geschichte, nach außen zu den entgegengesetzten Interessen von Staaten in unserer euro-asiatischen, arabischen und islamischen Nachbarschaft.

Offen ist, ob der Ausgang der nunmehr eröffneten Debatten um eine neue deutsche Sicher-heitsarchitektur mit einer erneuten „Ermächtigung“ endet. In welche politische Sackgasse das führte, kann schon heute in jener eingangs erwähnten neuen europäisch-nahöstliche Konflikt-qualität besichtigt werden.

Neue europäisch-nahöstliche Konfliktqualität

Wie eingangs geschildert, ist sieben Jahre nach der Einleitung der Antiterrorstrategie nicht nur die Lage im Nahen und Mittleren Osten schlechter, als vor dem 11. September 2001. Für Europa und die Bundesrepublik fällt folgendes noch schwerer ins Gewicht: Da praktisch alle neuen Konfliktherde mit Einmischung der USA bzw. der EU und ihrer Mitgliedsstaaten verbunden sind, sind sie selbst zu Teilhabern *und* Mitverursachern geworden. Diese doppelte Qualität konfrontiert sie mit zwei Konfliktkreisläufen zugleich: einmal mit der inneren Dynamik jener neuen Konflikte in der Region. Zum anderen durch Konflikte mit den Staaten, die ihre neuen Schwierigkeiten den westlichen Antiterror-Akteuren zu „verdanken“ haben. Beide Kreisläufe sind also miteinander verbunden.

Worin besteht die Dialektik jener beiden Konfliktkreise? Erstens besteht sie darin, dass die Nahostpolitik der westlichen Mitverursacher der neuen Konflikte diese einer „Mittäterqualität“ unterwirft.

Zweitens bekommt es Europa zunehmend mit den Konsequenzen dieser neuen Konfliktqualität zu tun. Worin zeigen sich diese?

- Zumindest seit der Invasion Iraks durch die US-geführte Militärkoalition ist im Nahen und Mittleren Osten auch das Verhältnis zu Europa von Misstrauen überschattet. Solches nährt Befürchtungen, dass sich im Westen und dem nordatlantischen Bündnis ein Rückfall in „alte“ Hegemonialpolitik zu Gunsten seiner Energie- und Wirtschaftsinteressen vollzieht.

- Die antiwestlichen Stimmungen werden stärker. Das Furore um die Mohammed-Karikaturen brachte in der gesamten islamischen Welt Millionen Protestierende auf die Straßen. Eine neue Qualität von antiwestlicher Stimmung wurde sichtbar, wie sie bisher nur in der Periode der antikolonialen Befreiung, so gegen die Suez-Invasion Englands und Frankreichs im Jahre 1956, zu Tage trat.

- Zwischen Staatsführungen, politischen Parteien und gesellschaftlichen Vereinigungen aller politischen Couleur des Nahen und Mittleren Ostens besteht weitgehende Übereinstimmung darin, dass sie, mit Ausnahme einiger weniger Individuen, westliche Drohungen mit dem Ziel von Politikänderungen unisono ablehnen.⁴⁵ Gleiches gilt für die nahezu permanente westliche militärische Präsenz, US-Initiativen zur Demokratieförderung werden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten abgelehnt.

- Die Antiterror-Strategie und ihre negativen Folgen für die Region verstärken dieses Misstrauen. Ohne dass es diese Strategie vermochte, die Ursachen des Terrorismus auszuräumen, sind ihre unmittelbaren Folgen Zulauf zu extremistischen islamistischen Gruppierungen und deren Akzeptanzerweiterung in den Gesellschaften. Al Khaïda konnte ihr Operationsfeld sogar ausdehnen.

- Radikale islamistische Gruppen sind dabei, ihren Einfluss auf muslimische Gemeinden Europas auszudehnen, wodurch Bemühungen zu deren Integration zurückgeworfen werden. Auch hierin äußert sich eine neue Qualität: Was zu kolonialen Zeiten als Peripherie Europas galt, der Nahe Osten und Nordafrika, haben begonnen, nach Europa zu emigrieren. Letztere sind durch die *unumkehrbare* Präsenz starker muslimischer Gemeinden in Europa und zunehmenden Migrationsdruck nicht länger *äußere* Peripherie Europas, sondern dessen innerer Faktor. Das stellt europäische Politik vor die Herausforderung, nach einer kooperativen, integrationsförderlichen Gesamtatmosphäre im Inneren wie im Äußeren zu streben. Bisher versagt sie dabei.

- Auf ihren Kriegsschauplätzen sind weder die USA, noch die NATO militärisch erfolgreich. In ihren Kriegen im Irak und Afghanistan stellt sich heraus, dass ein Hightech-Krieg in der Auseinandersetzung mit den asymmetrischen Kampfmitteln der „neuen Gegner“ nicht zu gewinnen ist. Auch zeigt sich, dass die militärische „Enthauptung“ gegnerischer Führungen nicht deckungsgleich mit

⁴⁵ vgl. Faath, Sigrid: Politik und Gesellschaft in Nordafrika, Nah- und Mittelost zwischen Reform und Konflikt, Entwicklungstendenzen bis 2010, Deutsches Orient-Institut, Hamburg, Mitteilungen, Band 74/2006, S. 40, 44.

dem Verwirklichen angestrebter politischer Ziele zu sein braucht. Angesichts dieser Erfahrungen stecken die westlichen Allianzen zur Zeit in einem Ziel-Mittel-Dilemma ihrer Interventionsstrategie: Die politischen Absichten lassen sich mit dem zur Verfügung stehenden militärischen Hightech-Mittelrepertoire nicht oder nur ungenügend zielführend in die Tat umsetzen.

Bisher weist nichts darauf hin, dass sich Europas Regierungen des Dilemmas bewusst sind, in das sie jene beiden selbst geschaffenen Konfliktkreise hineinziehen. Vielmehr steht zu befürchten, dass sich die Situation sowohl in der Region, als auch im europäisch-nahöstlichen Verhältnis weiter verschlechtert.

Ein neues Verhältnis wird gebraucht!

Die weitgehende Unterwerfung europäischer und deutscher Nahostpolitik unter das bisher noch von den USA dominierte System Antiterrorstrategie stellt die Idee von einem europäischen Stabilitätsraum grundsätzlich in Frage. Solange die EU ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber dem Nahen- und Mittleren Osten als ein regionales Szenario für die Umsetzung einer Politik gestaltet, die das transatlantische Bündnis als „Achse“ versteht, um die herum der Westen *seine* neue Weltordnung formt, wird es nicht gelingen, das Verhältnis zu seinen islamischen Nachbarregionen auszubalancieren. Eine solche Strategie ist nicht geeignet, die auf der arabischen und islamischen Seite weit verbreitete negative Subjekt-Objekt-Wahrnehmungsperspektive abzubauen, derzufolge Europa das *Subjekt* von Interessenpolitik ist, während die nah- und mittelöstlichen (islamischen) Regionen deren *Objekt* sind. Eine solche Zweitklassigkeitswahrnehmung belastet das Verhältnis zu Europa aufs Schwerste und belässt es in seiner Krise.

Um diese zu überwinden ist eine Richtungsentscheidung zu Gunsten einer Politik zu treffen, die das Verhältnis zu den islamischen Nachbarregionen langfristig zu einem *Modus vivendi* friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit führt. Auf einer solchen Grundlage müsste der dringend benötigte Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Regimes, politischen Systemen, Kulturen, Wertauffassungen und daran gebundenen, teilweise gegensätzlichen Interessen organisiert werden, die in diesem gewaltigen Nachbarschaftsraum mit den arabischen und islamischen Regionen herrschen.

Alle entscheidungsrelevanten Kriterien – die Stabilität des geostrategischen Gesamttraumes Europa und seiner südlichen Nachbarregionen, Energiesicherheit, innere europäische Stabilität und Integration muslimischer Bevölkerung, Sicherheitswahrnehmungen seitens der südlichen Nachbarstaaten, deren Verzicht auf Atomwaffen, europäische Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum, schwierigeres gesellschaftspolitisches Umfeld in der Region – sprechen dafür, dass sich Europa um ein neues Verhältnis zu seinen islamischen Nachbarregionen bemüht.

Worin das „Neue“ inhaltlich bestehen müsste, erläutert die Initiative „Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt“ in ihrem Dokument „Gemeinsame Stabilität: Ein neues Verhältnis zwischen Europa und seinen nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Nachbar-regionen schaffen!“

Isolierung führt zu Radikalisierung

In der UNO-Debatte zur Gründung des Staates Israel hat Andrej Gromyko, der damalige sowjetische Außenminister, die Basis zur Gründung Israels beschrieben:

„Sie wissen, dass es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu schützen. Die Lösung des Palästina-Problems, basierend auf einer Teilung Palästinas in zwei separate Staaten, wird von grundlegender historischer Bedeutung sein, weil eine solche Entscheidung die legitimen Rechte des jüdischen Volkes berücksichtigt.“

Was für Jüdinnen und Juden Befreiung und Sicherheit war, die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben, war zugleich für die palästinensische Bevölkerung unmoralisch und Unrecht.

Den Weg für politische Lösungen hat die UNO-Entscheidung von 1947 gewiesen: Die „Teilung Palästinas in zwei separate Staaten“ - Israel und Palästina. Ein Staat - Israel - wurde Realität. Der andere Staat - Palästina - steht noch aus. Und das seit vierzig Jahren, wenn man den Krieg von 1967 als Einschnitt nimmt. Nur wenn in Umsetzung des UNO-Beschlusses zwei Völkerrechtssubjekte entstehen, wird der Weg zur Annäherung frei. Ohne Trennung mit allen Konsequenzen – Unabhängigkeit, staatliche Souveränität, wirtschaftliche Lebensfähigkeit usw. – wird eine Annäherung nicht möglich sein; so widersprüchlich sich diese These auch im ersten Moment anhören mag. Der Weg zur Annäherung führt über die Trennung.

Welche Schlussfolgerungen für die Lösung des Nahostkonfliktes sind daraus zu ziehen?

Zuallererst eine scheinbar einfache: Wer mehr hat, muss mehr geben. Das ist Israel im Verhältnis zu Palästina. Israel ist die stärkste Militärmacht der Region. Israel verfügt über eine entwickelte Infrastruktur, eine starke Ökonomie, über Wasserressourcen und Häfen. Israel hat entwickelte politische Strukturen und ein demokratisch gewähltes Parlament. Es hat mächtige Verbündete wie die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und vieles mehr. Weil Israel so stark ist, wäre es sinnvoll und Erfolg verheißend, wenn es zum Motor eines Friedensprozesses geworden wäre. Das war höchst selten der Fall. Denn Israel hat alle wesentlichen Resolutionen der VN verletzt und wehrt sich, mit Vorschlägen mutig voranzugehen.

Auf der anderen Seite ist die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser heute verzweifelter denn je: sozial katastrophal, wirtschaftlich zerrüttet, militärisch besetzt, Westjordanland und Gaza getrennt, die Westbank durch israelische Siedlungen zerstückelt. Mehr als 600 israelische Kontrollposten machen eine freie Bewegung im Lande unmöglich. Die Abriegelung des Gazastreifens führt zu einer humanitären Katastrophe.

Die Palästinenserinnen und Palästinenser wussten immer, dass die Solidarität der arabischen Länder nie eine wirklich überzeugende war. Sie wussten, dass Machtinteressen eine erhebliche Rolle spielen, dass den palästinensischen Flüchtlingen auch in arabischen Ländern mit Vorbehalten begegnet wird. Die Tragik der innerpalästinensischen Kämpfe und Spaltungen bis an die Grenze des Bürgerkrieges hat die Situation weitgehend unbeherrschbar gemacht.

Alle Friedensverhandlungen haben bisher in die Sackgasse geführt. Das Gefühl der Demütigung und der Ohnmacht dominiert, Rechtlosigkeit, Gewalt und Radikalisierung nehmen zu. Kaum jemand glaubt mehr an einen eigenen Staat, geschweige denn an einen gerechten Frieden.

Palästina muss rasch die Chance zur Konstituierung als Nation bekommen. Das geht nur über einen eigenen Staat, der auch über alle Attribute eines Staates verfügt: ein zusammenhängendes Staatsgebiet, eine Staatsbürgerschaft, klar bestimmte Grenzen, ein Staatsvolk, gewählte und dadurch zur Handlung legitimierte Autoritäten. Erst mit einem eigenen Staat wird Palästina zu einem völkerrechtlichen Subjekt. Alle Verantwortung trägt heute die Besatzungsmacht. Die palästinensische Autonomiebehörde ist so etwas wie eine Verwaltung mit beschränkter Haftung. Heute besteht noch die Chance, einen Staat Palästina mit gewählten Organen, mit einem Parlament und politischen Parteien zu erreichen, wobei die Kräfteverhältnisse derzeit unklar sind.

Die Chance zur Demokratie in einem palästinensischen Staat sollte Israel aktiv fördern, anstatt die konkurrierenden Gruppen in Palästina gegeneinander auszuspielen. Diese Taktik, mit der Israel seine vermeintlichen Gegner schwächt, ist kurzsichtig. Die Mehrheit der arabischen Staaten sind undemokratische Autokratien mit einem großen Mangel an Menschenrechten, insbesondere für die Frauen. Parlamente sind dort oftmals nur Scheineinrichtungen. Ein demokratisches Palästina könnte auch ein Impuls für eine Demokratisierung der ganzen Region sein. Auch deshalb war die Solidarität vieler arabischer Länder für Palästina oftmals sehr zögerlich. Heute wäre ein demokratisches Palästina vielleicht noch möglich. Was morgen ist, bleibt unbestimmt. Heute ist noch ein säkularer Staat Palästina möglich, ob morgen noch, ist ungewiss.

Der Nahe und Mittlere Osten ist – auch dadurch, dass die Region reich an Erdöl- und Erdgasvorkommen ist – der schwierigste Konfliktherd unserer Zeit. Verschiedenste Konfliktpotenziale treffen aufeinander: Die US-Besatzung des Irak, die bereits hundert-tausende Opfer gefordert hat und bisher zu vier Millionen Flüchtlingen führte. Die Gefahr, dass die Staatlichkeit des Irak auseinanderbricht und es infolgedessen zu einem selbstständigen kurdischen Gebiet bzw. Staat kommen wird, was die Türkei nicht akzeptieren wird. Bekannt sind die Auseinandersetzungen mit dem Iran und seinem Atomprogramm. Auch hier kann niemand ausschließen, dass aus Sanktionen militärische Operationen der USA und Israels gegen den Iran werden. Syrisches Territorium wie die Golan-Höhen ist noch immer von Israel besetzt. Der Libanon steht erneut, wie vielfach schon in seiner Ge-

schichte, an der Schwelle eines Bürgerkrieges. Die innenpolitischen Verhältnisse in Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und Jordanien lassen den Begriff Demokratie einfach nicht zu. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um den Zusammenhang mit Zentralasien bis zu Afghanistan einerseits und zu Nordafrika bis hin zum Sudan zu erkennen. Ein Pulverfass, wo eine bedachte oder unbedachte Handlung ausreicht, um es zur Explosion zu bringen – mit weltweiten Folgen.

Nicht alle diese Konflikte wurzeln in dem Konflikt zwischen Israel und Palästina, aber sie entzünden sich daran ständig neu. Ohne die Lösung dieses Konfliktes werden andere Krisenherde nicht zu löschen sein.

Notwendig ist eine Demilitarisierung des Nahen Ostens und notwendig sind internationale Garantien für die Sicherheit Israels, aber auch der anderen Staaten der Region, einschließlich des Iran. Erst dann wird der Iran bereit sein, sein Atomprogramm zu stoppen, und dann erst wird Israel bereit sein, seine Atomwaffen zur Disposition zu stellen. Alle Staaten und Kräftegruppen, einschließlich der Hamas und der Hisbollah, müssen in einen solchen Dialog einbezogen werden. Diese Auffassung beginnt, sich immer weiter durchzusetzen – international und auch im Deutschen Bundestag. Für die Linke sind weder Hamas noch Hisbollah politische Partner, Dialog aber heißt nicht Sympathie. Drohungen und Gewalthandlungen gegenüber Israel müssen zurückgewiesen werden. Zum Dialog gehört auch harte Auseinandersetzung. Nur die reale Stärke dieser Organisationen und die Erfahrung, dass Isolierung zu Radikalisierung führt, sprechen für den Weg des Dialogs. „Frieden schließt man mit seinen Feinden, nicht mit seinen Freunden“, haben uns Freunde aus der israelischen Friedensbewegung mit auf den Weg gegeben. Im langwierigen Prozess der Aussöhnung wird die Rolle der Fraueninitiativen in der Region von unschätzbarem Wert sein.

Die Fraktion DIE LINKE. hat eine ständige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten vorgeschlagen. Sie soll unter dem Dach und Schirm der Vereinten Nationen arbeiten. Was wir für die staatliche Ebene vorschlagen, wollen wir auch durch die Zivilgesellschaften voranbringen – Dialogkonferenzen zwischen arabischen, palästinensischen, israelischen und europäischen Friedenskräften. Dies sollte der Kurs unseres Landes sein. Die Bundesregierung hat das Nahost-Quartett (EU, Russland, USA und UNO) wieder zusammengebracht, das war wichtig. Die Konferenz von Annapolis wird zu Recht höchst skeptisch gesehen – und dennoch muss sie genutzt werden.

Die Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes muss auf zwei wesentlichen Brückenpfeilern ruhen: Frieden und Sicherheit für Israel und Frieden und Gerechtigkeit für Palästina. Vorschläge zur Konfliktlösung liegen seit langer Zeit auf dem Tisch. Am meisten ausgearbeitet sind sie zum Beispiel in der „Genfer Initiative“:

Es werden auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO, das heißt auf Grundlage der Grenzziehung von 1967, zwei selbstständige lebensfähige Staaten entste-

hen. Diese erkennen einander völkerrechtlich an, verzichten auf Gewalt und unterbinden Gewalt gegeneinander. Die Grenzen und der Gewaltverzicht werden gegenseitig und international garantiert und durchgesetzt. Ein Gefangenenaustausch ist unverzichtbar.

Schwierig zu regeln ist die Flüchtlingsfrage. Immerhin handelt es sich um rund 1,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Ein Rückkehrrecht nach Israel, wie es viele Palästinenser fordern, würde die Bevölkerungszusammensetzung des israelischen Staates mit gegenwärtig rund 7 Millionen Bürgerinnen und Bürgern grundlegend verändern. Das aber wird von israelischer Seite nicht akzeptiert. Die Lösung, die plausibel erscheint, ist die Anerkennung, dass den Palästinenserinnen und Palästinensern Unrecht geschehen ist; Entschädigungszahlungen an die Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Gewährung von Niederlassungsfreiheit in arabischen Ländern und in Europa. Hier ist die EU zur Hilfe gefordert.

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland werden geräumt, ein gegenseitiger Gebietsaustausch ist möglich. Die Grenzen werden geregelt für Menschen - immerhin arbeiten Tausende Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel - und für Waren durchlässig gemacht.

Ost-Jerusalem wird die Hauptstadt des palästinensischen Staates. Es wird eine Internationalisierung des Zugangs zu den Heiligtümern der Weltreligionen in Jerusalem vereinbart.

Vereinbarungen sind ebenfalls über die Verteilung von Wasser, der wichtigsten Naturressource in der Region, zu treffen.

Wenn es Deutschland wirklich Ernst mit der Solidarität mit Israel ist, dürfen wir Israel Wertvolles nicht verweigern – unsere Kritik. Viele Fragen, die ich angesprochen habe, werden in der israelischen und in der palästinensischen Gesellschaft engagiert diskutiert, warum nicht auch zwischen Deutschland und Israel? Mit großer Bewegung habe ich solche Gedanken in dem Offenen Brief von Dr. Meir Margalit an die deutsche Bundeskanzlerin gelesen. Er kritisiert Angela Merkel ob ihrer Rede vor der Knesset, weil diese Rede Israel das Wichtigste verweigert hat, was Deutschland geben müsse: Hilfe, sich aus der heutigen Situation zu befreien.

„Ich würde Sie gerne darauf hinweisen, Frau Merkel, dass die Mehrheit der Israelis eingesteht, dass die Besetzung untragbar ist und uns nicht weniger Schaden zufügt als den Palästinensern. Jedoch fehlt der israelischen Regierung die Kraft, die einzige Operation durchzuführen, die unser Leben retten kann: die Entfernung des Tumors, der sich „(besetzte) Gebiete“ nennt. Durch diesen Tumor bluten wir ununterbrochen, und er macht uns von Tag zu Tag schwächer... Jedoch mit Hilfe unserer europäischen Freunde gibt es eine Chance, Ruhe und Frieden für beide Völker zu erreichen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Autoren:

HELGA BAUMGARTEN
Prof. Dr., Universität Birzeit

ERHARD CROME
Dr. habil., Politikwissenschaftler, Referent für Friedens- und Europapolitik, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

WOLFGANG GEHRCKE
MdB DIE LINKE, Berlin.

HARRI GRÜNBERG
Mitarbeiter von Wolfgang Gehrcke im Deutschen Bundestag

MICHAEL INGBER
Jerusalem, Wien.

KARIN KULOW
Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Berlin

WERNER RUF
Prof. em. Dr., Politologe und Friedensforscher, Universität Kassel.

PETER SCHÄFER
Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina, Ramallah.

ARNE C. SEIFERT
Dr., Politikwissenschaftler, Botschafter a.D., Berlin.

